



Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen
des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen
Deutschen Demokratischen Republik

Archiv der Zentralstelle

MfS ZAIG

NR. 11400

Kopie BStU
AR 4

CSSR - Konterpropaganda

BSTU
0074

Nationale Volksarmee
Deutsches Institut für Militärgeschichte

Potsdam, den 20.09.1968

S t u d i e :

Zum Wesen der Expansionsstrategie des westdeutschen Imperialismus.
Die Anwendung und das Scheitern dieser Strategie bei dem Versuch
des Exports der Konterrevolution in die CSSR im Jahre 1968.

- Erarbeitet im Deutschen Institut für Militärgeschichte -

Gliederung

I. System und Hauptelemente der konterrevolutionären Expansionsstrategie des westdeutschen Imperialismus

1. Zum System und Modell der Expansionsstrategie
2. Teilsysteme der Expansionsstrategie
 - a) "Indirekte Strategie" oder "unterschwolliger" Export der Konterrevolution
 - b) "Direkte Strategie" oder "offener" militärischer Export der Konterrevolution

II. "Modellfall CSSR" - Der Versuch des westdeutschen Imperialismus zur Verwirklichung seiner konterrevolutionären Expansionsstrategie.

Das Fiasko dieser Strategie im Sommer 1968.

1. Die schrittweise Präzisierung der Expansionsstrategie
2. Der "Operationsplan" gegen die CSSR
 - a) Der Schwerpunkt des "Operationsplanes"
 - b) Zum Inhalt des "Operationsplanes"
3. Das Komplott USA-Westdeutschland bei der Schaffung der fünften Kolonne als "innerer Stützpunkt" für den Export der Konterrevolution
 - a) Politische Impulse bei der Schaffung der Plattform der Konterrevolution
 - b) Einmischung bei der Formierung konterrevolutionärer Zentren
 - c) Massives Eindringen zum Aufbau einer konterrevolutionären Untergrundorganisation
4. "Äußerer Aufmarsch" und Generalstabsplanung des westdeutschen Imperialismus und das Fiasko des Exports der Konterrevolution in die CSSR im Sommer 1968

a) Ausbau Süddeutschlands zum "äußeren" Aufmarschraum
für "Modell CSSR"

b) Die Generalstabsvorbereitung und Etappenplanung
und ihr Fiasko

III. Die Reaktion des westdeutschen Imperialismus auf das
Scheitern seiner Expansionsstrategie

Fußnoten

Anlagen (im Text): 8 Schemata

Viele Wesenszüge der konterrevolutionären Expansionsstrategie des westdeutschen Imperialismus werden wie in einem Brennglas gebündelt sichtbar, wenn man seinen Versuch analysiert, diese Strategie seit Anfang 1968 gegen die CSSR in die Tat umzusetzen. Von langer Hand vorbereitet und auf der Grundlage eines umfassenden "Operationsplanes" wurde die Konterrevolution in die CSSR exportiert mit dem Ziel, den Kapitalismus schleichend zu restaurieren und das Land schrittweise aus der sozialistischen Gemeinschaft herauszulösen. Im folgenden sollte der geplante Einbruch in die sozialistische Verteidigungscoalition aus der Flanke - vor allem gegen die DDR und die VR Polen - sowie in die Tiefe ausgeweitet werden. Am äußeren Schalt-pult der konterrevolutionären Aktion saß nachweisbar das westdeutsche Regime in enger Komplizenschaft mit seinem nordamerikanischen Partner.

Damit entlarvten sich die US-Globalstrategie und vor allem ihre osteuropäische Version - die "neue Ostpolitik" Bonns - als eine ebenso gefährliche, heimtückische und brutale wie illusionäre Strategie der Expansion mit dem Ziel, das Kräfteverhältnis in Europa zugunsten des westdeutschen Imperialismus und damit der NATO zu verändern. Der auf einer Fehleinschätzung des Kräfteverhältnisses beruhende strategische Plan, die eingeleitete Aktion zum Export der Konterrevolution, der im weiteren gedachte Verlauf der konterrevolutionären Entwicklung und das Scheitern der antisozialistischen Verschwörung - all das machte zugleich deutlich, daß der Imperialismus nicht stärker, aber aggressiver geworden ist. Das ganze Ausmaß des Fiaskos, das Bonn und Washington infolge des Eingreifens der beteiligten 5 Staaten des Warschauer Vertrages hinnehmen mußten, ist heute bereits bekannt. Es wird noch überschaubarer, wenn man das Gesamtsystem der konterrevolutionären Expansionsstrategie des westdeutschen Imperialismus untersucht, dabei das strategische Konzept und den Plan, die Ziele und die Methoden des Imperialismus gegen-

über der CSSR analysiert und schließlich seine ersten Reaktionen auf die Niederlage zeigt.

Die vorliegende Studie untersucht ausschließlich die Politik, Strategie und Aktionen der Einmischung imperialistischer Kräfte, insbesondere Westdeutschlands, in die inneren Angelegenheiten der CSSR. Prozesse, die in der CSSR vor sich gegangen sind, sind nur unter diesem Aspekt berührt worden.

I. System und Hauptelemente der konterrevolutionären Expansionsstrategie des westdeutschen Imperialismus

1. Zum System und Modell der Expansionsstrategie

In der gegen die sozialistischen Staaten gerichteten aggressiven Politik und Strategie des Imperialismus in Europa sind nach der von ihm verursachten Spaltung Deutschlands und der von ihm eingeleiteten Errichtung eines Eisernen Vorhangs quer durch Europa zwei Hauptphasen deutlich zu unterscheiden.

Die erste Hauptphase, die etwa die Jahre bis 1960/61 umfaßte, war durch das Scheitern der vom USA-Imperialismus ausgehenden und von der NATO übernommenen "Politik der Stärke" und der Strategie des massiven Kernwaffenschlages gekennzeichnet. Es gelang dem Imperialismus nicht, das sozialistische System mit den Mitteln des ideologischen, politischen und ökonomischen Drucks oder gar mit Waffengewalt "zurückzurollen". Es gelang ihm auch nicht, einzelne Staaten herauszubrechen. Seine Exportversuche der Konterrevolution erlitten 1953 in der DDR und 1956 in der Ungarischen Volksrepublik und in der Volksrepublik Polen völlige Niederlagen. 1961 konnte die DDR, gestützt auf die anderen Staaten des Warschauer Vertrages, einen erneuten Versuch des westdeutschen Imperialismus, die sozialistische Gesellschaftsordnung zu beseitigen, rechtzeitig bereits im Keime ersticken.

Das Ergebnis dieser imperialistischen Politik und Strategie war also ihrer Zielstellung völlig entgegengesetzt: Nicht das sozialistische System wurde geschwächt oder gar beseitigt, sondern das internationale Kräfteverhältnis änderte sich ständig zu ungunsten des Imperialismus.

In der etwa 1960/61 eingeleiteten zweiten Hauptphase versuchte der Imperialismus, seine antisozialistische Politik und Expansionsstrategie so zu modifizieren, daß trotz des für ihn ungünstigeren Kräfteverhältnisses der Status quo schrittweise in allen Teilen der Welt verändert werden könnte. Seine aggressiven Kräfte - die USA und in ihrem Gefolge Westdeutschland - entwickelten eine neue Strategie bei gleicher Zielstellung. Das Ergebnis war die bisher umfassendste Konzeption des USA-Imperialismus zur Begründung und Verwirklichung seiner Weltherrschaftsansprüche, die Globalstrategie mit ihrer europäischen Hauptvariante - der "Europapolitik" Bonns. Ihre gegen die sozialistischen Staaten Europas gerichteten Hauptelemente waren die "neue Ostpolitik" und die "Deutschlandpolitik" des Kiesinger/Strauß-Regimes. Deren militärisches Gegenstück mündete in der NATO-Konzeption der "flexiblen Reaktion" und in der aggressiven Vorwärtsstrategie. Diese Politik und Strategie stellte in ihrer Gesamtheit ein unfreiwilliges Eingeständnis der Stärke des Sozialismus dar; denn die zuvor noch erwogene Methode eines massiven Frontalangriffs gegen die sozialistischen Staaten Europas wurde vor allem unter dem Druck des militärischen Kräfteverhältnisses zugunsten des Angriffs aus Flanke und Hinterhalt zurückgestellt. Mit veränderten Methoden sollte also das gleiche Endziel mit Hilfe der Globalstrategie erreicht werden, das US-Admiral Burke - Leiter des Zentrums für strategische Studien - im Jahre 1963 folgendermaßen erläuterte: es komme darauf an, "die Eliminierung des Kommunismus von seinen Machtpositionen einzuleiten und so die Zerstörung des kommunistischen Systems zu verursachen". 1 Dementsprechend läuft die Hauptmethode der Globalstrategie im Prinzip darauf hinaus, in der Reihenfolge des Vorgehens "selektiv" - also abgestuft - und in der Wahl der Mittel und Verfahren des Kampfes differenziert vorzugehen - je nach der regionalen Lage und dem gegebenen konkreten Kräftever-

hältnis an den jeweiligen Frontabschnitten.²
Dabei versuchen die USA und ihre Hauptverbündeten, eine bewaffnete Konfrontation mit der sozialistischen Militärkoalition, besonders der UdSSR, zu vermeiden.
Die Hauptfront in der Globalstrategie ist Europa. Es bleibt das neuralgische Gebiet, in dem sich die Hauptkräfte des imperialistischen Systems und der sozialistischen Staatengemeinschaft unmittelbar gegenüberstehen. Europa nimmt zudem im Prozeß der Entwicklung des internationalen Kräfteverhältnisses in der Welt einen entscheidenden Platz ein. Deshalb ist die antisozialistische Politik und Expansionsstrategie des amerikanischen und westdeutschen Imperialismus in Europa das Hauptelement der Globalstrategie.

In seiner Rede am 15. Juni 1967 entlarvte Walter Ulbricht bereits deutlich die Ziele der von Bonn mit geprägten Europa-variante der US-Globalstrategie: "Eine ihrer nächsten Aufgaben sieht die USA-Regierung darin, mit Hilfe der NATO das Kräfteverhältnis in Europa zu verändern. Für dieses Ziel soll die sogenannte Deutschlandpolitik der Bonner Regierung ausgenutzt werden. Im Zusammenwirken mit Bonn hat sich Washington in der gegenwärtigen Phase der Entwicklung drei Aufgaben gestellt. Das ist einmal die Verstärkung der Aggressionskraft der Armeen der USA und der westdeutschen Bundesrepublik. Das ist zum anderen die Verschiebung der Machtverhältnisse in Deutschland - und das ist schließlich das Einwirken auf die sozialistischen Länder des Warschauer Vertrages, um im Zeichen einer sogenannten Liberalisierung die sozialistische Entwicklung dieser Länder aufzuhalten."³

In der Herausbildung der Globalstrategie und ihrer Europa-variante zu einem geschlossenen System der Expansionsstrategie spielte die Präzisierung der Strukturelemente dieses Systems und ihrer Rolle sowie die Neubestimmung des Wechselverhältnisses der Teilsysteme und ihre Einordnung in das Gesamtsystem eine große Rolle.

1963 umriß der amerikanische Professor Wolfers die Skala der Mittel der US-Strategie mit den Worten: "Militärische Gewalt und Allianzen bilden die wichtigsten Zwangsinstrumente, aber sie werden ergänzt durch die Mittel der feindseligen Diplomatie, der feindlichen Propaganda, Subversion und des ökonomischen Drucks, alle potentiell dazu geeignet, einen beträchtlichen Zwang auszuüben."⁴

Im Rahmen einer gezielten Strategiediskussion präzierte auch das Bonner Regime seit den Anfängen der 60er Jahre unter amerikanischem Einfluß seine Position zur Gesamtstrategie. Damit sollte eine Durchführungskonzeption für die Europapolitik des wiedererstarkten westdeutschen Imperialismus geschaffen werden. Bemerkenswert dabei ist, daß in Westdeutschland die Militärs den Tenor der Diskussion und ihres Ergebnisses weitgehend bestimmten. So gab der ehemalige faschistische General G. Blumentritt bereits 1960 folgende Strategie-Definition: "Strategie in unserem Sinne ist eine Zusammenfassung aller politischen, wirtschaftlichen, geistigen, propagandistischen, psychologischen Faktoren zu einer vielgestalteten Einheit... Der militärische Teil des Ganzen behält natürlich eine wichtige Aufgabe, aber nur noch im Rahmen der Gesamtkriegsleitung durch die Politik..."⁵

Ende 1966 wurden dann in der "Wehrkunde" die Strukturelemente der imperialistischen Expansionsstrategie folgendermaßen zusammengefaßt: "In die Strategie als gewissermaßen Gesamtstrategie sind also zu integrieren die Teilbereiche politischer, geistig-psychologischer, wirtschaftlicher, technologischer und militärischer Strategie."⁶

Gleichzeitig wurden die Wechselbeziehungen zwischen den nichtmilitärischen und den militärischen Komponenten der Gesamtstrategie neu festgelegt. Unter Berücksichtigung der militärpolitischen Lage in Europa sowie der Möglichkeiten, die aus der wissenschaftlich-technischen Revolution und den

Umwälzungen im Militärwesen für ein offensives politisches Vorgehen abgeleitet wurden, sollten beide Komponenten enger als bisher miteinander verzahnt und dem Gesamtsystem dienstbar gemacht werden. Breiter als bisher sollte auch ein Mechanismus des kombinierten Ansatzes nichtmilitärischer Kräfte, Mittel und Methoden ausgearbeitet werden.

Die Hervorhebung der nichtmilitärischen Komponenten in der imperialistischen Strategie bedeutete jedoch nicht etwa eine Minderung der militärischen. Nach wie vor steht sowohl in den USA wie in der westdeutschen Bundesrepublik die Kernwaffenstrategie im Vordergrund. Sie durchdringt das System der Gesamtstrategie. Dementsprechend hieß es in einer im Jahre 1966 erschienenen zusammenfassenden Studie mit dem Titel "Nationale Verteidigung" aus der Feder von führenden Mitarbeitern des Bonner Bundeskanzleramtes und des Kriegsministeriums, daß "alle Erwägungen letztlich vor dem Hintergrund des allgemeinen Krieges gesehen werden müssen." Dabei sei dieser "allgemeine Krieg" gekennzeichnet durch den Einsatz von "nuklearen und thermonuklearen strategischen Waffen sowie atomaren Gefechtsfeldwaffen."⁷

Insgesamt ist die Ausweitung und Komplexität der vorherrschenden imperialistischen Strategieverständnisse und entsprechender Modellvorstellungen ein Ausdruck dafür, daß die Hauptmächte der NATO versuchen, die veränderte politische und strategische Situation, in die sie durch die Existenz und das kontinuierliche Wachstum des sozialistischen Systems geraten sind, wieder zu ihren Gunsten zu ändern. Sie konzentrieren darauf ernst zu nehmende Kräfte.

Ausgehend von der Inhaltsbestimmung der Gesamtstrategie entwickelten führende politische und militärische Kreise in den USA und in der westdeutschen Bundesrepublik ein im wesentlichen übereinstimmendes Modell der Expansionsstrategie gegenüber den sozialistischen Staaten Europas. Seinen zusammen-

gefaßten politischen Ausdruck fand dieses Modell vor allem in den programmatischen Schriften des CSU-Vorsitzenden, langjährigen Bundesministers und Kanzlerpräsidenten, F. J. Strauß, "Entwurf für Europa" (1966) und "Herausforderung und Antwort" (1968), sowie in der Arbeit des langjährigen politischen Beraters von USA-Präsident L. B. Johnson und jetzigen Beraters von Präsidentschaftskandidat H. Humphrey, Prof. Dr. Z. Brzezinski, "Alternative zur Teilung" (1965).

Weitere taktische Interpretationen amerikanischerseits entwickelte S. Hoffmann in seinem Buch "Gulliver's Troubles: the Setting of American Foreign Policy" (1967).

Die militärischen Komponenten der Expansionsstrategie fanden ihren Niederschlag in den entsprechenden NATO-Direktiven (vor allem MC 14/3) sowie vor allem in Denkschriften, Studien und Aufsätzen amerikanischer und westdeutscher Generale und Generalstabsoffiziere - z.B. zu Problemen des "Kriegsbildes" und der Strategie sowie in den offiziellen Verlautbarungen aus dem Bonner Kriegsministerium.

Zusammenfassend stellen sich gegenwärtig die Hauptziele und Stoßrichtungen der bis in die 70er Jahre konzipierten Expansionsstrategie des westdeutschen Imperialismus wie folgt dar:

Europapolitik

Ziel: "Neuordnung" Europas als "dritte Großmacht" neben den USA und der UdSSR unter Hegemonie des westdeutschen Imperialismus.

Expansionsstrategie

Zuerst Hegemonie des westdeutschen Imperialismus über Westeuropa, zugleich Eindringen in die sozialistischen Staaten und schließlich Beherrschung ganz Europas bis an die Westgrenzen der UdSSR.

Stoßrichtung

gegen die kapitalistischen Staaten Europas zur Schaffung einer geschlossenen Mächtegruppierung gegen die sozialistischen Staaten.

Teilziel: Schaffung eines westeuropäischen Bundesstaates mit eigenem strategischen Kernwaffenpotential unter Führung Bonns.

Strategische Hauptmethode:

Imperialistische politische, ökonomische und militärische Integration.

Hauptstoßrichtung

gegen die sozialistischen Staaten Europas.

Teilziel: schrittweise Zerschlagung der mit der UdSSR verbündeten sozialistischen Staaten Mittel- und Osteuropas - Vorschieben des kapitalistischen Systems bis an die Westgrenzen der UdSSR.

Strategische Hauptmethode:

"Neue Ostpolitik" und "Deutschlandpolitik" mit den Mitteln und Methoden der subversiven Aggression bei ständiger Bereitschaft zum Übergang zur direkten militärischen Aggression.

Dieses weitgespannte Expansionskonzept des USA-Imperialismus in Europa war im Wesen auch die Grundlage der offiziellen Regierungspolitik des Bonner Regimes. So erklärte der amerikanische Präsident L. B. Johnson beispielsweise am 7. Mai 1965:

"Indem wir Brücken zwischen den Ländern Osteuropas und dem Westen schlagen, bringen wir den Tag näher, an dem Europa innerhalb seiner weiten geschichtlichen Grenzen wieder hergestellt werden kann."8 Und F. J. Strauß umriß die "Europapläne" des westdeutschen Imperialismus wie folgt: "Ein geeintes West-Europa soll die Vorstufe zu den Vereinigten Staaten von Europa sein, zu dem ich auch alle Völker Mittel- und Osteuropas rechnen möchte. Das Vereinigte Europa sollte die Position einer eigenständigen Macht zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion einnehmen..."9

Zweifellos haben damit Bonn und Washington ein raffiniertes und komplexes strategisches Konzept entwickelt, um den Status quo und das Kräfteverhältnis in Europa aus ihrer historisch bedingten Rückzugsposition heraus zugunsten des Imperialismus zu ändern. Aber diese Strategie ist dennoch völlig unreal.

Ihre Haltlosigkeit ergibt sich vor allem aus dem qualitativ neu gestellten Widerspruch zwischen den imperialistischen Expansionszielen und den zu ihrer Verwirklichung vorhandenen Kräften und Mitteln. Auf der wissenschaftlichen Session zum 150. Geburtstag von Karl-Marx charakterisierte Walter Ulbricht diesen Widerspruch in folgender Weise: "Geleitet von den großen Ideen des Marxismus-Leninismus haben das sozialistische Weltsystem und die revolutionäre Weltbewegung dem Kapitalismus immer engere Grenzen gezogen. Das führte zu einem für die heutige Lage des Weltkapitalismus charakteristischen grundlegenden Widerspruch: Sein ökonomisches Potential ist weiter gewachsen, aber sein Herrschaftsbereich wurde durch den Sozialismus und die nationale Befreiungsbewegung beträchtlich eingeschränkt. Der Profit- und Expansionstrieb des Kapitals drängt zur Überwindung dieser Barrieren, aber die Kluft zwischen dem seinem Wesen eigenen Herrschaftsanspruch und den vorhandenen realen Kräften ist immer größer geworden. Mehr noch. Die objektiven Gesetze und Widersprüche

des Kapitals wirken heute unter den Bedingungen der Existenz eines dem Kapitalismus entgegengesetzten Gesellschafts- und Wirtschaftssystems und werden durch den Kampf der beiden Systeme in zunehmendem Maße beeinflusst.¹⁰

Vom Wesen dieses Widerspruchs und dem illusionären Versuch, ihn zu lösen, ist auch die zum System entwickelte konterrevolutionäre Expansionsstrategie des westdeutschen Imperialismus und seiner amerikanischen Hintermänner durchdrungen. Zugleich sind davon die Anstrengungen bestimmt, eine Reihe von Modellvorstellungen über das politisch-strategische Vorgehen gegen die sozialistischen Staaten Europas zu entwickeln. An der Ausarbeitung entsprechender Modellvorstellungen hatten Bundeswehrmilitärs maßgeblichen Anteil. In der Studie "Nationale Verteidigung" wurde direkt von den "Wirkungen ihres (der Strategie - d. Verf.) Wandels auf das Gesamtsystem, d.h. die Gesellschaft" gesprochen.¹¹ Zugleich wurde das Grundmodell dieser konterrevolutionären Expansionsstrategie mit allein seinen Varianten der Politik des "Eindringens" in die sozialistischen Staaten Europas zur Leitlinie der westdeutschen Kriegsdoktrin, insbesondere der verschiedenen Versionen des "Kriegsbildes". Dazu schrieb schon 1965 einer der maßgeblichen westdeutschen Strategietheoretiker, Ministerialrat Dr. K. Seemann aus Kiesingers Bundeskanzleramt, in der strategischen Konzeption werde man "nicht nur von einem Kriegsbild ausgehen können, sondern - je nach dem mit einer Verteidigungsmaßnahme (als Umschreibung für Kriegsvorbereitung - d. Verf.) verfolgten Zweck - ein dieser angepasstes Kriegsbild entwerfen müssen."¹²

Innerhalb des Systems dieser konterrevolutionären Expansionsstrategie haben sich zwei Teilsysteme herausgebildet. Sie sind konzeptionell, funktionell und in ihrer praktischen Anwendung im Dienste des Exports der Konterrevolution eng mit einander verbunden und auf einander abgestimmt.

Dies ist erstens die sogenannte indirekte Strategie. Sie besteht in dem von außen durch imperialistische Staaten geführten und von innen durch reaktionäre Kräfte unterstützten stufenweisen, "schleichenden" Export der Konterrevolution in sozialistische Staaten "unterhalb der Kriegschwelle". Die Skala ihrer Mittel reicht von der psychologischen Kriegführung bis zum Bürgerkrieg.

Und es ist zweitens die direkte Strategie. Sie besteht in dem im wesentlichen von außen durch imperialistische Staaten vorbereiteten, entfesselten und geführten, "offenen" Export der Konterrevolution in sozialistische Staaten durch systematisch gesteigerte militärische Gewaltanwendung in Form der Intervention. Die Skala ihrer Mittel reicht vom "begrenzten" konventionellen Aggressionskrieg bis zur Aggression durch den allgemeinen Kernwaffenkrieg.

Hierzu heißt es in dem Buch "Nationale Verteidigung" u.a.:
"Im Waffenkrieg wird der dem eigenen Willen entgegengesetzte Wille des Gegners durch Waffengewalt gebrochen, im Bereich der indirekten Strategie der dem eigenen Willen entgegengesetzte Wille eines anderen Staates durch Einflußnahme und Manipulierung seiner Organe dem eigenen Willen gleichgeschaltet.

Das bedeutet, daß atomare, klassische und indirekte Strategie (subversiver oder verdeckter Kampf in Verbindung mit machtpolitischer Manövriekunst) nicht isoliert nebeneinander stehen oder isoliert durchgeführt werden können, "13

Gegenwärtig ist für den westdeutschen Imperialismus die offene, frontale Gewaltanwendung gegen die in einer mächtigen Militärkoalition vereinigten sozialistischen Staaten Europas mit einem außerordentlichen Risiko verbunden. So ist er in den letzten Jahren dazu übergegangen, das Schwergewicht seiner Expansionsstrategie stärker als bisher auch auf die indirekte Gewaltanwendung gegen die Flanken und die innere Ordnung in den sozialistischen Staaten zu verlagern. Deshalb

ist seine gegenwärtige Hauptmethode zum Export der Konterrevolution die "indirekte Strategie", die er aktiv seit 1968 gegen die CSSR vorbereitete und anwandte. Er ging bei dieser strategischen Variante von der völlig spekulativen Hypothese aus, daß ein Überschreiten der "Kriegsschwelle" und das Eingreifen der Staaten des Warschauer Vertrages vermieden werden könne. Er speulierte darauf, daß die "indirekte" Strategie u. a. die Möglichkeit schaffe, - "um den gewaltsamen bewaffneten Machtkampf gegen einen anderen Staat so zu begrenzen, daß der völkerrechtliche Zustand des Krieges nicht eintritt, - um militärische Bündnisse zu unterlaufen, - um (im Sinne der Bonner Alleinvertretungsanmaßung - d.Verf.) den Anschein einer innerstaatlichen Auseinandersetzung zu erwecken, dadurch die Hilfe befreundeter Staaten zu erschweren oder unmöglich zu machen und Konflikte einzugrenzen."¹⁴

Dabei darf aber keineswegs übersehen werden, daß das Bonner Regime gleichzeitig nach wie vor alle Maßnahmen zum offenen, bewaffneten Export der Konterrevolution durch eine Aggression mit den Mitteln der "direkten Strategie" intensiviert, dementsprechend die Militarisierung vorantreibt, die Aggressionsbereitschaft der Bundeswehr systematisch steigert und sein Streben nach Kernwaffen verstärkt. So schrieb schon im Herbst 1965 der Bundeswehr-Brigadegeneral v. Canstein, der Status quo in Europa könne "nur durch eine Operation überwunden werden, bei der ... es des Zusammenwirkens atomarer, klassischer und indirekter Strategie einschließlich aller ihrer Mittel (bedürfe)." ¹⁵

2. Teilssysteme der Expansionsstrategie

a) "Indirekte Strategie" oder "unterschwelliger" Export der Konterrevolution

Die Modellvorstellungen über die indirekte Strategie" des westdeutschen Imperialismus wurden seit 1963 systematisch vorangetrieben. Sie nahmen in den folgenden Jahren immer mehr an Gestalt an, so daß es heute möglich ist, das Grundmodell der Strategie des "unterschwelligen" Exports der Konterrevolution annähernd nachzuzeichnen. Das ist gerade aus zwei Gründen von aktueller politischer Bedeutung:

Erstens beruhten auf diesen allgemeinen Modellvorstellungen die nach 1961 verstärkten, aber völlig gescheiterten Anstrengungen der Bonner Machthaber zur Aufweichung, Schwächung und Unterwanderung der DDR sowie zu ihrer Isolierung von den verbündeten sozialistischen Staaten. Von diesen Vorstellungen gingen daher bestimmte seit 1966 entwickelte Varianten eines "begrenzten Blitzkrieges" gegen die DDR - als militärische Konsequenz der Alleinvertretungsanmaßung - aus, bei denen die "indirekte Strategie" eine erhebliche Rolle spielte. Sie standen auch bei der Vorbereitung der Aggression Israels gegen die arabischen Staaten Pate;

zweitens gingen die westdeutschen Monopole und ihre politischen und militärischen Interessenvertreter bei der langfristigen Vorbereitung und der in Gang gesetzten Durchführung ihres Versuches des "verdeckten" Exports der Konterrevolution in die CSSR von den Modellvorstellungen der "indirekten Strategie" aus. Sie profilierten diese auf die in der CSSR hervorgerufenen oder entstandenen politischen, wirtschaftlichen und ideologischen Bedingungen um.

Die Grundprinzipien und politischen Ziele dieser "indirekten" konterrevolutionären Expansionsstrategie analysierte Gen. Walter Ulbricht auf dem 6. Plenum des ZK der SED folgendermaßen: "Jetzt wird versucht, differenzierter vorzugehen, um mit Hilfe einer Politik des Brückenschlages, präziser gesagt: des Eindringens in die sozialistischen Länder, der Bildung starker Brückenköpfe und fünfter Kolonnen folgende Ziele zu erreichen: erstens das Aufbrechen der sozialistischen Länder, die Trennung der sozialistischen Staaten Mittel-, West- und Südosteuropas von der Sowjetunion; zweitens die Isolierung der DDR von der Sowjetunion und ihren anderen sozialistischen Bundesgenossen; drittens die Beseitigung der Arbeiter-und-Bauern-Macht und die Ausdehnung der Macht des deutschen Imperialismus bis zur Oder-Neiße-Grenze; viertens die Beseitigung der sozialistischen Ordnung in den mittel- und osteuropäischen sozialistischen Staaten und deren Einbeziehung in den Herrschaftsbereich der Imperialisten."¹⁶

Das Modell der "indirekten Strategie" sieht folgende Phasen des "unterschwelligem" Exports der Konterrevolution vor:

- seine langfristige generalstabsmäßige und allseitige Vorbereitung;
- seine schrittweise, der jeweiligen Lage angepaßte und generalstabsmäßig geführte Verwirklichung;
- seine Eskalation, d.h. den gesteuerten Übergang zur Möglichkeit des "offenen" Exports der Konterrevolution.

Dabei liegt dem Modell die Ansicht zugrunde, daß es zwischen den einzelnen Phasen "fließende Übergänge" gäbe. So können Maßnahmen sowohl der zweiten wie der dritten Phase bereits in Angriff genommen werden zu einer Zeit, da die vorhergehende noch nicht abgeschlossen ist. Andererseits laufen Maßnahmen

sowohl der ersten wie auch der zweiten Phase weiter in einer Zeit, in der die nachfolgende im Mittelpunkt des Geschehens steht. Der Steuerung dieses Prozesses im Sinne des angestrebten Zieles dient die Theorie und Praxis der sogenannten Krisenbeherrschung (crisis management), die es ermöglichen soll, politische Krisen und akute Spannungssituationen beim "potentiellen Gegner" zu schaffen, sie systematisch zu steigern und auszunutzen. Sei es insgesamt nötig, die "denkbaren Methoden des Vorgehens subtil zu handhaben und vorrangig die nichtmilitärischen Machtmittel zur Anwendung zu bringen,"¹⁷ so soll es durch diese Krisenmanipulierung möglich gemacht werden, "einen Gegner zum Nachgeben zu veranlassen, indem man selber außerordentlich hohe Risiken eingeht, selbst das Risiko einer Katastrophe."¹⁸

Die Struktur des Modells dieser "indirekten Strategie" besteht also aus einer Reihe von Stufenfunktionen oder kombinierten Phasen in Anpassung an die jeweilige Lage sowie aus einem Steuerungsmechanismus, der mit entsprechenden Druckmitteln gekoppelt ist.

Die generalstabsmäßige Vorbereitung des "unterschwelligem" Exports der Konterrevolution besteht vor allem in der Schaffung eines Führungszentrums, in der Formierung der Kräfte und Mittel sowie in der Schaffung der Voraussetzungen und Planungen für den "verdeckten" Export der Konterrevolution. Daraus wurde von maßgeblichen Vertretern des Bundeskanzleramtes der Schluß gezogen, im staatsmonopolitischen Führungsmechanismus einen zentralen Stab für den "Bereich des subversiven und verdeckten Kampfes" zu schaffen - auch an anderer Stelle als "Krisenstab" bezeichnet.¹⁹

Seine generelle Aufgabe besteht darin, "Alternativen" zu schaffen, die in der konkreten politischen Lage und in Hinsicht auf den "potentiellen Gegner"... "dem Politiker die Wahl des Handelns ermöglichen."²⁰

Aufgabe ihrer Bündniszugehörigkeit zu bilateralen Arrangements mit dem gegnerischen Lager gelangen".²⁵

Bereits in der Phase der generalstabsmäßigen Vorbereitung der "indirekten" Strategie spielt die Theorie und Praxis der "Krisenbeherrschung" - also die Provozierung von Spannungen und ihre Anheizung eine außerordentliche Rolle. Die Provozierung einer akuten Spannungsperiode steht dabei im Mittelpunkt der Planungen, um den Export der Konterrevolution von außen zu steuern. Daher sei es erforderlich, die Schaffung und Ausnutzung verschiedenster Varianten von derartigen Krisen bis zur atomaren Erpressung in Stabsstudien, historischen Studien und strategischen Spielen durchzuüben und entsprechende "Krisenszenarien" auszuarbeiten. Brigadegeneral a.D. von Canstein, lange Jahre westdeutscher Bevollmächtigter bei der NATO-Armeegruppe Mitte, präzisierte diese Krisenmanipulierung schon 1965 als Theorie der "provozierten Spannungszeit". In der Diktion des faschistischen OKW traf er folgende Feststellung: "Spannungszeiten sind manipulierbar, weil Anlässe gesucht oder Konfliktsituationen herbeigeführt werden können, die geeignet sind:

- a) entweder einen Ausbruch mit Waffen psychologisch vor den Völkern zu rechtfertigen,
- b) durch Erzeugung einer politischen Konfliktsituation den Gegner aus Angst und Sorge vor einem kriegerischen Austrag zum Nachgeben zu zwingen."²⁶

Dabei sei - nach Bundeswehrbrigadegeneral Schmückle - die "Bedrohung des Gegenspielers mit Atomwaffen" ... "die höchste Stufe, zu der in der Krisenbeherrschung emporgestiegen werden" könne.²⁷

Eine wesentliche generalstabsmäßige Vorbereitungsaufgabe bestehe des weiteren darin, die Kräfte und Mittel der "indirekten" Strategie - und zwar sowohl die "von außen" als auch die im Land des "potentiellen Gegners" wirkenden - bereitzustellen und ihr Zusammenwirken vorzubereiten. Zu den Kräften "von außen" gehören sowohl die der psychologischen Kriegführung im militärischen und zivilen Bereich als auch die der Diversion, deren Träger die Geheimdienste sind. Zu den Kräften "von innen" werden die von langer Hand vorbereiteten und durch die Kräfte "von außen" geförderten fünften Kolonnen aller Art gezählt.

Ziel sei es, bereits in der Vorbereitungsperiode im Untergrund des Landes des "potentiellen Gegners" mit Unterstützung von außen eine "Widerstandsorganisation gegen die legale Staatsgewalt" mit einem Zentrum und einer konterrevolutionären Plattform zu organisieren und mit entsprechenden Materialien (Waffen, Funkgeräten, Propagandamaterial, Geld usw.) zu versehen. Außerdem sollten frühzeitig entweder die "feindlichen Führungszentralen isoliert oder ausgeschaltet werden" oder aber - was noch günstiger sei - "im Sinne des Angreifers arbeiten". Gleichzeitig komme es in jedem Falle darauf an, daß "die Bevölkerung des Feindlandes für die eigenen (d.h. konterrevolutionären - d.Verf.) Ziele gewonnen" werde.²⁸ Dies ist die Modellvorstellung der Machtergreifung durch die von außen massiv unterstützte "innere Konterrevolution: entweder nach der Variante des Bürgerkrieges oder nach der Variante des "stillen" "Putsches" von oben in Verbindung mit der "schleichenden" Konterrevolution von unten.

Zu den Voraussetzungen der "indirekten" Strategie, die schon in der Vorbereitungsperiode geschaffen werden sollen, wird ein "raffiniertes Mitspielen der Diplomatie, nicht an Stelle von Waffen, sondern mit ihnen" gerechnet.²⁹ Dazu gehört vor allem die Isolierung des nächsten "potentiellen Gegners" von seinen Verbündeten. In enger Verbindung damit

steht die sogen. Großtäuschung insbesondere durch Friedens- und Entspannungsdemagogie. Sie sei nach Ansicht des Nazi-Generals Blumentritt generalstabsmäßig vorzubereiten und "mit politischen, psychologischen, wirtschaftlichen, technischen und militärischen Mitteln" zu führen.³⁰

Ihr Gegenstück sei die politische Erpressung mit militärischer Gewalt, in der die Streitkräfte "neben die diplomatischen Noten, wirtschaftlichen Maßnahmen, psychologischen Aktionen" zu treten hätten.³¹

Zusätzlich zu der politisch-diplomatischen Isolierung, "Großtäuschung" und politischen Erpressung mit militärischer Gewalt kommt gegenwärtig vor allem der "Verführung" des "potentiellen Gegners" in der Vorbereitung der "indirekten Strategie" eine ausschlaggebende Bedeutung zu. Sie erfolgt in erster Linie mit ideologisch-psychologischen und ökonomischen Mitteln, um die trügerische "Anziehungskraft der vom Westen gebotenen Alternative"³² schmackhaft zu machen. Das nächste Opfer der "indirekten" Aggression soll schon vor deren Auslösung von innen her "aufgeweicht", und Teile der Bevölkerung sollen frühzeitig zur Duldung oder aktiven Unterstützung konterrevolutionärer Aktionen psychologisch reif gemacht und ökonomisch korrumpiert werden.

Die generalstabsmäßige Vorbereitung der "indirekten Strategie" mündet schließlich in einem "Operationsplan". Dabei sollen sich die "Aktionen des Angreifers" ... "nach den Angriffszielen und nach den örtlichen Verhältnissen" richten.³³

Als Beispiel für die einzelnen Phasen und ihre Eskalation im Modell eines solchen "Operationsplan" seien die Ausführungen von Ministerialrat Dr. K. Seemann zitiert, die er schon 1965 machte:

- "1. die Errichtung geheimer Stützpunkte...;
2. die Schaffung einer 'Infrastruktur' von politischen und ideologischen Führern, Agenten, Propagandisten und Zuträgern, die ein Netzwerk sich gegenseitig überwachender Gruppen bilden...;

3. die Organisation bewaffneter Banden, die bei gleichzeitiger Intensivierung der psychologischen Kriegführung bewaffnete Überfälle auf ... Stützpunkte der Regierung übernehmen;
4. die Ausbreitung des Terrorismus... unter Ausschaltung der legalen Regierungsmacht und unter gleichzeitiger Errichtung eines eigenen Systems;
5. die allgemeine psychologische und militärische Offensive gegen die Regierung und ihre Streitkräfte. "24

Die generalstabsmäßigen Vorbereitungsmaßnahmen für den "verdeckten" Export der Konterrevolution in sozialistische Staaten Europas entsprechen voll der vorgegebenen politischen Zielstellung, die ihrerseits im "Operationsplan" ihren Ausdruck finden soll. Hier gibt es nach westdeutschen Auffassungen die folgenden miteinander eng verbundenen Varianten, die "unter Vermeidung des 'Offenen Krieges'" in Europa noch möglich seien:

- gewissermaßen lautlos "eine gefügige Regierung an die Macht zu bringen", die als Parteigänger der äußerèn Konterrevolution "erst in einem späteren Stadium aus der Anonymität tritt", um "Schlüsselstellungen zu besetzen"; oder:
- offene "Eroberung der Macht", wobei die Aktionen der irregulären Verbände im fremden Land durch einen eigenen operativen Aufmarsch der regulären Verbände unterstützt" werden;

Beide Zielvarianten sollten dabei in der Endkonsequenz eine "Veränderung des weltpolitischen Schwergewichts" zugunsten des "indirekten Aggressors" herbeiführen.³⁵ Offensichtlich beruhte das nächste Ziel der gegen die CSSR konzipierten Strategie des Eindringens des westdeutschen Imperialismus vor allem auf der Vorbereitung der ersten Variante bei gleichzeitiger Bereitschaft, unter für ihn ungünstigen Umständen zur zweiten Variante überzugehen. In beiden Fällen war als wichtigste Konsequenz eine entscheidende Umgruppierung der Kräftekonstellation zugunsten des Imperialismus vorgesehen. Der Aufmarsch von Bundeswehr- und NATO-Verbänden in Süddeutschland war offensichtlich nach Zeit, Raum und politischem Ziel darauf angelegt, den erhofften "stillen Staatsstreich" in der CSSR von außen abzusichern und die "schleichende Konterrevolution" durch militärische Demonstration moralisch zu unterstützen. Gleichzeitig aber sollten damit Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß Bundeswehr- und NATO-Verbände unter Umständen aus Manövern oder "aus dem Stand" zur "begrenzten" militärischen Intervention übergehen könnten. Zur schrittweisen, der jeweiligen Lage angepaßten und generalstabsmäßig geführten Verwirklichung des "unterschwellig" Exports der Konterrevolution sind nach westdeutscher Ansicht alle Formen des Kampfes mit den "nichtmilitärischen Mitteln" der Expansionsstrategie anzuwenden. Als die Hauptform wird dabei der ideologische Kampf betrachtet, der nach dem "Operationsplan" in erster Linie mit der psychologischen Kriegführung verwirklicht werden soll. Sie habe "mit ihren Mitteln auf den Gegner und auf die Menschen in seinem Machtbereich einzuwirken". Vor allem müsse sie "offensiv" geführt und darauf gerichtet sein, "den Gegner im Sinne der eigenen Zielsetzung zu beeinflussen".³⁶

Die psychologische Kriegführung gilt als diejenige Form des Kampfes, die ununterbrochen zu führen ist und alle anderen

Formen zu durchdringen hat. Sie ist dem jeweiligen Land gegenüber sowohl von außen als auch von innen zu führen. Da sich die Massenmedien Presse, Funk und Fernsehen als wichtigste Führungs- und Kommunikationsmittel der ideologischen Diversion erwiesen haben, sollen sie auch im Land möglichst frühzeitig unterwandert und unter den Firmenschildern "Freiheit der Presse und der Meinungsäußerung", "objektive" Berichterstattung usw. in den Dienst der imperialistischen Expansionsstrategie gestellt werden.

Der Hauptstoß des ideologischen Kampfes und der psychologischen Kriegführung richtet sich gegen Theorie und Praxis des Marxismus-Leninismus, insbesondere in den Fragen der Macht und der führenden Rolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei. Gleichzeitig wird der Antikommunismus in der pseudosozialistischen Tarnkappe des "Sozialdemokratismus" feilgeboten, der Antisowjetismus in die Toga des Kampfes gegen den "sowjetischen Imperialismus" gehüllt, der sozialistische Internationalismus als im Widerspruch zum Patriotismus stehend verunglimpft und der bürgerliche Nationalismus als Sprengmittel sowohl gegenüber der Einheit und Geschlossenheit der sozialistischen Staaten wie gegenüber der Wahrung und Vertretung eines konsequenten Klassenstandpunktes genutzt. Desgleichen dienen Losungen wie "absolute Freiheit" und "Einheit des Volkes", die auch den konterrevolutionären Kräften Freiheit gewähren und sie in die "Einheit des Volkes" einbeziehen soll, ebenso der ideologischen Aufweichung und Unterwanderung wie die Forderung nach einer angeblichen erst noch herbeizuführenden Einheit von Sozialismus und Demokratie oder die Behauptung, es gäbe eine zunehmende Konvergenz der beiden Gesellschaftssysteme.

Die psychologische Kriegführung spielt also eine zentrale Rolle in jener Phase des "unterschwellig" Exports der Konterrevolution, in der noch "vorwiegend mit Drohungen, Erpressungen und Einschüchterungen gearbeitet wird und in der "ein Konflikt... weitgehend mit legalen Mitteln ausgetragen" werden soll.³⁷

Zugleich ist die psychologische Kriegführung von ausschlaggebender Bedeutung für die Verschärfung des "kalten Krieges", den gesteuerten Übergang zum "verdeckten Krieg" und schließlich für die Möglichkeit seiner Eskalation im Rahmen des "Krisenszenariums" zum Bürgerkrieg im "innerstaatlichen Bereich". Dieser Prozeß soll wesentlich dazu beitragen, daß "die legale etablierte Macht des Staates (also die sozialistische Staatsmacht - d. Verf.) von innen heraus zersetzt und zerstört (wird), um an deren Stelle eine bestimmte Machtbierarchie (also die Diktatur der Konterrevolution - d. Verf.) zu setzen."³⁸

In diesem Endstadium des "verdeckten Krieges" ständen "psychologisch gezielte und gewaltsame Aktionen sowie bewaffnete Einsätze" im Mittelpunkt. Sie würden "mit subversiven Mitteln und von irregulären Kräften im Innern eines Staates geführt werden". Dabei komme es darauf an, "möglichst im Spielraum der 'Demokratischen Freiheit' ... zu operieren."³⁹ Durch eine von außen und innen "provozierte Spannungszeit" soll "eine politische Konfliktsituation herbeigeführt werden, um "durch Bedrohung politische Ziele durchzusetzen versuchen."⁴⁰ Hier setzt der massive Gebrauch der äußeren Druck- und Absicherungsmittel für die "indirekte" Strategie ein.

Als deren wichtigstes gilt in dieser Phase die bewaffnete Macht, insbesondere die Kernwaffe. Die Verwendungsskala der bewaffneten Macht reicht von Machtdemonstrationen und Auf-

marschmaßnahmen - z. B. durch Truppenübungen - über die "Drohung mit dem Einsatz der Nuklearwaffen" 41 bis zur Bereitschaft zur offenen militärischen Intervention unter gleichzeitigem Übergang zur "direkten Strategie". Darauf laufen auch die Ausführungen Trettners, des ehemaligen Generalinspektors der Bundeswehr, hinaus, wenn er schreibt: "Wer es nur mit einem einzigen ernst zu nehmenden Gegner zu tun hat, ... kann bestimmte Phasen politischer Aktionsfähigkeit... ausnutzen, um überfallartig anzugreifen." 42

b) "Direkte Strategie" oder "offener" militärischer Export der Konterrevolution

Die Kernwaffenstrategie ist und bleibt das zentrale Glied im Teilsystem der "direkten Strategie" Bonns. Sie ist bis Ende 1967 im Rahmen der NATO-Direktive MC 14/3 für die kommenden 5 Jahre bis 1972 fixiert worden. Sie spiegelte sich in der auf der Brüsseler Frühjahrstagung (1968) der Kriegsminister der NATO-Staaten beschlossenen "Streitkräfteplanung 1969 bis 1973" wider. Damit gelang es den amerikanischen und westdeutschen Vertretern, in der NATO das gegenwärtig der amerikanischen Globalstrategie entsprechende strategische Aggressionskonzept für Europa - eben die "flexible Reaktion" - durchzusetzen.

Hier wird der Versuch unternommen, aus der Rückzugsposition, in die die Hauptmächte der NATO infolge des internationalen Kräfteverhältnisses geraten sind, durch variabelere Formen und vielfältigere Methoden der militärischen Aggression herauszukommen. Die sozialistischen Staaten sollen -

nach entsprechender politischer, diplomatischer, psychologischer und ökonomischer Erpressung bzw. "Verführung" - stufenweise und in Teilen geschlagen werden, ohne daß die imperialistischen Staaten von vornherein das Risiko eines allgemeinen Raketenkernwaffenkrieges einzugehen glauben. Im Kommuniqué der Brüsseler NATO-Tagung heißt es dazu in Ziffer 12 vieldeutig: Diese Konzeption, durch die die Strategie der NATO an die derzeitigen politischen, militärischen und technologischen Entwicklungen angepaßt wird, beruht auf einer flexiblen und ausgewogenen Skala geeigneter konventioneller und nuklearer Reaktionen", die "im Sinne der Vorwärtsverteidigung" angewandt werden.⁴³

Zwei Wesenszüge kennzeichnen dieses von westdeutschen Auffassungen durchdrungene militärstrategische Konzept des "offenen" Exports der Konterrevolution durch eine militärische Intervention.

Erstens sieht es eine variantenreiche Vorbereitung und Führung von Kriegen in Mittel- und Osteuropa vor. Die Skala reicht von der Schaffung und Anheizung von "Krisen", der Provozierung einer "Vorwarnzeit" für Mobilisierungsmaßnahmen über vielfältige Techniken der Kriegsentfesselung bis zur vorgeplanten militärischen Eskalation. Diese schließt wiederum die Stufenleiter von der "Demonstration" militärischer Macht über den zunächst "begrenzten konventionellen Krieg" - diesen unter Umständen als "Faustpfandunternehmen" - bis zum "begrenzt-atomaren" Krieg und schließlich zum "allgemeinen Raketenkernwaffenkrieg" ein. Unverkennbar ist hierbei, daß die konventionelle Kriegsführung gegenüber den früheren Kriegsvarianten aufgewertet wurde, wobei "atomare Gefechtsfeldwaffen" generell schon in diese Phase des bewaffneten Kampfes einbezogen werden sollen. Dementsprechend wird der Vorbereitung eines begrenzten konventionellen "Stellvertreterkrieges" und der Möglichkeit seiner schlagartigen Ausweitung durch Kernwaffeneinsatz im Sinne der westdeutschen

Vorwärtsstrategie besonderer Wert beigemessen. Das ist die militärische Komponente der Bonner Alleinvertretungsanmaßung und der "neuen Ostpolitik". Darüber hinaus wird von der Bundeswehrführung verstärkt Kurs darauf genommen, die Bundeswehr auch zum selbständigen Handeln zunächst unter Umständen ohne die NATO zu befähigen.⁴⁴

Zweitens sind daher in der Direktive MC 14/3 im wesentlichen die Forderungen der Bundeswehrführung hinsichtlich des frühzeitigen Einsatzes von sogen. taktischen Kernwaffen berücksichtigt worden. In einem westdeutschen Pressebericht hieß es dazu, daß schon in der ersten Phase der Eskalation "Atomwaffen gewählt werden könnten. Das stehe, dank Bundesverteidigungsminister Schröders Bemühungen in der NATO-Konferenz, ausdrücklich in den Texten".⁴⁵ Den Bonner Militaristen geht es doch darum, die erste Phase der militärischen Eskalation, die ihren Vorstellungen von einem "begrenzten Stellvertreterkrieg" entspricht, nicht ausschließlich auf konventionelle Angriffsoperationen zu beschränken; sie möchten auch freie Hand für die Möglichkeit eines "atomaren, territorial begrenzten Stellvertreterkrieges" haben. Das heißt, sie streben nach einer weiteren Aufwertung des "begrenzten" atomaren Überraschungsschlages durch Offenhaltung "der Wahl der Waffen". Hier setzte sich der westdeutsche Standpunkt im wesentlichen auch durch. Analysen jüngster NATO- und Bundeswehrmanöver ergaben, daß in der Regel spätestens 3 Tage nach Entfesselung eines "begrenzten" Aggressionskrieges taktische Kernwaffen eingesetzt wurden. Die Bundeswehrführung will dabei ihren Einfluß auf folgende Entscheidungen verstärken:

- 28 -

1. Auf die Zielwahl, Zielfixierung und Detonationsstärke für Kernwaffenschläge in Mittel- und Osteuropa sowohl für "demonstrative Schläge" als auch für "programmierte Schläge";
2. auf die drastische Verkürzung der Spanne bis zum Kernwaffeneinsatz sowie auf den Zeitpunkt und die Reihenfolge der Auslösung von Kernwaffenschlägen; /
3. auf die Auslösung des "Eskalationsrhythmus" zum Kernwaffenkrieg;
4. auf die Senkung der "Atomschwelle" in Europa, unter Umständen sogar auf den Nullwert der "Stunde X".

Daß es dabei dem Bonner Generalstab ganz unmißverständlich um die erste Stufe ihres Expansionsprogramms - die gewaltsame Liquidierung der DDR - geht, schrieb Springer "Welt" am 13. Dezember 1967: "In diesem Zusammenhang ist es für die Bundesregierung von großer Bedeutung, daß sie an den politischen Einsatzentscheidungen über Atomwaffen von deutschem Boden aus und auf deutschem Boden beteiligt wird". Zusammenfassend folgerte Minister Schröder über eine derart angestrebte Fusion von "flexibler Reaktion" und "Vorwärtsstrategie": "Abschreckung, flexible Reaktion und Vorverteidigung (also die aggressive Vorwärtsstrategie d. Verf.) sind die Grundlagen unserer strategischen Auffassung. Sie deckt sich mit dem strategischen Konzept der NATO".⁴⁶

Unübersehbar ist, daß das hier nur skizzierte militärstrategische Konzept der NATO, besonders aber der Bundeswehrführung, Handhaben sichern soll, um in Europa aus manipulierten - d.h. provozierten - Krisensituationen heraus eine Aggression unter frühestmöglichem Einsatz von Kernwaffen zu entfesseln. Es ist offensichtlich, daß ein derartiges Konzept des "fließenden Übergangs" von "verdeckter Strategie" zur offenen militärischen Intervention - ungeachtet seiner am militärischen Kräfteverhältnis gemessenen Irrealität und der ihm zugrunde liegenden spekulativen Ausgangswerte - die Kriegsgefahr auf unserem Kontinent steigert. Sie würde zunehmen, wenn es der Bonner Generalität gelingen würde, ihre Kernwaffenambitionen zu befriedigen.

Die Hauptkennzeichen dieser konterrevolutionären Expansionsstrategie (siehe Schema 1) lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

- Diese Strategie ist heute eine nach Zielstellung und nach der Methode des Vorgehens "selektive" Strategie. In ihrem Hauptstoß richtet sie sich zunächst gegen die vorgeschobenen Bastionen der sozialistischen Staatengemeinschaft in Europa - gegen die DDR und die CSSR. Ihre weitere Zielstellung aber ist die Zurückdrängung des Sozialismus und Restauration des Kapitalismus bis an die Grenzen der Sowjetunion.
- Des weiteren ist die Expansionsstrategie eine in der Wahl des Hauptstoßes und der taktischen Verfahren und Mittel "flexible" Strategie. So verlegte der westdeutsche Imperialismus und Militarismus nach dem Fehlschlag des Frontalangriffes gegen die DDR seine Hauptanstrengungen an deren Südflanke - zum Export der Konterrevolution in die CSSR,

um dieses Glacis als Aufmarschbasis für den Stoß gegen die DDR und Polen zu benutzen, den Sozialismus in den Staaten Ost- und Südosteuropas schrittweise zurückzudrängen und ihn schließlich zu beseitigen. Dazu schrieb die "Bonner Rundschau" am 26. Juli 1968: "Ein Blick auf die Landkarte genügt, um zu erkennen, was ein Ausscheren Frags aus diesem Dreieck bedeuten würde. Die Südflanke der Zone (gemeint die DDR -d. Verf.) und Polens wäre nicht mehr gedeckt, ein Vorstoß über die sowjetische Grenze wäre denkbar. Das Dreieck hätte seinen Wert, der Warschauer Pakt sein Herzstück verloren." Dabei wurde der Verlegung der strategischen Hauptanstrengungen gegen die DDR, der Versuch der Isolierung der DDR von ihren Verbündeten "vorgeschaltet".

- Schließlich ist die Expansionsstrategie des westdeutschen Imperialismus in der Nutzung strategischer Verfahren zu einer "komplexen" Strategie geworden. In ihr sollen alle Strukturelemente der Strategie - Politik, Wirtschaft, Technik, Psychologie und vor allem das Militärwesen - kombiniert werden. Eine Vielzahl modellierter Varianten des "schleichenden" oder "offenen" Exports der Konterrevolution ist dabei zur Erreichung der Ziele der Expansionspolitik vorbereitet worden.

Diese neuen Züge der konterrevolutionären Expansionsstrategie des westdeutschen Imperialismus sind der spekulative Versuch des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems, in Anpassung an das zu seinen Ungunsten veränderte Kräfteverhältnis seine Widersprüche unter der Maske der "Entspannung" durch verstärkte politische und militärische Aggressivität, durch Erweiterung der Variationsbreite in den strategischen Methoden und durch komplexen Einsatz der militärischen und nichtmilitärischen Mittel zu lösen.

Die Funktion der konterrevolutionären Expansionsstrategie läßt sich folgendermaßen charakterisieren:

Diese Strategie als System und ebenso ihre beiden Teilsysteme - die "indirekte" und die "direkte Strategie" - sind eindeutig auf die Erreichung aggressiver Ziele zur Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten des westdeutschen Imperialismus orientiert. Nur unterscheiden sich zwischen den Teilsystemen die Mittel, Wege und Verfahrensweisen zur Erreichung dieser Ziele.

Beide Teilsysteme gehen von der gegenwärtigen Bonner Expansionspolitik und der Hauptthese der "Vorwärtsstrategie" aus, die "potentiellen Gegner" einzeln, nacheinander und mit differenzierten und variablen Methoden nach dem Prinzip der "flexiblen Reaktion" zu schlagen.

Beide Teilsysteme sind darauf angelegt, durch eine großangelegte politische Täuschung mit Hilfe einer raffinierten Entspannungsdemagogie, durch Isolierung des jeweils nächsten "potentiellen Gegners" von seinen Verbündeten und unter Ausnutzung der strategischen Überraschung und militärischen Erpressung den Funktionsmechanismus des Warschauer Vertrages unwirksam zu machen.

Beide Teilsysteme bauen auf der gleichzeitigen Intervention von außen und im Inneren des "potentiellen Gegners" auf. In der "indirekten Strategie" ist die "verdeckte" Machtergreifung der - von außen unterstützten - "inneren Konterrevolution" das Hauptmittel der Gewalt. Die Intervention von außen hat zunächst nur die Funktion der mittel- oder unmittelbaren Absicherung bzw. der Drohung und politischen Erpressung. In der "direkten Strategie" hat die Intervention von außen offenen militärischen Aggressionscharakter. Die "innere Konterrevolution" soll der äußerden Intervention dabei als "fünfte Kolonne" den Weg ebnen.

Beide Teilsysteme haben das Ziel, die führende Rolle der marxistisch-leninistischen Partei und die Staatsmacht der Arbeiterklasse und der mit ihr verbündeten Klassen und Schichten beim "potentiellen Gegner" zu stürzen. Dabei ist zugleich die Lösung des "potentiellen Gegners" aus dem

sozialistischen Bündnissystem vorgesehen. In der "indirekten Strategie" haben bei dieser Zielstellung die nichtmilitärischen, in der "direkten Strategie" die militärischen - insbesondere die nuklearen - Mittel den Vorrang.

Im Gesamtsystem der westdeutschen Expansionspolitik und Expansionsstrategie haben alle ihre Strukturelemente - mit Ausnahme des Militärwesens - eine gemeinsame Doppelfunktion: zunächst vor allem die der "Verführung" und anschließend in der Regel die der Erpressung. Dabei obliegt dem Strukturelement Militärwesen - also der militärischen Gewalt - die Funktion der Absicherung und Drohung in der "indirekten" und die der bewaffneten Intervention in der "direkten Strategie". Hierbei ist für das Bonner Regime die Verfügungsgewalt über Kernwaffen und Mitbestimmung über die Kernwaffenstrategie der NATO eine Schlüsselfrage. Die Irrealität dieser Strategie besteht dabei vor allem in der Überschätzung der Potenzen und strategischen Verfahren des westdeutschen Imperialismus und seiner Verbündeten und in der Unterschätzung der Stärke, Geschlossenheit, Festigkeit und Aktionsfähigkeit der sozialistischen Staatengemeinschaft und jedes ihrer Glieder - auch oder besser gerade unter komplizierten Lagebedingungen.

Aus diesem Grunde ist die politisch-moralische Geschlossenheit und militärische Schlagkraft der sozialistischen Staaten Europas die sicherste Garantie dafür, um der aggressiven Strategie des "unterschwelligem" oder des "offenen" Exports der Konterrevolution in die sozialistischen Staaten den Boden zu entziehen und die von dieser Strategie ausgehende erhöhte Kriegsgefahr in Europa wirksam zu bannen.

II. "Modellfall CSSR" - Der Versuch des westdeutschen Imperialismus zur Verwirklichung seiner konterrevolutionären Expansionsstrategie

Das Fiasko dieser Strategie im Sommer 1968

1. Die schrittweise Präzisierung der Expansionsstrategie

Parallel mit der detaillierten Ausarbeitung der imperialistischen Expansionsstrategie gegen die sozialistischen Staaten Europas bereitete das Bonner Regime im Zusammenwirken mit den USA die dieser entsprechende Praxis vor. Das Konzept der "Ostpolitik" und "Deutschlandpolitik" einschließlich der Methode der Strategie der "flexiblen Reaktion" bestimmten den Prozeß der Bereitstellung der Kräfte und Mittel des Exports der Konterrevolution. Die koordinierte konterrevolutionäre Aktion wurde von langer Hand vorbereitet und eingeleitet. Dabei zeichneten sich bis zum August 1968 deutlich drei Stufen ab.

Die erste Stufe umfaßte etwa den Zeitraum von 1962/63 bis zum Herbst 1966. Ihr Hauptinhalt bestand in der schrittweisen Orientierung der Strategie des Bonner Regimes auf das Konzept des kombinierten flexiblen Vorgehens, auf die "indirekte" und "direkte" Aggression gegen die sozialistischen Staaten Europas. Der Hauptstoß war dabei gegen die der NATO unmittelbar gegenüberstehende DDR gerichtet, bei gleichzeitigem Bemühen, in der CSSR Fuß zu fassen, um den Warschauer Vertrag an einer militärstrategischen Schlüsselstellung zu unterminieren. Dazu erfolgte in Westdeutschland die zielgerichtete Vorbereitung bzw. Verstärkung der subversiven und der militärischen Kräfte und Mittel.

Typische Erscheinungsformen für die neuorientierte imperialistische Expansionsstrategie in dieser Stufe waren u. a.:

- Der Übergang der Bundesregierung zu der von dem damaligen Außenminister Schröder konzipierten "Politik der Bewegung" gegenüber den sozialistischen Staaten Europas (1963). Ihr erklärtes Hauptziel bestand darin, die sozialistische Staaten-

gemeinschaft auseinander zu manövrieren, um vor allem die DDR zu isolieren. Der ehemalige westdeutsche Botschafter in Moskau, H. Kroll, unterstrich dazu: "Der längst fällige Übergang von der bisherigen Politik des Stellungskrieges zum Bewegungskrieg in unseren Beziehungen zum Osten ist richtig und wird sich auf weite Sicht auch politisch auswirken."⁴⁷

- Die Durchsetzung der "Vorwärtsstrategie" als Kernstück der westdeutschen Kriegsdoktrin und als Bestandteil des sich herausbildenden Konzepts der "flexiblen Reaktion" in der NATO im Herbst 1963.
- Die als "Konsolidierungsphase" ausgegebene Einstellung der Bundeswehr auf die veränderte Expansionsstrategie. Nach einer Erläuterung durch den damaligen Kriegsminister K.-U. von Hassel hatte diese Phase "den Zweck, die Streitmacht den Wandlungen anzupassen, die das Wesen des Krieges ständig ändern."⁴⁸ Dabei verfolgte die Bundeswehrführung den doppelten Zweck, ihre Streitkräfte sowohl verstärkt auf einen Kernwaffenkrieg als auch auf den "verdeckten Krieg" - die beiden Eckpfeiler des Eskalationsrhythmus im Rahmen der "flexiblen Reaktion" - vorzubereiten. Gleichzeitig wurden die militärischen Kräfte und Mittel für die psychologische Kriegführung entsprechend den Anforderungen der SDV 100/1 ("Truppenführung") die 1962 in Kraft getreten war, systematisch verstärkt.
- Das Geheimdienstsystem des westdeutschen Regimes, insbesondere seine nach außen gerichteten Teile, erfuhren im Zusammenhang mit der Expansionsstrategie eine ständige Ausweitung. So stieg beispielsweise der Jahresetat des "Bundesnachrichtendienstes" (BND), des zentralen Auslandsgeheimdienstes mit Hauptstoßrichtung gegen die DDR und andere sozialistische Staaten Europas, von 1956 bis 1961 von 23,1 auf 44,2 Millionen DM; von 1962 bis 1968 indessen von 52,4 auf über 100 Millionen DM an. Darüber hinaus baute der Bonner Geheimdienst sein Netz von Basis- und Zubringerinstitutionen in allen Bereichen des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens West-

deutschlands aus. In Bonns Geheimdienst waren Anfang 1966 nach vorsichtigen Schätzungen mindestens 52 000 Beamte, Bundeswehroffiziere, Angestellte und konspirative Mitarbeiter eingesetzt. Damit übertraf seine personelle Stärke die des Geheimdienstes Hitlerdeutschlands in der Vorbereitungsphase des zweiten Weltkrieges.

Zugleich intensivierten die Geheimdienste der USA und der westdeutschen Bundesrepublik ihre Aktionen in den gegen die sozialistischen Staaten gerichteten beiden Haupttätigkeitsbereichen: der Spionage und der Subversion. Dabei gewann im Gefolge der neukonzipierten Expansionsstrategie die strategische Gesamtaufklärung zusätzliche Bedeutung. Ihr war u. a. nunmehr als besondere Aufgabe übertragen, Ansatzpunkte für die kombinierte Organisation der Konterrevolution von außen wie von innen zu ermitteln. In der Bundeswehrstudie über den "verdeckten Krieg" heißt es dazu ausdrücklich: "Die erste Voraussetzung für die Führung des verdeckten Kampfes ist die Beschaffung der entsprechenden Unterlagen zur richtigen Beurteilung der Gegebenheiten. Das ist die Aufgabe der strategischen Aufklärung."⁴⁹

Andererseits wurden die Geheimdienste darauf angesetzt, forciert Stützpunkte für die psychologische und verdeckte Kriegführung gegen die sozialistischen Staaten zu errichten bzw. den Boden dafür zu bereiten. Der westdeutsche BND und die amerikanische CIA gingen dabei von 1963 bzw. 1965 in Kraft gesetzten weitestgehend koordinierten "Führungsanweisungen" und "Arbeitsanweisungen" aus.

- Das Gesamtsystem der psychologischen Kriegführung wurde ausgebaut und ständig aktiviert. Die Leitlinie dafür hatte F.-J. Strauß schon im Herbst 1962 so umrissen: "Unser Gedankengut ist in das öffentliche Leben der kommunistischen Staaten mit allen Mitteln der modernen Propaganda auf psychologisch geschickte Weise einzuschleusen ... Die Menschen in den kommunistischen Staaten werden auf diese Weise zu bewußten oder unbewußten Trägern westlicher Ideen, es wird das Gefühl all-

gemeinen Unbehagens geschaffen, das Voraussetzung ist für die sich ohne Gewaltanwendung abwickelnde innere Veränderung und Umwälzung in diesen Staatswesen. Durch pausenlose, den Gegner ermüdende Arbeit sind diese natürlichen Entwicklungen zu beschleunigen ... Hier in Europa sprechen entscheidende Umstände für die Möglichkeit einer erfolgreichen psychologischen Kriegführung des Westens."⁵⁰

Das Ziel der psychologischen Kriegführung, in den sozialistischen Staaten den Boden für konterrevolutionäre Aktionen vorzubereiten, die Werktätigen gegen die sozialistische Gesellschaftsordnung aufzuputschen und die politischen Machtverhältnisse zu verändern, unterstrich Anfang 1968 Prof. Z. Brzezinski unmißverständlich: "Ideologische Veränderungen werden mithelfen, eine politische Veränderung zu bewirken."⁵¹ Dabei war den Massenmedien zunächst von außen und, wo sich Ansatzpunkte bieten sollten, auch von innen die Rolle anleitender Zentren für die Organisierung des Exports der Konterrevolution übertragen. Das heißt: ihnen war eine Schlüsselstellung in dem komplexen Ansatz der Expansionsstrategie zugedacht. Hierzu wurden sowohl die wachsenden technischen Möglichkeiten als auch die inzwischen verfeinerten Methoden der geistigen Manipulierung des Menschen genutzt.

Im Zusammenwirken mit den Geheimdiensten konzentrierten sich die Planungszentren in den USA und in Westdeutschland zunächst darauf, Einzelpersonen und Gruppen unter den Intellektuellen, Schriftstellern, Künstlern, Ökonomen, Philosophen, Soziologen, Journalisten ideologisch aufzuweichen bzw. deren ideologische Labilität zu verstärken, sie Schritt für Schritt zu gewinnen und zu befähigen, ihren Einfluß im Film, Fernsehen, Rundfunk, in der Presse, Literatur und der Wissenschaft geltend zu machen. In der DDR markierte insbesondere die "Kafka-Konferenz" im Mai 1963 einen Erfolg dieser Unterwanderung und zugleich einen Wendepunkt im Prozeß der verstärkten Arbeit in dieser Richtung. Seitdem nahmen revisionistische und auch schon offenen antimarxistische Gruppen zielstrebig Kurs auf die Beherrschung der Massenmedien.

Im März 1968 bestätigte einer der führenden Revisionisten, Ernst Fischer, im westdeutschen Fernsehen diesen Prozeß der organisierten ideologischen Unterwanderung weiter Kreise der Intelligenz in der CSSR: "All dies war wohl vorbereitet. Die Explosion auf dem Schriftstellerkongreß hat eine jahrelange Vorgeschichte. Vorgespräche, Diskussionen, Studien, Arbeitsgemeinschaften, zum Beispiel die Arbeitsgemeinschaft um den hervorragenden Ökonomen Ota Sik, soziologische Arbeitsgemeinschaften in der Akademie und der Parteischule, verschiedene Versuche in der Literatur und in der Philosophie, Kontakte zwischen Intellektuellen, Schriftstellern und erfahrenen Parteifunktionären, so daß also alles einen anderen, organisierten, zielbewußteren Gang nimmt als seinerzeit in Ungarn."

Ein sichtbarer Ausdruck dieser verstärkten Bemühungen war auch die Tatsache, daß der amerikanische Präsidenten-Berater E. Brzezinski bereits 1964 und 1965 in Prag auftauchte. Nicht nur geduldet, sondern offiziell gefördert inszenierte er dort Vorträge und Diskussionen über "Das Ende des Leninismus" und die imperialistischen Vorstellungen von den "Ostwestbeziehungen."

- All dies ging Hand in Hand mit einer gleichfalls auf lange Sicht angelegten "Großtäuschung", die den wahren expansionistischen Charakter der amerikanisch-westdeutschen Strategie bemänteln sollte. Das Ziel war, der Weltöffentlichkeit die vorgebliche Bereitschaft Bonns und Washingtons zur "Entspannung" der Lage, zur "Aussöhnung" mit den sozialistischen Staaten Europas vorzugaukeln, während gleichzeitig unter dem Mantel der Dolch zum Stoß gezückt wird. Damit sollten die Regierungen der UdSSR, der DDR und der anderen sozialistischen Staaten in eine ungünstige Situation manövriert werden. Wenn sie auf das Spannungsgesäusel eingingen, könnte die Wachsamkeit der sozialistischen Staaten eingeschläfert werden. Täten sie das nicht in dem erhofften Maße, so rechneten die Bonner Strategen, sollte ihnen der "schwarze Peter" einer

"entspannungsfeindlichen" Haltung zugeschoben werden. Ein typisches Beispiel dafür war die mit der "Friedensnote" eingeleitete sogenannte Friedensoffensive Bonns im Frühjahr 1966. Auf diese Weise war die Neuorientierung der imperialistischen Expansionsstrategie bis zum Herbst 1966 zwar eingeleitet, aber noch nicht abgeschlossen. Ihr gleichzeitiger Ansatz gegen die DDR, CSSR und die Volksrepublik Polen blieb zunächst in Anfängen stecken. Die Staaten des Warschauer Vertrages hatten dieses Konzept auf ihrer Tagung in Bukarest im Juli 1966 nicht nur entlarvt, sondern zugleich Maßnahmen zu ihrer Abwehr beschlossen und ihre militärische Kraft weiter gesteigert. Dennoch war es Bonn und Washington vor allem mit Hilfe ihrer Geheimdienste und durch die psychologische Kriegführung gelungen, bestimmte Ansatzpunkte für ihr konterrevolutionäres Konzept zu erkennen und sich gewichtige Stützpunkte in der CSSR zu schaffen, die sie in der Folge systematisch ausbauten.

Die zweite Stufe des Ansatzes der Expansionsstrategie des westdeutschen und amerikanischen Imperialismus gegen die sozialistischen Staaten Europas schließt die Zeit von Herbst 1966 bis Ende 1967 ein. Ihr Hauptinhalt war gekennzeichnet durch die volle Ausschöpfung der Mittel und Methoden der "indirekten Strategie" unter verstärkter Vorbereitung der "direkten" Aggression. Letzteres erfolgte vor allem in Auswertung der israelischen Aggression vom Sommer 1967 und hatte speziell die Präzisierung und Weiterentwicklung der Kriegsvarianten für Europa und davon abgeleiteter Maßnahmen zur weiteren Befähigung der Streitkräfte als "Mehrzweckarmeen" zum Inhalt. Der Hauptstoß war nach wie vor gegen die DDR gerichtet. Dazu wurde in Bonn 1966/67 eine spezielle "Blitzkriegsvariante" entwickelt.⁵² Auf Grund der erwiesenen Stabilität der Hauptbastion des Sozialismus im Mitteleuropa und ihrer festen Verankerung in der sozialistischen Gemeinschaft rückte jedoch in den politisch-militärischen Führungsgremien Westdeutschlands die Absicht in den Vordergrund, die DDR von den Flanken her einzukreisen, zu isolieren und dann aufzurollen. Dazu wurde der Einsatz politisch-ideologischer, diplomatischer, psychologischer, ökonomischer und subversiver Kräfte und Mittel verstärkt.

Typische Erscheinungsformen dieser komplex gehandhabten imperialistischen Expansionsstrategie in diesem Zeitraum waren u. a.:

- Die Weiterführung der "Politik der Bewegung" zur taktischen differenzierten "neuen Ostpolitik" und "beweglichen Wiedervereinigungspolitik" des Kiesinger/Strauß/Brandt-Kabinetts. Sie war zunächst durch abgestimmte Maßnahmen auf politisch-diplomatischem Gebiet und dem Bereich der psychologischen Kriegführung gekennzeichnet. Die DDR sollte mit diesen Mitteln von ihren sozialistischen Nachbarn und der UdSSR isoliert, und andere sozialistische Staaten sollten schrittweise auf die Positionen des Imperialismus hinübergezogen werden. Das "Rezept" dazu gab schon 1965 der US-Experte für psychologische Kriegführung, Prof. Brzezinsky, in seinem Buch "Alternative zur Teilung"; er empfahl: gegenüber der DDR eine "Politik der Isolierung" und gegenüber den anderen sozialistischen Staaten Europas eine heuchlerische "Politik des friedlichen Engagements" zu betreiben.⁵³

Zugleich rückten in Mitteleuropa die imperialistischen Aktivitäten gegen die CSSR immermehr in den Vordergrund. So erklärte der Stellvertretende Vorsitzende der parlamentarischen Gruppe der CDU/CSU im Bundestag, der CDU-Abgeordnete E. Müller-Hermann, in einem internen Rundbrief: "Sehr systematisch habe ich in den letzten Jahren meine ostpolitische Aktivität auf die CSSR konzentriert. Meines Erachtens besitzt dieses Land eine Art Schlüsselposition für die Ost-West-Beziehungen im allgemeinen und für das Verhältnis der Bundesrepublik zum Osten im speziellen. Schon die geographische Lage macht die CSSR zu einer Drehscheibe für Warenbewegung und geistige Strömungen. Ein in der CSSR gelungener Liberalisierungsprozeß und eine Bereinigung der Beziehungen zwischen uns und der CSSR müssen zwangsläufig Rückwirkungen auf das innere Gefüge des Ostblocks und auch auf die Beziehungen anderer kommunistischer Länder zu uns hervorrufen."⁵⁴

- Das Konzept der "flexiblen Reaktion" wurde gemeinsam mit dem der "neuen Ostpolitik" in der NATO durchgesetzt und von der NATO-Ratstagung im Dezember 1967 in Brüssel bestätigt. Es schloß stärker als zuvor das Prinzip des Flankenangriffs bzw. der Aufplitterung des Warschauer Vertrages von den Flanken her ein.
- Die Bundeswehr wurde beschleunigt und entsprechend den Schlußfolgerungen aus der israelischen Aggression als "Vielzweckarmee" ausgebaut. Die Erprobung von "Blitzfeldzügen" wurde 1967 in den Manövern "Panthersprung" und "Hermelin II" vorgenommen. Insgesamt sollte die Bereitschaft der Bundeswehr für einen "Stellvertreterkrieg" in Europa bzw. für Interventionsoperationen bei Einsatz taktischer Kernwaffen gesteigert werden. Zugleich sollte ihre Befähigung als Druck- und Erpressungsinstrument der "indirekten Strategie" erreicht werden. Die zusätzliche Funktion als "Krisenstreitmacht" wurde verstärkt gefordert.
- Die subversiven Kräfte und Mittel des Bonner Staates wurden unter dem Kiesinger-Kabinett weiter zentralisiert und ihr Einsatz vervielfältigt. Im Rahmen der Reorganisation des Bundeskanzleramtes (1967) entstand in Gestalt der Abteilung III mit dem Planungsstab und der militärischen Unterabteilung III/A nicht nur ein Planungs- und Koordinierungszentrum für alle Bereiche der Expansionsstrategie, das eng mit dem Führungsstab der Bundeswehr zusammenarbeitete. In Arbeitsteilung mit der Unterabteilung VII im Führungsstab der Bundeswehr wurde vom zentralen Planungszentrum zunehmend auch der Ansatz der subversiven Kräfte gegen die sozialistischen Staaten gesteuert. Die Aktionen der Geheimdienste konzentrierten sich immer gezielter gegen die CSSR.

Die "Prawda" enthüllte am 19. Juli 1968 Teile eines umfangreichen Operationsplanes der CIA für den Einsatz in den sozialistischen Staaten Europas, der auch für den westdeutschen BND galt und 1967 weiter präzisiert wurde.

In den Anlagen zu dem Plan wurden im einzelnen sogenannte "erste Aktionen" der NATO-Streitkräfte und der Spionage-Organisationen gegen die Länder des Warschauer Vertrages im Detail beschrieben. Unter Berücksichtigung des "geographischen Faktors" war zunächst die "Befreiung Ostdeutschlands und der Tschechoslowakei" vorgesehen. Bestimmte Subversionsaufgaben wurden konkret dargelegt. Als Ausgangswerte für den gesamt-strategischen Plan sollten mit allen Mitteln folgende Informationen gesammelt werden:

Ergebnisse von psychologischen und Sonder-Operationen der Alliierten.

Sind irgendwelche organisierte illegale Gruppen vorhanden, die gegen die bestehende Regierung wirken? Wenn ja, wo befinden sie sich und über welche Möglichkeiten verfügen sie? Wer sind ihre Anführer und auf welche Weise kann man mit ihnen Kontakte herstellen?

Welche Bevölkerungsgruppen, in Berufs- oder irgendwelche andere Kategorien eingeteilt, können am wahrscheinlichsten spontan einen Aufruhr oder Aufstand auslösen? Welche Gruppen sind gegenwärtig für psychologische Operationen, die vom Westen durchgeführt werden, besonders zugänglich?

Wo, Wann und unter welchen Umständen und unter welcher Führung von außen können Bewegungen des Widerstandes oder Aufstände gegen die bestehenden Regierungen entstehen?

Der Grad des Eindringens der oppositionellen Kräfte in die Kommunistische Partei und ihre Möglichkeiten, der Tätigkeit der Kommunistischen Partei entgegenzuwirken.

Eine spezielle Weisung bezog sich auf die CSSR. Sie sah vor, Anzeichen zu sammeln und zu analysieren, ob sich in der nächsten Zeit oder in Zukunft in der Tschechoslowakei ein Umsturz oder irgendwelche anderen Veränderungen ereignen könnten, die sich auf die Pläne der NATO auswirken.

Der BND baute zudem sein konspiratives Netz in der CSSR aus. Dazu dienten ihm Handels- und andere Wirtschaftskontakte genauso wie der anwachsende Touristenstrom. Passierten 1964 etwa 450 000 Reisende die westdeutsch-tschechoslowakische Grenze in beiden Richtungen, so waren es 1967 785 000.

Am 13. Mai 1968 meldete die Prager Nachrichtenagentur CTK zur zunehmenden Aktivität des BND: "Der Gegner hat auch die Reste des alten nazistischen Spionagenetzes aktiviert und zeigt ungewöhnliches Interesse für die Werbung neuer Agenten in der CSSR, vor allem aus den Reihen der tschechoslowakischen Bürger, die kapitalistische Länder besuchen."

Gleichzeitig wurden in Westdeutschland die Revanchistenverbände, insbesondere die "Sudetendeutsche Landsmannschaft" und ihre Zweigorganisationen, aktiviert. Allein auf der "Ostakademie Königstein" erhielten in den letzten Jahren 30 000 Personen eine entsprechende Sonderschulung.

- Die psychologische Kriegführung gegen die sozialistischen Staaten wurde unter Regie des Kiesinger-Kabinetts weiter gesteigert und auf die DDR, CSSR und die Volksrepublik Polen konzentriert. Dabei traten im Sinne der "neuen Ostpolitik" und eines pseudo-sozialistisch verhüllten, "verfeinerten" Antikommunismus immer unverhüllter folgende Hauptrichtungen zutage: Der Stoß gegen die marxistisch-leninistische Theorie, insbesondere gegen die all-gemeingültigen Prinzipien für den Aufbau des Sozialismus; der Hauptstoß gegen die führende Rolle der marxistisch-leninistischen Partei und die sozialistische Staatsmacht; die Verbreitung nationalistischen Gedankengutes, um den Warschauer Vertrag und die sozialistischen Wirtschaftsgemeinschaft auseinanderzutreiben.

Der zunächst "unterschwellig" Veränderung der politischen Machtverhältnisse durch psychologische Kriegführung waren auch solche Versuche vor allem von Seiten der westdeutschen SP-Führung untergeordnet, die Arbeiterklasse und ihre Vorhut zu spalten und in der CSSR eine "neue" Sozialdemokratische Partei zu gründen. Diese Partei sollte in der Folgezeit als ein Zentrum der Konterrevolution ideologisch wirken. Entsprechende Bemühungen gingen seit Mitte 1967 - ebenfalls unter der Regie der Gruppe um Brandt und Wehner - auch von der sogenannten Sozialistischen Internationale aus. Sie wurden von tschechischen Emigrantengruppen in den USA unterstützt.

- Schließlich setzte die Kiesinger-Regierung mit der "neuen Ostpolitik" das schon zuvor eingeleitete Täuschungsmanöver für die Expansionsstrategie zielstrebig fort und gab sogar heuchlerische Gewaltverzichts-beteuerungen ab. Sie setzte dafür vor allem die sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder ein. Kiesinger selbst gab dazu in seiner ersten Regierungserklärung die Leitlinie mit der Behauptung: "Wir wollen entkrampfen, aber nicht verhärten, Gräben überwinden, aber nicht vertiefen."⁵⁵ E. Majonica, außenpolitischer Sprecher der CDU, charakterisierte diese Linie so: "Wir möchten unsere Beziehungen zu unseren östlichen Nachbarn auf allen Ebenen verbessern."⁵⁶

Die zweite Anwendungsstufe der "differenzierten" Expansionsstrategie Washingtons und Bonns zeigte also den komplexen und forcierten Einsatz der Kräfte und Mittel im Bereich der "indirekten" Strategie, vor allem gegen das Zentrum der Front zwischen Imperialismus und Sozialismus in Europa. Dabei schälte sich immer deutlicher die CSSR als Hauptansatzpunkt heraus, zu dem den imperialistischen Kräften ein unmittelbarer Einbruch in den Warschauer Vertrag möglich erschien. Gleiche Chancen boten sich demgegenüber in der DDR auch nicht annähernd.

Das löste Anfang 1968 den vorzeitigen Übergang des westdeutschen Regimes und der USA zur dritten Stufe der versuchten Umsetzung der komplexen Expansionsstrategie in die Praxis aus. Der "Modellfall CSSR" trat in Bonn und Washington auf die Tagesordnung.

2. Der "Operationsplan" gegen die CSSR

Die imperialistischen Versuche, die Grenzen des Sozialismus auf dem Weg der "schleichenden" Konterrevolution mit Hilfe der "indirekten Strategie" zugunsten des Imperialismus zu verändern, konzentrierten sich also seit Ende 1967/Anfang 1968 immer eindeutiger und offensichtlicher auf die CSSR. Am Schalthebel des Exports der Konterrevolution in der CSSR saßen die führenden imperialistischen Mächte, insbesondere aber der westdeutsche Imperialismus in enger Komplizenschaft mit seinem Schirmherrn,

dem USA-Imperialismus.

Die westdeutschen Monopole und ihre Interessenvertreter in den Schlüsselstellungen des staatsmonopolistischen Machtmechanismus in Westdeutschland waren die wichtigsten Geburtshelfer, Dramaturgen und Regisseure des beabsichtigten "stillen Putsches" und die Entwicklungshelfer des "unterschwelligem" Exports der Konterrevolution in unser südliches Bruder- und Nachbarland.

a) Der Schwerpunkt des "Operationsplanes"

Gerade in der Strategie des Exports der Konterrevolution in die unmittelbar an die Bundesrepublik angrenzenden sozialistischen Staaten - die DDR und die CSSR - waren im Planungszentrum der westdeutschen Regierung nicht nur eine Reihe von angeblich "lageangemessenen" Modellvorstellungen entwickelt worden. Es wurden im Bonner Generalstab auch entsprechende "Operationspläne" in verschiedenen Varianten ausgearbeitet. Sie gingen davon aus, nach wie vor zunächst den Hauptstoß gegen die DDR im Stufenprogramm der Expansions- und Revanchepolitik zu führen. Hierbei wurden in letzter Zeit zwei Grundvarianten sichtbar:

Einmal die Modellvariante für einen "begrenzten Blitzkrieg" gegen die DDR, zunächst bis Oder und Neiße - im Sinne der Alläinvertretungsanmaßung und als erstes strategisches Ziel. Abgeleitet von der Aggression Israels gegen arabische Staaten, deklariert als "innerdeutscher Konflikt" und konzipiert als "nationaler Stellvertreterkrieg", sollte die Liquidierung der DDR zur Schaffung "politischer Faustpfänder" gegenüber der CSSR und Polen führen - "Faustpfänder" im Sinne der revanchistischen Gebietsansprüche Westdeutschlands an diese Staaten und damit als Druckmittel für das folgende strategische Ziel.

Seit 1967/68 hat nun der westdeutsche Imperialismus dieses Modell zeitweilig zurückgestellt und sich verstärkt einem scheinbar "risikoärmeren" Modell gewidmet. Auf Grund der inneren Entwicklung in der CSSR hat er Kurs auf die "Modellvariante CSSR" genommen. Das heißt: Beseitigung der sozialistischen Erregenschaften in der CSSR durch Mittel der "indirekten" Strategie als erstes strategisches Ziel. Das folgende strategische

Ziel sollte dann offenkundig die gleichzeitige ideologische "Aufweichung" und Restauration kapitalistischer Verhältnisse in der DDR und der VR Polen von der Südflanke her sein.

Beide vom Revanchismus und Expansionismus getragenen Varianten und die entsprechenden "Operationspläne" waren also auf das gleiche politisch-strategische Ziel gerichtet: die Vorverlegung und Ausdehnung des Machtbereiches des Imperialismus in Mittel- und Südosteuropa. Das bestätigte noch am 16. Juli 1968 eines der Sprachrohre der "äußeren" Konterrevolution, der Westberliner Rundfunksender SFB, folgendermaßen:

"Es steht ja noch mehr auf dem Spiel als die Prager Reform. Es geht um die künftige Befreiung der Länder des Ostblocks überhaupt."

Strauß-Berater Klaus Boemer präziserte diese Absicht hinsichtlich der DDR: "Die DDR muß mit in die Partie. Je größer für jenen Teil des deutschen Volkes der Grad an Selbstbestimmung, desto günstiger werden die Voraussetzungen für seine Eingliederung in einen europäischen Interessenverband. Die Politik der Bundesregierung muß also von dem Bestreben geleitet sein, in der DDR eine Entwicklung zur Selbständigkeit zu fördern, wie sie etwa in der CSSR in Gang gekommen ist."⁵⁷

In der gegen die CSSR angewandten Variante war also gegenüber der erstgenannten lediglich die Wahl des ersten Schlages und der strategischen Mittel und Methoden sowie die Reihenfolge der Etappenziele anders vorgenommen und im politisch-strategischen "Operationsplan" entsprechend festgelegt worden.

Die Konfrontierung dieser "neuen" Modellvariante der "indirekten Strategie" des westdeutschen Imperialismus mit dem System seiner Expansion im Rahmen der "neuen Ostpolitik" bestätigte erneut in aller Klarheit eine Reihe rechtzeitiger, ernster Warnungen der Partei- und Staatsführungen der DDR und ihrer Verbündeten vor der wachsenden Aggressivität der Politik des westdeutschen Staates und der davon ausgehenden zunehmenden Bedrohung der Souveränität der CSSR.

b) Zum Inhalt des "Operationsplanes"

Der "Operationsplan" des westdeutschen Imperialismus sah als erstes Ziel vor, mit aktiver Unterstützung durch die SP-Führung im Verlaufe des Jahres 1968 den konterrevolutionären rechten und revisionistischen Kräften in der CSSR durch eine systematisch gesteuerte und zugleich raffiniert getarnte Unterstützung von außen die "schleichende Machtübernahme" und die schrittweise Errichtung einer zunächst noch als "demokratischer Sozialismus" verhüllten Diktatur zu ermöglichen. Während 1956 der Imperialismus in Ungarn noch auf die gewaltsame Machtübernahme der Konterrevolution und auf offen antikommunistische Losungen gesetzt hatte, sollte in der CSSR ein "stiller Staatsstreich" von oben mit Förderung durch die unterdes systematisch desorientierte Mehrheit der Bevölkerung erfolgen. Zur Maskierung der Ziele der Konterrevolution waren Losungen wie "Überwindung der Fehler der Vergangenheit" durch "Liberalisierung", "Vereinigung des Sozialismus mit Demokratie" und andere gewählt. Die Offensive gegen die sozialistische Ideologie - vor allem unter dem Deckmantel des "Sozialdemokratismus" geführt - sollte eine "latente Widerstandssituation" erzeugen. Die Mehrheit der Werktätigen, vor allem die Jugend, sollte zur Bereitschaft für konterrevolutionäre Handlungen gegen die führende Rolle der KPC sowie gegen die sozialistische Staatsmacht schrittweise ummanipuliert werden. Damit gekoppelt war ein massiver psychologischer - und nicht wie in Ungarn von vornherein auch physischer - Terror gegen alle klassenbewußten Kräfte. Im Falle des Mißlingens dieses Konzepts war die Entfaltung des Bürgerkrieges und die gewaltsame Machtübernahme der Reaktion sowie die Möglichkeit einer militärischen Intervention von westdeutschem Boden als "Hilfeleistung" vorgesehen. Dabei unterstützte der westdeutsche Imperialismus zunächst mit dem Steuerungsmittel seiner Massenmedien den Hauptstoß der tschechoslowakischen Konterrevolution, der sich auf die "schleichende" Beseitigung der führenden Rolle der Partei, die Liquidierung der sozialistischen Staatsmacht durch Unterwanderung "von innen" und die "Neutralisierung" der CSSR, d. h. ihre Lösung aus dem Warschauer Vertrag und dem RGW richtete. Typisch für diese infiltrierte

Linie war ein Bericht der "Stuttgarter Zeitung" vom 28. März 1968, in dem es hieß: "Das war wohl überhaupt der Ausgangspunkt: Prag muß sich aus dieser durch das Comecon (RGW - d. Verf.) gebildeten Klammer lösen, wenn es nicht im Ruin enden will, und folglich muß es eine unabhängigere Politik gegenüber Moskau ins Auge fassen."

Für den Fall des "gewaltsamen" Weges der Konterrevolution hatten Bundesregierung und Bundeswehrführung mit der NATO an den Grenzen zur CSSR frühzeitig entsprechend starke militärische Kräfte und Mittel als "Eingreifreserven" bereitgestellt und subversive Gruppen in die CSSR eingeschleust. Die westdeutschen Monopole und die mit ihnen verflochtenen gesellschaftlichen Kräfte der Staatsmacht in geschickter Arbeitsteilung mit den sozialdemokratischen Führern waren es, die mit Hilfe einer als "Nichteinmischung" getarnten Einmischung in die inneren Angelegenheiten der CSSR den konterrevolutionären und revisionistischen Kräften durch eine Politik der psychologischen, politischen, wirtschaftlichen und subversiven Intervention und der militärischen Hilfestellung den Weg ebneten. Sie waren die Hauptinitiatoren des konterrevolutionären "Operationsplanes" zum Sturz des Sozialismus von innen und zur schrittweisen Errichtung eines staatskapitalistischen Regimes, der sich auf das Zusammenwirken der "äußeren" und der "inneren" Konterrevolution stützte.

Die Strategen des Exports der Konterrevolution verfolgten also die gleichen Ziele wie im Jahre 1956 in Ungarn. Infolge des neuen Kräfteverhältnisses von 1968 änderten sie jedoch schon ihre Taktik in der Vorbereitung der Aktionen. Sie konzentrierten sich nicht wie im Jahre 1956 auf einen Frontalangriff, sondern auf eine langfristig angelegte raffinierte Unterminierungs- und Zersetzungsarbeit mit den Mitteln der psychologischen Kriegführung, der Demagogie des "Sozialdemokratismus" und der "Liberalisierung" und der Taktik der "inneren Veränderung und Umwälzung".

Ein Umstand mußte dabei von den imperialistischen Regierungen und ihren Planungsstäben besonders in Rechnung gestellt werden: Faschismus und Kapitalismus waren bei den Bürgern sozialistischer Staaten diskreditiert. In einer im Auftrag des amerikanischen Senats gefertigten Analyse über die künftigen Methoden des konterrevolutionären Kampfes und den Inhalt konterrevolutionärer Losungen waren die Autoren zu der Folgerung gelangt: "Wir sind nicht in der Lage, Türen einzubrechen." Eine Lehre der ungarischen Ereignisse von 1956 sei, auf "Befreiungs"-Parolen und andere offen konterrevolutionäre Losungen zunächst zu verzichten.⁵⁸

Deshalb sah die Taktik des Vorgehens gegen die CSSR u. a. vor: den Angriff mit sozialistisch klingenden Thesen zu tarnen; die psychologische Kriegführung langfristiger und intensiver anzusetzen; die äußere Einmischung sorgfältiger zu tarnen; den "weißen Terror" erst dann massenhaft zu entfalten, wenn sich die Waage zugunsten der konterrevolutionären Kräfte neige; die Herauslösung der CSSR aus dem Warschauer Vertrag stufenweise unter internationaler Absicherung durch die NATO und die UNO und dem Fernhalten sowjetischer Truppen vom tschechoslowakischen Territorium vorzunehmen; zugleich aber stärkere und sorgfältig vorbereitete Interventionsstreitkräfte an der Westgrenze der CSSR bereitzustellen und ein subversives Stützpunktnetz in der CSSR auszubauen.

Diese Taktik schien Bonn im Sommer 1968 bereits erfolgreich zu sein. Am 1. Juli frohlockte der aus der CSSR ausgewiesene Korrespondent, Graf Razumowsky, in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung": "Auf der anderen Seite ist es nur allzu evident, daß man in der Tschechoslowakei heute schon sehr viel weiter ist als je zuvor in Ungarn oder Polen".

Bonn und seine Sprachrohre frohlockten zu früh, denn die rechtzeitige Bruderhilfe der Staaten des Warschauer Vertrages als Tat der Strategie des Friedens machte ihnen einen dicken Strich durch die Rechnung, mit dieser "neuen", zweifellos gefährlichen Modellvariante der "indirekten" Strategie in der CSSR zum Zuge zu kommen.

c) Zur Leitung der Aktionen des "Operationsplanes"

Bei den geplanten Aktionen handelte es sich um einen Komplex von Maßnahmen "von außen", die im Auftrag der Bonner Regierung

- frühzeitig vorbereitet, nach Varianten geplant und zentral gesteuert,
- nach Ziel, Zeit und Reihenfolge in sich abgestimmt,
- mit den Maßnahmen der "inneren Konterrevolution" koordiniert waren
- und in ihrer wachsenden Intensität systematisch gesteigert werden sollten.

Zur Auslösung und Leitung dieser Maßnahmen wurde in Kiesingers Bundeskanzleramt im Rahmen der Abteilung III ein entsprechender "Krisenstab" geschaffen, der alle Ressorts der Einmischungs- politik erfaßte und gemeinsam mit dem Führungsstab der Bundesweh- den systematischen Export der Konterrevolution nach einem "Kri- senszenarium" organisierte. Erfahrungswerte für die Gestaltung und den gedachten Verlauf dieses "Szenariums" lieferten die NATO-Stabsübung "SHAPEX 68" (7. bis 9. Mai 1968) und die 14. Kommandeurstagung der Bundeswehr (28. bis 30. Mai 1968). Bei "SHAPEX 68" ging es Bonn und Washington darum, entsprechend dem Konzept der "flexiblen Reaktion" die vorgesehenen Aggres- sionsvarianten unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung in der CSSR und eines möglichen Eingreifens der NATO durchzu- spielen. Zugleich wurden die anwesenden mehr als 400 NATO-Ge- nerale in Maßnahmen der "gedeckten Bereitstellung" von Inva- sionstruppen im mitteleuropäischen Raum eingewiesen, die ver- mutlich im Zusammenhang mit der für Oktober vorgesehenen um- fassenden Kommandostabsübung "Fallex 68" verbunden werden soll- ten. Die Kommandeurstagung der Bundeswehr präzisierte ihrer- seits vor allem die entsprechende Aufgabenstellung an die westdeutschen Streitkräfte. Die Generale "äußerten ihre Gedan- ken und Vorstellungen über die Einsatzgrundsätze, wie sie sich aus dem strategischen Konzept der NATO und der Streitkräfte in Mitteleuropa ableiten", berichtete die "Wahrkunde". Dabei wurde - zweifelsfrei im Hinblick auf die im Gang befindliche "indirekte" Aggression gegen die CSSR - unterstrichen, für die Bundeswehr müsse "die Operationsplanung" flexibel sein. Als Grundsatz

gelte: "Eine unorthodoxe Operationsführung, die eine operative Täuschung und Überraschung nutzt."⁵⁹ Die Kommandeure wurden zugleich in den Manöverkomplex "Schwarzer Löwe" und die NATO-Stabsübung "Fallex 68" und die damit verbundene Möglichkeit der gedeckten Heranführung von Bundeswehrverbänden an die Grenze zur CSSR eingewiesen. Als eine Art Wendepunkt in diesem "Krisenszenarium" galt der Herbst 1968. Zu diesem Zeitpunkt hoffte man, daß die KPC von innen heraus kampfunfähig gemacht und damit das konterrevolutionäre Zentrum in die entsprechenden Schlüsselstellungen der Partei und der Staatsmacht gelangt wäre. Die durch den für September angesetzten 14. Parteitag der KPC erhoffte Usurpierung der Führung in Partei und Staat durch eine revisionistische, teilweise sogar auf konterrevolutionären Positionen stehende Mehrheit und eine gesteigerte Einmischung von seiten der Westmächte, insbesondere Westdeutschlands, sollte den Prozeß der "lautlosen" Machtübernahme der Konterrevolution beschleunigen. Darauf war die Planung des "Krisenstabes" ausgerichtet, bis dahin sollte entschieden sein, ob die "stille" Konterrevolution von oben durchkomme oder zur gewaltsamen Veränderung der Machtverhältnisse in der CSSR übergegangen werde. Es war vorgesehen, die Kräfte und Mittel für die Absicherung bzw. Gewährleistung beider Varianten bis zu diesem Zeitpunkt voll zu entfalten.

3. Das Komplott USA-Westdeutschland bei der Schaffung der fünften Kolonne als "innerer Stützpunkt" für den Export der Konterrevolution

Als erste grundlegende Vorbedingung und zugleich Basis für das organisierte und planmäßige Zusammenwirken zwischen der inneren und der äußeren Konterrevolution im Rahmen der "indirekten Strategie" sahen die Planungsstäbe in Bonn und Washington an, daß in der CSSR

- eine konterrevolutionäre Plattform,
- konterrevolutionäre Zentren sowie
- eine konterrevolutionäre Untergrundorganisation

vorbereitet werden müßten. An deren Zustandekommen bis Mitte dieses Jahres hatten die entsprechenden Institutionen der imperialistischen Staaten entscheidenden Anteil. Sie stützten sich dabei auf ihre von langer Hand subversiv betriebenen Vorarbeiten.

a) Politische Impulse bei der Schaffung der Plattform der Konterrevolution

Nach einer seit Januar 1968 immer systematischer betriebenen von innen und außen koordiniert geführten Zersetzungpropaganda in und gegen die CSSR hielt die innere Konterrevolution am 27. Juni 1968 den Zeitpunkt für gekommen, ihre Plattform zusammengefaßt vorzulegen. Zu diesem Zeitpunkt wurde in vier tschechoslowakischen Zeitungen gleichzeitig - in "Literarny Listy" (Schriftstellerverband) "Prace" (Gewerkschaften), "Zemedelske Noviny" und "Mlada Fronta" (Jugendverband) - sowie im Fernsehen und Rundfunk ein sogenannter offener Brief einer Gruppe von Personen mit der Überschrift "Zweitausend Worte an Arbeiter, Bauern, Angestellte, Wissenschaftler, Künstler, an alle Bürger" veröffentlicht. Das Ziel bestand darin, mit Hilfe dieses programmatischen Dokumentes der Konterrevolution eine Massenbasis zu schaffen, die verschiedenen Strömungen zu vereinigen, das weitere Vorgehen in einer einheitlichen Stoßrichtung zunächst bis zum Herbst 1968 festzulegen und bestimmte organisatorische und taktische Maßnahmen einzuleiten.

In dem als "Manifest der 2000 Worte" verbreiteten Dokument trat deutlich die Linie von Bonns "neuer Ostpolitik", insbesondere die von der westdeutschen SP von langer Hand verbreitete revisionistische Ideologie, und die Handschrift der imperialistischen psychologischen Kriegführung zutage.

Dieses Dokument stellte eine Art Programm jener Kräfte innerhalb und außerhalb der Tschechoslowakei dar, die unter dem Decknamen einer sogenannten "Liberalisierung" und "Demokratisierung" versuchten, die gesamte Geschichte der

Tschechoslowakei nach 1948 zu diskreditieren. Die sozialistischen Errungenschaften der tschechoslowakischen Werktätigen sollten ausgelöscht, die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei in ihrer führenden Rolle beseitigt, die Freundschaft des tschechoslowakischen Volkes mit den anderen Völkern der sozialistischen Bruderstaaten untergraben, der Konterrevolution der Weg gebahnt werden.

Die Verfasser des Dokuments verleumdete die KPC und die sozialistische Ordnung, indem sie behaupteten: "Die falsche Linie der Führung hat die Partei aus einer politischen Partei und einem geistigen Bund in eine Großmachtorganisation verwandelt;" "das Parlament hat verlernt, Probleme zu erörtern die Regierung - zu regieren, die Direktoren haben verlernt zu leiten"; "keine einzige Organisation gehörte faktisch ihren Mitgliedern, auch keine kommunistische Organisation", und "die Kommunistische Partei verdient keinerlei Dank". In der Erklärung wurde die bürgerliche Tschechoslowakei gepriesen, und Sympathien für die kapitalistische Ordnung wurden nicht verhehlt.

Mehr noch: die Verfasser des Aufrufs und diejenigen, die hinter ihnen standen, versuchten, die antisozialistischen Elemente zu aktivieren, indem sie erklärten, daß "die anbrechende Periode für viele Jahre entscheidend sein wird", und sie forderten, "mit eigenen Losungen" aufzutreten. Sie riefen zur Anwendung solcher Mittel auf wie Demonstrationen, Streiks, Unruhen, um sich von ihnen nicht genehmen, der Sache des Sozialismus ergebenen Parteikadern und Funktionären "zu befreien". Sie forderten, überall "eigene Bürgerkomitees und -kommissionen zu gründen", das heißt schrittweise die politische Macht zu ergreifen. Sie versprachen, für die neue Führung, der sie das "Mandat" geben würden⁽⁰⁾, "mit der Waffe in der Hand" einzutreten.

Wesentliche Impulse für den Inhalt dieser Plattform kamen aus Bonn. In einem Spiel mit verteilten Rollen zwischen CDU und SP wurde die kontinuierlich seit Jahren in die CSSR hineingetragene Ideologie des Revisionismus zum Kernstück dieser konter-

revolutionären Plattform. Die SP lieferte die Hülle und die Taktik, CDU/CSU gaben die politischen Prinzipien vor und sorgten für ihre Verbreitung. M. Walden behauptete am 31. März im SFB:

"Nicht der Kapitalismus, den es in seiner marxistischen Begriffbestimmung in den freien Ländern des Westens gar nicht mehr gibt", sei das Kriterium "unserer Anziehungskraft", "sondern die parlamentarische Demokratie mit ihren freiheitlichen Grundrechten."

In einem Artikel in der Springer-Zeitung "Die Welt" vom 2. April 1968 erläuterte Walden dann die von ihm "empfohlenen" politischen Modelle des Westens näher.

"Es darf und muß von uns ausgesprochen werden, daß der Entschluß, das Parlament vom Diktat der Partei zu befreien, zwar zu begrüßen, aber gleichzeitig als unvollkommen anzusehen ist. Gewaltenteilung bedeutet ebenso lange noch nicht Freiheit, wie die Gewalten nur unter einer Richtung geteilt werden."

Zugleich wurde ein ganzes Programm wirtschaftlicher Forderungen von außen infiltriert, die in ihrer Endkonsequenz darauf hinausliefen, die sozialistischen Produktionsverhältnisse in der CSSR zu liquidieren. So schrieb H. G. Otto in der "Außenpolitik":

"Dennoch wird auch die jüngere Führung nicht um die Bewältigung einiger entscheidender Tatbestände herumkommen. Dazu gehört die auf dem Weg zu höherer Effizienz unerläßlich Trennung von Partei und Regierung ebenso wie das Eingeständnis, daß der ideologisch bedingte Anspruch des Staates auf den Besitz aller Produktionsmittel eine schwere, die Produktivität entscheidend einschränkende Bürde darstellt."⁶¹

Schließlich gab die Wochenschrift "Christ und Welt", deren Chefredakteur ein ehemaliger Mitarbeiter des SD, SS-Sturmbannführer Giselher Wirsing, ist, den Konterrevolutionären in der CSSR folgendes "Argument:

"Wo der Kapitalismus überwunden ist, ... muß die kommunistische Partei von ihrem ideologischen Monopol Abschied nehmen; sie muß sich im geistigen Bereich der Konkurrenz ausliefern."
Die KPC müsse damit rechnen, "mindestens 10 Jahre lang keinen Vertreter mehr in der Regierung zu haben."

In Verbindung mit den gezielten Angriffen gegen die Kommunistische Partei inspirierten die westlichen Initiatoren der konterrevolutionären Plattform - diesmal vor allem mit den Sprachrohren der CDU - systematisch Vorstöße gegen die bewaffneten Kräfte des tschechoslowakischen Staates. Sie forderten die Auflösung der Staatssicherheitsorgane, die Neutralisierung der Armee und die Abschaffung der Volksmiliz.

In einem Artikel der "Welt" vom 25. April 1968 hieß es dazu: "Kein Wort betrifft die Reorganisation des Innenministeriums und des Staatssicherheitsdienstes. Offenbar war es hier noch nicht einmal möglich, Kompromißlösungen anzubieten."

Der Tenor sämtlicher Angriffe der konterrevolutionären Kräfte auf die Volksmiliz ergab sich aus einem Artikel des erwähnten Grafen Razumovsky, der am 1. Juli 1968 in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" schrieb:

"Die 'Volksmiliz' ist eine längst überholte Einrichtung. Es wird nun evident, welch ein Fehler es war, diese auf den Bürgerkrieg eingeschworene Parteiarmee nicht abgeschafft zu haben". Der vorbereitete Übergang zur nächsten Phase der Konterrevolution wurde in der ersten Hälfte des Monats August mit verschärften Drohungen, den "weißen Terror" zu entfesseln, offenkundig.

Die öffentliche Verbreitung der im Zusammenspiel der inneren und äußeren Konterrevolution entstandenen Plattform, deren Inhalt auf die Untergrabung und schließliche Beseitigung der sozialistischen Gesellschaftsordnung in der CSSR zielte, ordnete sich organisch in die "indirekte Strategie" des westdeutschen Imperialismus und seinen "Operationsplan" für das "Modell Tschechoslowakei" ein. Sie zeigte nicht nur, daß die psychologische Kriegführung in jedem Fall auf Änderung der politischen Machtverhältnisse hinauslaufen sollte. In dieser Plattform

wurde vielmehr auch die Einmischung des Bonner Regimes einschließlich der westdeutschen SP-Führung in die inneren Angelegenheiten der CSSR deutlich sichtbar.

Der Sinn der von den psychologischen Kriegern Westdeutschlands und der USA geplanten und eingeleiteten Operation wird also durch die konterrevolutionäre Plattform der "2000 Worte" mehr als deutlich enthüllt: Sie sollte das sozialistische System schwächen und zum Zerfall bringen. Das "Wall Street Journal" schrieb am 22. Juli 1968 über die Rolle, die Washington dabei spielte: "Amerika hat bei der jetzigen Tschechoslowakei sozusagen Pate gestanden. Im Sinne des weltweiten Kampfes der USA gegen den internationalen Kommunismus haben wir es hier mit einer Nation zu tun, die sich von den Fesseln des orthodoxen Kommunismus zu befreien sucht, wenn sie vorläufig auch nominell kommunistisch bleibt. Die Entwicklung ist für die Interessen der USA sehr wichtig ... Sie könnte das ganze Kräfteverhältnis in Europa ändern."

Das war die Absicht! Das entsprach zugleich voll und ganz der Europapolitik des westdeutschen Imperialismus.

b) Einmischung bei der Formierung konterrevolutionärer Zentren

Parallel mit der ideologischen Schützenhilfe des Bonner Regimes - insbesondere der SP-Führung - bei der Herausbildung einer konterrevolutionären Plattform halfen die Geheimdienste der USA (CIA) und Westdeutschlands (BND) im ersten Halbjahr 1968 den rechten Kräften in der CSSR, ein Netz von konterrevolutionären Zentren zu formieren. Der Auftrag dieser Zentren bestand im Rahmen des "Operationsplanes" in erster Linie darin:

- die ideologische Aufweichung und Desorientierung der Bevölkerung sowohl zentral wie regional zu steuern. Gleichzeitig sollten sie "Munition" für die psychologische Kriegführung von außen liefern und systematisch den Boden für den einkalkulierten Übergang zur Phase des "verdeckten Krieges" bis zum Bürgerkrieg bereiten;

- die zentralen und regionalen Komitees der KPC bzw. die konsequent marxistisch-leninistischen Kräfte in ihnen zu diffamieren und zu isolieren sowie die bewaffneten Kräfte des Staatsapparates ideologisch zu zersetzen. So sollten die Führungs- und Machtorgane des Arbeiter-und-Bauern-Staates kampfunfähig gemacht, nach Möglichkeit sogar teilweise in potentielle Führungs- und Machtorgane für die vorgesehene Veränderung der politischen Machtverhältnisse umgewandelt werden;
- die aktiven konterrevolutionären Kräfte zu organisieren, mit Hilfe der imperialistischen Geheimdienste eine Untergrundorganisation aufzubauen und sich eine Massenbasis an "Mitläufern" vorzubereiten. Das heißt, diese Zentren leiteten sowohl die Vorbereitung des "weißen Terrors" wie des "verdeckten Krieges" an.

Diese Zentren konnten in Verwirklichung ihres konterrevolutionären Auftrags und Ziels zum Teil beträchtliche, nicht nur die sozialistische Ordnung in der CSSR, sondern auch den Frieden in Europa und der Welt aufs äußerste bedrohende Ergebnisse erreichen. Wesentliche Hilfe für diese Entwicklung leistete diesen Zentren dabei die äußere Konterrevolution in ideologischen, politischen, diplomatischen, materiellen und selbst militärischen Formen. Wie weit diese Hilfe, zugleich aber auch die Konsequenzen klassenindifferenten, opportunistischen Verhaltens leitender Personen und Organe der Kommunistischen Partei und des Staatsapparates gingen, macht der Bericht des Europa-Korrespondenten der größten indischen Wochenzeitung "Militz" aus Prag deutlich. Danach hatte die Konterrevolution "Kräfte, die für die ideologische Unterwanderung kommunistischer Parteien ausgebildet sind, direkt im Zentralkomitee und allen anderen politischen Organisationen und Verwaltungseinheiten im Einsatz, um die Tschechoslowakei in einen kapitalistischen Staat umzuwandeln."⁶²

Eine andere Ebene ihrer Einmischung zum Aufbau eines konterrevolutionären Leitungsnetzes, war ihr Einfluß auf Führungsgruppen in anderen Parteien der CSSR.

Im Juli 1968 weilte z. B. der Johnson-Berater für "Ostfragen", Cambell, zu einem offiziellen Besuch der USA-Botschaft in Prag. Er konferierte u. a. mit dem Generalsekretär der Sozialistischen Partei, Pavlis. Dieses Gespräch ergab, daß sich die Sozialistische Partei in der CSSR mit der Plattform der "2000 Worte" identifiziert habe. Die Sozialistische Partei - riet Cambell - müsse sich bemühen, die KPC aus der Regierung zu drängen. Dafür beständen reelle Chancen. Allerdings müßte dieses Vorhaben sehr vorsichtig und klug in Angriff genommen werden.

Anknüpfend an die 1967 eingeleiteten illegalen Vorarbeiten für die Bildung einer sozialdemokratischen Partei in der CSSR wurden diese Bemühungen ab Frühsommer 1968 von den USA und Westdeutschland aus ständig intensiviert, wobei gerade die Nachfolgeorganisation des "Ostbüros" der westdeutschen SP im "Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen" sowie sozialdemokratische tschechoslowakische Emigranten aus den USA in Verbindung mit den imperialistischen Geheimdiensten eine besondere Rolle spielten.

Im Juli 1968 kam der tschechoslowakische Emigrant und ehemalige Angestellte des ZK der Tschechischen Sozialdemokratischen Partei Broucek, aus den USA nach Prag. Er instruierte führende ehemalige tschechische Sozialdemokraten, wie sie den Wiederaufbau der Sozialdemokratischen Partei unter den gegenwärtigen Bedingungen mit dem Ziel der systematischen Untergrabung der führenden Rolle der KPC am wirkungsvollsten vorantreiben könnten. Mit dem gleichen Auftrag wirkte auch der Prof. an der Kölner Universität, Dr. Karl Schweitzer, in der CSSR. Der Auftrag illegaler Vorbereitungs Komitees für die "Neugründung einer SPC" bestand darin, systematisch in den Massenorganisationen und staatlichen sowie gesellschaftlichen Einrichtungen tätig zu werden, in diesen schrittweise ein Kräfteübergewicht gegenüber den Kommunisten zu manipulieren, um zu einem vom imperialistischen Ausland bestimmten Zeitpunkt offen als Opposition gegen die KPC aufzutreten.

Die imperialistischen Planungsstäbe inspirierten und unterstützten außerdem seit Februar 1968 die Formierung zahlreicher antisozialistischer Vereinigungen und Klubs, die in der Mehrzahl vom BND und der CIA angeleitet wurden. Ein Teil von ihnen sollte auf regionaler Ebene wirken. Einige wurden aber zu umfassenden gesamtstaatlichen Organisationen ausgebaut.

Typisches Beispiel für letztere ist der "Klub der 231". Die Leitungen dieses Klubs wurden fast vollständig von Agenten der NATO-Geheimdienste beherrscht, die teilweise bereits gegen ihrer Tätigkeit verurteilt waren. Der Klub hatte von vornherein Verbindungen zu tschechoslowakischen Emigrantenorganisationen in Westdeutschland und den USA.

Die "231er" wirkten zunächst vor allem in vier Richtungen. Die eine bestand in der Einflußnahme auf die Massenmedien. Die zweite nannte auf einer Veranstaltung des Klubs das ehemalige Mitglied der Bezirksleitung Kladno der Sozialdemokratischen Partei, Ciskar: die Zerschlagung der KPC. Nach seinen Worten sollte man sich dazu der Taktik bedienen, die Partei von innen heraus "durch ihre eigenen Mittel und Leute" zu zerstören. Das sei "die Praxis der normalen lautlosen Umstürze".

Die dritte Richtung war auf die Ausschaltung der staatlichen Machtmittel gerichtet. Ein Professor Oswald aus Prag hatte dazu ein komplettes Programm dargelegt. Darin hieß es u. a.: "... Die Mitarbeiter der Sicherheit sind durch ständigen Druck zu zwingen, zur eigenen Verteidigung aufzutreten, insbesondere was die Prozesse aus den 50er Jahren anbelangt, und so die KPTsch zu diskreditieren, die dadurch beim ganzen Volk an Ruf verliert, inbegriffen die Niederlage, die sie bei den Wahlen erleidet. Nach der Liquidierung der Formationen der Staatssicherheit ist eine Säuberung in der Armee vorzunehmen und so die Übernahme der Macht auf friedlichem, unblutigem Wege zu sichern."

Die vierte Richtung war die Bildung einer konterrevolutionären Untergrundorganisation in den tschechischen Gebieten sowie in der Westslowakei.

In der Zeitung der "Klubzentrale" in Prag wirkten der ehemalige General Vaclav Polrcek, der ständige Kontakte zur britischen Botschaft unterhielt sowie die CIA-Agenten Otakar Rambousek, Radovan Prochaska, Josef Cech und Anton Roubek.

In den regionalen Klubzentren Mittel-, Süd-, West-, Nord- und Ostböhmen, Südmähren und Westslowakei waren eine Reihe von Spitzenpositionen nachweisbar durch 23 Agenten der NATO-Geheimdienste besetzt. Unter ihnen befanden sich beispielsweise Dr. Dusan Slavik, Sohn des Vorsitzenden des "Rates der Freien Tschechoslowakei" in den USA, und Valdemar Solar, ehemaliger Geheimdienstmitarbeiter der SS. Außerdem waren die Leitungen des Klubs mit kriminellen Elementen durchsetzt.

Eine ähnliche Rolle wie die "231er" spielte der "Klub der engagierten Parteilosen", zu dessen Leitung der "Philosoph" Ivan Svitak zählte, der seinerseits enge Verbindungen zu den Geheimdiensten der USA und Westdeutschland sowie zu Emigrantenorganisationen hielt. Svitak umriß Anfang März 1968 das Ziel dieser Organisation so:

"Vom totalitären Diktatur zur offenen Gesellschaft, zur Liquidierung des Machtmonopols und zur wirksamen Kontrolle der Machtelite durch freie Presse und öffentliche Meinung. Mit der Arbeiterbewegung ohne ihre Apparat-Leute, mit den Mittelschichten ohne die bereitwilligen Kollaborateure und mit der Intelligenz an der Spitze."⁶³

Mit den "Klubs" waren also in der CSSR geduldete Zentren der Konterrevolution geschaffen worden, deren Organisation sich über das ganze Land ausdehnte und die organisatorische Hauptträger der antisozialistischen Plattform waren. Als Geldgeber und Hintermänner dieser Zentren wirkten die imperialistischen Geheimdienste, insbesondere über ihre legalen und halblegalen Stützpunkte in der CSSR, in den diplomatischen Vertretungen, Handelsmissionen, Pressebüros und über Korres-

pendenten. Sie pflegten aber auch konspirative Kontakte. Als Ausgangsbasen benutzten CIA und BND Westdeutschland, aber in wachsendem Maße auch Österreich.

Die "Stäbe der Konterrevolution" wirkten somit in ihrer Gesamtheit als politisch-organisatorische Rehisstationen zwischen den antisozialistischen Kräften im Innern und den imperialistischen Mächten. Ihr Einfluß und ihre Tätigkeit gingen weit über den ideologisch-psychologischen Bereich hinaus. Damit sind sie als Organe zu werten, die unmittelbar die politische Machtstruktur zugunsten des Imperialismus zu ändern trachteten.

c) Massives Eindringen zum Aufbau einer konterrevolutionären Untergrundorganisation

Während die antisozialistischen Zentren in der CSSR einerseits offen wühlen konnten, bauten sie zugleich im Zusammenwirken mit den imperialistischen Geheimdiensten eine geheime konterrevolutionäre Untergrundorganisation auf. Sie zählte nach eigenen Angaben im Sommer 1968 mehr als 40 000 Mann. Diese Untergrundorganisation war nach amerikanischen Informationen mit etwa 1500 direkten Agenten der CIA und zahlreichen Spitzen-V-Männern des BND durchsetzt.

Im Rahmen des gegen die CSSR gerichteten "Operationsplanes" der USA und des Bonner Regimes hatten sie folgende Funktionen wahrzunehmen:

- Die Basis für die "totale Spionage" in der CSSR ständig zu erweitern und selbst aktive Spionage zu betreiben;
- Informationen über Ergebnisse und mögliche Ansatzpunkte für die psychologische Kriegführung zu beschaffen und zu übermitteln;
- Sabotage, Terror und Diversion vorzubereiten bzw. einzuleiten;

- Provokationen zu planen, die nach dem Muster des faschistischen Überfalls auf den 'Sender Gleiwitz' einen Interventionsanlaß für die NATO abgeben könnte;
- Stützpunkte für den "verdeckten Krieg" und seine Steigerung zum Bürgerkrieg zu schaffen und Kader für diese Eskalationsstufen vorzubereiten.

Im Rahmen der Untergrundorganisation entstand ein Netz von Terroristengruppen vor allem in den tschechischen Industriezentren. Vom CIA wurden Sondergruppen in den USA speziell aus tschechoslowakischen Flüchtlingen aufgestellt, deren Führer bereits in die CSSR eingesickert waren. Sie sollten sich mit Terroristengruppen im Lande zur Ausführung von Sabotageakten vereinigen. Die Angehörigen dieser Gruppen waren sämtlich mit automatischen Waffen ausgerüstet.⁶⁴ Gleichzeitig organisierten CIA und BND ein System von "Spannungsfunkern", die auch unter Ausnutzung des Amateurfunknetzes in akuten Krisensituationen in Aktion treten sollten. "Meldeschwerpunkte" wurden exakt festgelegt,⁶⁵ (siehe Schema 2).

Mit Hilfe der NATO-Geheimdienste legte die Untergrundorganisation zahlreiche Waffenlager an. Der schon genannte Korrespondent der indischen Wochenzeitung "Blitz" berichtete aus Prag, er habe Waffenlager besichtigt, "wo Waffen gelagert sind, die von illegalen konterrevolutionären Kräften erbeutet wurden. Diese Waffen kamen aus Westdeutschland und Österreich. Sie waren von der NATO, Bonn und der CIA geliefert worden. Die Westdeutschen setzten sogar Hubschrauber ein, um Gewehre, Bomben, Granaten und andere Moderne Waffen für die illegalen konterrevolutionären Kräfte zu befördern. Die Konterrevolutionäre hatten geheime Waffenlager, verfügten über starke Sender und hatten getarnte Soldaten und Kräfte."⁶⁶

Außerdem bereiteten die konterrevolutionären Gruppen Luftlandeplätze für Agenten und Material bzw. für Spezialeinheiten der "verdeckten Kriegführung" vor. Dafür hatte die CIA exakte Anleitung ausgegeben. (Siehe Schema 3).

Diese u. a. Maßnahmen sollten von der westdeutschen und österreichischen Grenze zur CSSR abgesichert, unterstützt und

ergänzt werden. Dazu gab der Staatssekretär im Bonner sogenannten Vertriebenen-Ministerium, G. Lemmer, am 16. August 1968 die Leitlinie, "die Grenzen zur CSSR transparent zu machen." Schon seit Mai 1968 hatten die 7. US-Armee (G2-Dienst und der "Military Intelligence Service"), die CIA, die Bundeswehr (G2-Dienst) und der BND, der BGS bzw. die bayrische Grenzpolizei ihre Funkaufklärung und Horcheinrichtungen sowie die Luft- und Radaraufklärung an der 356 km langen westdeutsch-tschechoslowakischen Grenze systematisch verstärkt und für diese Institutionen den Spannungszustand ausgelöst. Hinzu kamen britische und französische Aufklärungseinheiten.

An den Grenzübergängen Schirnding, Waldhaus und Fürth im Wald wurden im Auftrag des BND Namenslisten Reisender angelegt, die aus der CSSR zurückkehrten. Die Listen wurden dann der Zentrale in Pullach zugeleitet. Wer dem BND als geeignet erschien, wurde angelaufen und über Interna der Tschechoslowakei ausgehört. Allein in der ersten Jahreshälfte 1968 wechselten 368 000 Westdeutsche über die westdeutschtschechoslowakische Grenze.

Dem insgeheim wirkenden "Krisenstab" im Bundeskanzleramt und der Spionageauswertung im Führungsstab der Bundeswehr (Unterabteilung II) wurden täglich geheimdienstliche Berichte über die Entwicklung der "Spannungslage" und der "Wehrlage" in der CSSR und im grenznahen Raum vorgelegt.

Die Steuerung der gesamten Untergrundarbeit gegen die CSSR im Inneren wie von außen erfolgte in Abstimmung und Arbeitsteilung durch die CIA-Zentrale in Frankfurt a. M. und die BND-Zentrale bei München. Der dafür eingesetzte Stab stand unter der Leitung von Ray S. Cline, der mit Wissen und Duldung der Kiesinger/Strauß-Regierung der CIA-Resident im Bonner Staat ist. Bevor Cline nach Bonn versetzt wurde, leitete er die Informationsabteilung des CIA-Hauptquartiers. Schon in seiner damaligen Funktion hatte er veranlaßt, daß der ihm persönlich bekannte Spezialagent des State Department, Donald P. Black, als "Konsul", also mit dem Status eines Diplomaten, zur Botschaft der USA nach Prag gesandt wurde. Cline hatte auch seine Hände bei der Flucht des tschechoslowakischen Generalmajors J. Mejna im März 1968 nach den USA im Spiel.

Die BND-Zentrale wurde seit Frühjahr 1968 von dem Bundeswehr-General G. Wessel geleitet, der zuvor Bonns höchster Vertreter im NATO-Generalmstab war und eine engere Koordinierung der subversiven und militärischen Planung sowie Aktion einleitete. Die imperialistischen Geheimdienste bereiteten neben den genannten Maßnahmen auch eine potentielle Verstärkung der konterrevolutionären Untergrundorganisation in der CSSR durch Spezialkräfte der "Sudetendeutschen Landsmannschaft" (Wittikobund) sowie durch tschechische Emigrantenorganisationen vor. Diese Kräfte wurden teilweise bereits im süddeutschen Raum, nahe der Grenze zur CSSR, konzentriert. Der CSU-Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende des Revanchistenverbandes, Walter Becher, hielt nachweisbar enge Kontakte zur CIA und dem BND.

Becher erklärte unlängst "zur Lage":
"Der Krieg ... wurde nicht beendet ... Wer die letzte Schlacht gewinnen will, wird sich hüten, frühere Niederlagen geistig zu konservieren... Wir sollen daher nicht vom verlorenen, sondern vom noch unentschiedenen Krieg sprechen."⁶⁷

Anfang Juli 1968 fanden zwischen Becher und dem Redaktionsmitglied der tschechoslowakischen Schriftstellerzeitung "Literarni Listy", Arnost Prazak, in Westdeutschland mehrere Unterredungen statt. Becher informierte sich über die Entwicklung in der CSSR. Diese Gespräche vermittelte der Leiter der westdeutschen Handelsvertretung in Prag, Heipertz.

Zusammenfassend ergibt sich, daß im Zusammenspiel der äußeren und inneren Konterrevolution in Gestalt ihrer Untergrundorganisation ein gefährliches Instrument geschaffen wurde. Es stellte die subversive Basis der "indirekten" Aggression gegen die CSSR dar. Diese Organisation war zugleich das Steuerungselement der nichtmilitärischen Eskalation. Sie sollte darüber hinaus das Bindeglied zu einer möglichen militärischen Einnischung der NATO darstellen.

4. "Äußerer" Aufmarsch und Generalstabsplanung des westdeutschen Imperialismus und das Fiasko des Exports der Konterrevolution in die CSSR im Sommer 1968

Zur Verwirklichung der verschiedenen Varianten der Expansionsstrategie des westdeutschen Imperialismus - sei es mit dem ersten Schlag vor allem gegen die Südflanke der DDR oder aber gegen die CSSR - wurden in den letzten Jahren systematisch die Kräfte und Mittel sowie die Führungseinrichtungen der "indirekten" wie der "direkten" Strategie organisatorisch zusammengefaßt, gruppiert und territorial konzentriert. Das wurde als eine entscheidende Voraussetzung angesehen, um die langfristig ausgearbeiteten Interventionspläne gegen die an Westdeutschland unmittelbar angrenzenden sozialistischen Staaten - die DDR und die CSSR - bei "günstiger Lage" in die Tat umzusetzen.

a) Ausbau Süddeutschlands zum "äußeren" Aufmarschraum für "Modell CSSR"

- Süddeutschland - insbesondere Bayern - wurde unter der besonderen Regie von F. J. Strauß von langer Hand zum Zentrum der Revanchistenverbände - insbesondere des Dachverbandes "Bund der Vertriebenen" und der angeschlossenen Landsmannschaft "Sudetenland" einschließlich des "Witikobundes" - ausgebaut.
- Süddeutschland wurde als Hauptbasis der Zentralen der psychologischen Kriegführung gegen die sozialistischen Staaten vorbereitet. Das betraf sowohl solche Einrichtungen, die die entsprechende "Munition" fabrizieren sollten, wie z. B. das "Ost-Europa-Institut", als auch solche, die diese "Munition" als Massenmedien gewissermaßen zu verschießen hatten, wie z. B. der Sender "Freies Europa".

- Süd- und Südwestdeutschland wurden zum Ballungsgebiet jener Einrichtungen und Kräfte der NATO und der Bundeswehr, die Träger der "indirekten Strategie", insbesondere der Spionage, der psychologischen Kriegführung und des "verdeckten Krieges" sind. Hier befindet sich die Zentrale des Bundesnachrichtendienstes (Pullach bei München); hierhin wurden die Einrichtungen und Kräfte der psychologischen Kriegführung der Bundeswehr (z. B. Teile des Rundfunkbataillons 701) verlegt. Hier sind vor allem die Führungs- und Ausbildungsstätten der Ranger- und Diversantenausbildung der Bundeswehr und der 7. US-Armee, geschaffen für den "verdeckten Krieg", angesiedelt (s. Schema 4 u. 5).

- Süd- und Südwestdeutschland sind schließlich der Aufmarschraum der NATO-Armeegruppe Mitte (s. Schema 6). Sie ist die stärkste Stoßgruppierung des unter dem Kommando des Bundeswehrgenerals J. Bennecke stehenden NATO-Kommandobereichs "Europa-Mitte". Hier sind insgesamt 11 Divisionen der NATO-Landstreitkräfte gefechtsbereit untergebracht, und zwar 5 Bundeswehrdivisionen (von 12), davon 1 Gebirgs-, 1 Fallschirm- und 1 Panzerdivision, 4 US-Divisionen (von 5), davon 1 Panzerdivision, sowie 2 französische Divisionen. Außerdem ist hier die 4. Taktische NATO-Luftflotte gefechtsbereit disloziert, deren Kern die Luftwaffengruppe Süd der Bundeswehr bildet (die ihrerseits die Masse der fliegenden Verbände der westdeutschen Luftwaffe umfaßt).

Es ist in diesem Zusammenhang sicher kein Zufall, daß dieser Raum auch die wichtigsten Forschungs- und Produktionszentren starker Interessengruppen an der westdeutschen Expansionspolitik beherbergt: der Monopole der Luft- und Raumfahrtindustrie, Kernindustrie sowie der Chemie- und Elektronikkonzerne.

Mit der langfristigen territorialen Aufmarsch-Konzentration ging einher eine entsprechende zentrale Steuerung der westdeutschen Führungszentren und Massenmedien für die psychologische Kriegführung. Dieses vom "Krisenstab" gesteuerte System der ideologischen Diversion reicht von den Publikationsmitteln des Springer-Konzerns über die Massenmedien des westdeutschen Fernsehens und Rundfunks ("Deutschlandfunk", "Deutsche Welle", RIAS, SFB) bis zu dem Funknetz von Spezialgruppen des Bundesnachrichtendienstes und der Bundeswehr. Einen wesentlichen Beitrag zur Hetzpropaganda sollte dabei der berüchtigte, in Bayern stationierte amerikanische Sender "Freies Europa" mit Hilfe tschechoslowakischer Emigrantenorganisationen und konterrevolutionärer Elemente in der CSSR leisten. Die konterrevolutionären "Informationen" für die westdeutschen Rundfunk- und Fernsehanstalten sowie Presseorgane hatten die Revanchistenorganisationen in Westdeutschland, vor allem aber frühzeitig vorbereitete Sonderkorrespondenten zu fertigen, die in die CSSR eingeschleust wurden. Schließlich hatte der Bundesnachrichtendienst ein Netz von 12 sog. Geheimsendern an der Grenze zur CSSR eingerichtet und illegale Funkstationen in der CSSR stationiert, die zur Desinformation, Unruhestiftung, ideologischen Diversions- und Programmetze eingesetzt, z. T. auch zur Spionage ("Spannungsfunker", "Kriegsfallfunker") verwendet werden sollten. Als Leitstation galt auch hier "Radio Freies Europa", auf dessen Wellen das Bundeswehrrundfunkbataillon 701 bereits "probeweise" Hetzpropaganda betrieben hat und fortführen soll.

b) Die Generalstabsvorbereitung und Etappenplanung und ihr Fiasko

Die Eskalation der Bonner Einmischungsaktionen in der CSSR waren generalstabsmäßig unter maßgeblicher Einschaltung des Führungsstabes der Bundeswehr vorbereitet worden und sollte dementsprechend praktiziert werden:

Generalstabsmäßig wurde in der "schleichenden Phase" des "unterschwellig" Exports der Konterrevolution von außen die psychologische Kriegführung als Hauptmethode der Einmischungs- politik organisiert, geführt und in Abstimmung mit der inneren Lage in der CSSR systematisch nach dem "Krisenszenarium" gesteigert. Sie wurde zunächst in der "grauen" Form im Namen sogenannter unabhängiger Organisationen oder Personen geführt, so z. B. durch Touristik, Wissenschafts- und Kulturaustausch, Kontakte der Jugend-, Studenten- und Gewerkschaftsorganisationen, massierte Infiltration von Presse-, Rundfunk- und Fernsehjournalisten, durch als "Besucher" getarnte Politiker, Parlamentarier, Regierungsvertreter und nicht zuletzt Vertreter des Monopolkapitals als "Amateurdiplomaten", durch Kontakte der Emigrantorganisationen, Revanchistenverbände und schließlich der westdeutschen und amerikanischen Geheimdienste mit revisionistischen und extrem rechten Kräften in der CSSR: Zum westdeutschen Zentrum in der CSSR - gewissermaßen der Kontakt- und Anleitungszentrale der 5. Kolonne - war die Bonner Handelsvertretung entwickelt worden. Von deren Leiter gingen vielfältige Aktivitäten der Spionage, ideologischen Diversion, wirtschaftlichen Unterwanderung und der Anheizung einer Atmosphäre des Terrors aus. Die "weiße" Form der psychologischen Kriegführung - also die regierungsoffizielle innere Einmischung - wurde zunächst nach außen hin vorsichtig gehandhabt. Dazu schrieb die "Bonner Rundschau" am 29. 3. 1968:

"Die Bundesregierung war gut beraten, mit äußerster Behutsamkeit auf die neue Lage in Prag zu reagieren... Langsam allerdings sollten wir beginnen, an der Moldau unseren Part zu spielen, vorsichtig, aber bestimmt".

Schon 4 Monate später, am 22. 7. 68, ließ die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" den Zweck der scheinbar vorsichtigen Handhabung der "weißen" Propaganda deutlich werden: dadurch seien "meßbare informationspolitische Rückwirkungen ohne weiteres vorhanden und spürbar".

Dementsprechend beschränkte man sich einerseits auf Gerüchte und Schilderungen "vom Ort der Handlung". Es wurden fremde Federn benutzt, mit deren Hilfe ein Bild zusammengesetzt wurde, nach dem sich die "Erneuerung des Sozialismus" orientieren sollte. Es ging hierbei um die taktische Linie, sich selbst in der ideologischen Diversion von außen nicht zu offen zu arrangieren, um der Weltöffentlichkeit gegenüber den Eindruck zu erwecken, man misch sich in die inneren Angelegenheiten der CSSR nicht ein. Andererseits wurde jedoch auch die Variante getestet, durch relativ offene Propaganda auf die eigenen grundsätzlichen Ziele und Absichten hinzudeuten und damit direkt konterrevolutionäre Pläne zu fördern.

Die psychologische Kriegführung des westdeutschen Imperialismus wurde vor allem mit Hilfe der Massenmedien als "Ätherkrieg" geführt. Dafür waren bereits frühzeitig in Westdeutschland umfangreiche Vorbereitungen getroffen. Die psychologische Kriegführung von außen wurde dadurch erleichtert und gefördert, daß die Leitung der Massenmedien und Publikationsmittel in der CSSR in die Hand rechter und revisionistischer Kräfte geraten war. Triumphierend berichtete der "Schwarze Kanal" am 28. 7. 68:

"Heute machen die Journalisten der Tschechoslowakei Politik. In den Redaktionsstuben der Zeitungen und des Rundfunks und vor allem des Fernsehens sitzen die entschlossensten Befürworter der Demokratisierung, die ohne sie gar nicht so weit fortgeschritten wäre. Befehle nehmen die Journalisten heute von niemandem mehr entgegen, und den konservativen Kräften im Land haben sie einen schonungslosen Kampf angesagt".

Angesichts einer solchen Komplizenschaft zwischen den imperialistischen Schreiberlingen und den Verfechtern der Konterrevolution in der CSSR nimmt es nicht wunder, daß z. B. die westdeutschen Fernseh- und Rundfunkanstalten in Prag alle erdenkliche technische und sonstige Unterstützung erhielten, um ihre antisozialistischen Hetzsendungen auszustrahlen zu können.

Die Eskalation der psychologischen Kriegführung kletterte vom geheuchelten Verständnis für die Reformen, die Liberalisierung und den demokratischen Sozialismus in der CSSR über eine heimtückische nationalistische Aufputschung der Bevölkerung der CSSR gegen ihre sozialistischen Bruderländer und "Empfehlungen" für den Aufbau eines "neuen Sozialismus" in der CSSR bis zum offenen Angriff gegen die marxistisch-leninistische Weltanschauung und sozialistische Gesellschaftsordnung. Mit den Angriffen auf die führende Rolle der KPC waren ab Frühjahr 1968 Aufforderungen in der westdeutschen Presse verbunden, in der Partei- und Staatsführung der CSSR revisionistische Kräfte an das Ruder zu lancieren und die revolutionären Kräfte auszuschalten. So schrieb die "Frankfurter Rundschau" schon am 28. 3. 68:

"Zug um Zug werden die Dogmatiker (d. h. die marxistisch-leninistischen Kader - d. Verf.) aus den Spitzen der Polizei, der Armee, der Justiz und den ideologischen Büros entfernt".

Abgestützt wurde die psychologische Kriegführung durch die Taktik der ökonomischen "Verführung" und damit Unterwanderung der CSSR von außen. Damit wollten die amerikanischen und westdeutschen Monopole die psychologischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen schaffen, um schrittweise die sozialistischen Produktionsverhältnisse in der CSSR zu unterhöheln, das Land aus dem RGW herauszulösen und ihrem Markt- und Machtbereich einzuverleiben sowie die Werktätigen mit der Lüge der angeblichen "Attraktivität" des Kapitalismus irrezuleiten und erneut der Ausbeutung auszuliefern.

Die Industrie- und Bankmanager des Atomgeschäftes z. B. witterten durch die Aussicht, die Uranerzlager in der CSSR in den Griff zu bekommen, Morgenluft. Die westdeutschen Monopole wurden dabei aktiv von revisionistischen "Wirtschaftsreformern" in den Schlüsselstellungen der tschechoslowakischen Volkswirtschaft unterstützt. Ideologische und ökonomische Diversion wurden parallelgeschaltet. So weilte der Bonner Bundesbankpräsident Blessing, ehem. Vertrauter Himmlers, persönlich in Prag. Der "Industriekurier" schrieb am 18. 7. 68 nach Blessings Reise:

"Die Bemühungen Prags um westdeutsche Kredite sind auch nach unseren Informationen schon recht weit gediehen. Mit einigen Geschäftsbanken in der Bundesrepublik wurden erste Gespräche geführt... Die grundsätzliche Bereitschaft zur Kreditgewährung dürfte in der Bundesrepublik durchaus bestehen..."

Vorher hatte schon das "Institut für Wirtschaftsforschung" (Westberlin) vorgeschlagen, die westdeutschen Wirtschaftsaktivitäten gegenüber der CSSR in folgende Bahnen zu lenken: großzügige Exportfinanzierung der Bundesrepublik, Einräumung langfristiger Zahlungskredite, Gewährung von Sofortkrediten, enge Kooperation z. B. Maschinenbau, Chemieindustrie und Konsumgüterindustrie. 68)

Durch die rechtzeitig erfolgte Hilfsaktion der 5 Staaten des Warschauer Vertrages für den durch die innere und äußere Konterrevolution aufs äußerste gefährdeten Sozialismus in unserem südlichen Bruderland wurden der "Operationsplan" und die Zeitberechnung der westdeutschen Strategen des Exports der Konterrevolution entscheidend durchkreuzt. In die Enge getrieben, verlegten sie - auf die 5. Kolonne gestützt - die erst etwa ab Herbst als mögliche Eskalationsvariante ins Auge gefaßte nächste Phase der Konterrevolution auf die Zeit unmittelbar nach dem 21. 8. 68. Sie gingen zur "halboffenen" Phase des Exports der Konterrevolution über. Wenngleich nicht planmäßig, so doch wiederum generalstabsmäßig lösten sie Elemente des von langer Hand vorbereiteten "verdeckten Krieges" aus.

Sie wurden mit der heimtückischsten Methode der psychologischen Kriegführung koordiniert, ihrer "schwarzen" Form, die nun vorrangig von der unterrevolutionären Untergrundorganisation im Lande selbst mit Hilfe illegaler Kräfte von Westdeutschland und Österreich aus geführt wurde. Die subversiven Zentraller in Westdeutschland arbeiteten daraufhin, in der CSSR einen Bürgerkrieg zu entfachen. Durch Aufhetzung der Kräfte der inneren Konterrevolution zu bewaffneten Angriffen gegen die Streitkräfte der sozialistischen Staaten sollten außerdem Bedingungen für eine unter Umständen sogar ins Auge gefaßte militärische Intervention der NATO geschaffen werden. Die deponierten und aus Westdeutschland mit Hubschraubern und Lkw zusätzlich in die CSSR geförderten Waffen sollten nunmehr den Konterrevolutionären Kräften im Lande zum individuellen Terror, dem Banden- und schließlich dem Bürgerkrieg dienen. Ranger der US-Armee und Bundeswehr - von der 10. Special Forces Group Bad Tölz: 30 "CSSR-Spezialisten" wurden als Führer konterrevolutionärer Gruppen eingeschleust bzw. bereitgestellt. Am 22. 8. 68 bildete der Kommandierende General des II. Korps, Generalleutnant Thilo, der offen mit der neofaschistischen NP sympathisiert, auf Weisung des Generalinspektors der Bundeswehr einen sogenannten "Arbeitsstab Wenzel" für die "Aufrechterhaltung technischer Verbindungen zur Tschechoslowakei". Diesem Stab, den der Oberst i. G. Dr. Karl Christian Trentzsch befehligte, wurden eine Reihe Spezialtruppen unterstellt, u. a. eine Nachrichtenabteilung, das Rundfunkbataillon Andernach, zwei PSK-Kompanien und eine Lehrkompanie für Ranger-Ausbildung von der Kampftruppenschule I in Hammelburg. Der "Arbeitsstab Wenzel" und die Stäbe der Einheiten wurden mit ihrer wichtigen Technik auf dem Truppenübungsplatz Grafenwöhr, dem geplanten Raum für das Manöver "Schwarzer Löwe", stationiert. Von hier aus operierten gemischte Einsatzgruppen dieser Bundeswehreinheit im Zusammenwirken mit denen des Bundesnachrichtendienstes mit transportablen Sendern und Funkgeräten in Richtung CSSR.

Diese Gruppen sollten durch ihre Tätigkeit dazu beitragen, die konterrevolutionären Untergrundorganisationen in der CSSR zu aktiven Handlungen zu ermuntern. Die genannten Bundeswehreinheiten gaben mittels Funk offen und verschlüsselt Nachrichten in die CSSR und empfangen gleichzeitig Informationen, die sofort den offiziellen Bonner Rundfunkstationen und dem Sender Freies Europa zur Weiterverbreitung zugeleitet wurden.

Aufschlußreich für die Tätigkeit des Rundfunk-Bataillons 701 für psychologische Kriegführung ist u. a. die Mitteilung, daß noch eine Woche nach dem 21. 8. "12 und mehr Sender auf Wellenlängen der CSSR arbeiteten, von denen erstaunlicherweise 10 in der Bundesrepublik, aber nur wenige in Österreich abgehört werden konnten. Neben Stationen mit Städtenamen wie Pilsen oder Budweis meldeten sich ein Freies Radio Tschechoslowakei, ein Freies Radio Nordböhmen und ein Radio Nummer 7". 69)

Außerdem wurden 22 transportable Funkstationen, die von Westdeutschland im Juli und August 1968 zur Unterstützung konterrevolutionärer Kräfte in die CSSR gebracht wurden, als sogenannte "Freiheitssender" aktiv. Sie verbreiteten eine wüste Hetze gegen die Streitkräfte des Warschauer Vertrages sowie Mordpropaganda gegen progressive Kräfte im Lande. Ihre Weisungen bekamen sie dazu direkt von den westdeutschen Rundfunk- und Fernsehsendern bzw. versorgten diese mit Material für die Hetzpropaganda. Solche Geheimsender waren - wie der Hamburger "Spiegel" berichtete, in "Prag, Königsgrätz, Pilsen, Aussig, Budweis, Iglau, Gottwaldow und Mährisch-Ostrau". Sie gingen nach dem 21. August - in Zeitnot geraten, in die Enge getrieben und verstärkt von westdeutscher Seite inspiriert - zur Propagierung der gewaltsamen Durchsetzung der Konterrevolution, des Austritts der CSSR aus dem Warschauer Vertrag und ihrer Neutralisierung über. Gleichzeitig traten mehr als 100 von westlichen Geheimdiensten gelenkte "Schweigefunker" in Aktion.

Dieser Hysteriefeldzug der psychologischen Kriegführung von außen galt dem verzweifelten Versuch, die konterrevolutionären Kräfte im Innern zu bewaffneten Provokationen anzustacheln. Diese Methode des "verdeckten Krieges" wurde jetzt kaum noch propagandistisch abgeschirmt. Die anfängliche Haltung der westdeutschen Großbourgeoisie und die dementsprechende Tarnung des Übergangs zum Export der Konterrevolution im Rahmen des Operationsplanes war von der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" noch am 19. 7. folgendermaßen charakterisiert worden:

"Wo handfeste Hilfe zu leisten ist, sollte es so unauffällig wie möglich geschehen."

Ende August wurde die handfeste Hilfe nunmehr offen erteilt. Vor allem die Umsicht, Wachsamkeit und Entschlossenheit der sozialistischen Bruderarmeen verhinderte die nach dem Operationsplan zeitlich nach vorn gezogene Tätigkeit der von westdeutsch-amerikanischer Seite unterstützten 5. Kolonne und machte rechtzeitig und endgültig einen Strich durch deren Terror-, Sabotage- und schließlich Bürgerkriegsabsichten.

Nach der ISicherung der Westgrenze der sozialistischen Gemeinschaft und dem Scheitern sowohl des lautlosen als auch des gewaltsamen Exports der Konterrevolution in die CSSR unterhalb der Kriegswelle sind die amerikanischen und westdeutschen Strategen der schwarzen psychologischen Kriegführung und des verdeckten Krieges zu einer veränderten Taktik übergegangen.

Mit Hilfe der nur angeschlagenen konterrevolutionären Untergrundorganisation in der CSSR wollen sie die Bevölkerung zum Widerstand gegen die Armeen der Warschauer Vertragsstaaten aufstacheln. Eine Art indirekter Betriebsanleitung wurde dazu Anfang September 1968 in "Spiegel" von Dr. T. Ebert vom Westberliner Otto-Suhr-Institut gegeben.

Hier wird die "dynamische Weiterarbeit ohne Kollaboration" und ihre Steigerung zu "gegenoffensiven direkten Aktionen" unter Leitung eines "Widerstandsrates" propagiert. Dabei könnten "direkte Aktionen von Widerstandskadern den Kampfgeist neu beleben". Es komme darauf an, "die territoriale Integrität des Staates nicht direkt, sondern indirekt (zu verteidigen), indem wir das auf dem Territorium bestehende soziale System (also letzten Endes die Ziele der Konterrevolution - d. Verf.) verteidigen. Die Kommunikationsmittel fahren mit ihrer Berichterstattung fort und rufen die Bevölkerung zum Widerstand auf. Die Verwaltung, Handel und Industrie, Schulen und Universitäten arbeiten weiter und stellen sich auf Widerstandsmaßnahmen ein", zu denen vor allem Massendemonstrationen und der Generalstreik gezählt werden.⁷⁰⁾

Mitten im Gange waren schließlich die generalstabsmäßigen Vorbereitungen Westdeutschlands, um mit Unterstützung durch die USA und im Rahmen der NATO im Herbst 1968 starke Verbände der Bonner Aggressionsarmee im süddeutschen Raum in volle Einsatzbereitschaft zu versetzen. Ganz offensichtlich sollte das Manöver "Schwarzer Löwe" (15. - 21. 9. 68) diesem Zweck dienen (s. Schema 7). Daran sollten unter Führung von General Thilo alle Truppen des ihm unterstehenden II. Korps der Bundeswehr (Korpstab, Korpstruppen, 4. Pz. Grn.Div., 12. Pz.Div., 10. Pz.Gren.Div.), Teile der 1. Luftlande-Div., eine Pz.-Brg. der 4. US-z.Div. und das Aufklärungs-Regiment der 3. franz. mech. Div. sowie starke Kräfte der westdeutschen Luftwaffengruppe Süd teilnehmen. Das waren über 45 000 Mann mit 15 000 Räderfahrzeugen, 1 600 Kettenfahrzeugen und 300 Kampfflugzeugen. Die Bundeswehr stellte in dieser NATO-Gruppierung fast 90 % der beteiligten Land- und 100 % der Luftstreitkräfte. Die im Juli erfolgte räumliche Verlegung des Manövergebietes nach Südwesten änderte nur unwesentlich die Aufmarschzeit der Verbände für ein Eingreifen in der CSSR und stellte damit eine Maßnahme der Großtäuschung dar.

Schon seit Mitte August wurde in der Bundeswehr der Grad der Einsatzbereitschaft erhöht. Die Wehrkreiskommandos verschickten wenige Tage vor der Hilfsaktion sozialistischer Staaten für die CSSR Gestellungsbefehle für den Ernstfall. Ganz eindeutig war die Bonner Revanchearmee - vor allem aber die Manövertruppen des "Schwarzen Löwen" - darauf vorbereitet worden, den unterschwelligen Export der Konterrevolution und deren stille Machtergreifung von außen durch eine massive Demonstration abzusichern und als Erpressungsinstrument gegenüber den Staaten des Warschauer Vertrages zu fungieren. Sie sollten bereit sein, unter Umständen auch zur militärischen Intervention in die CSSR anzutreten. Dies wurde am 29. 8. durch das "Handelsblatt" bestätigt, das von "den ohnehin frühzeitig ergriffenen verdeckten Bereitschaftsmaßnahmen (der NATO)" schrieb.

Nicht zufällig war auch der Zeitpunkt des Großmanövers gewählt. Er fiel mit dem ursprünglich für September 1968 angesetzten 14. Parteitag der KPC zusammen, von dem die rechten antisozialistischen und revisionistischen Kräfte einen stillen Staatsstreich zugunsten der Konterrevolution erhofften. Eine Londoner Zeitung umschrieb diese Spekulationen mit einer auf dem Parteitag bevorstehenden "Revision der Machtstruktur der Partei".⁷¹⁾

Es darf dabei die Möglichkeit nicht ausgeschlossen werden, daß die Bonner Expansionsstrategen in ihrem "Operationsplan" auch die Variante vorgesehen hatten, daß eine durch die Konterrevolution usurpierte Führung von Partei und Staat zu gegebener Zeit die Neutralität der CSSR erklären und die gleichzeitige Bitte um Hilfeleistung durch die NATO-Truppen - gestützt auf diplomatische Absicherung in der UNO - aussprechen könnte. Offensichtlich zu diesem Zweck war daher in dem Manöverplan die Führung motorisierter und luftbeweglicher Heeresverbände sowie die Bildung eines multinationalen Großverbandes vorgesehen.⁷²⁾ Dem gleichen Zweck waren auch getarnte Erkundungsfahrten von Kommandeuren und Generalstabsoffizieren der in Süddeutschland stationierten Heeresverbände der Bundeswehr in die Westgebiete der CSSR untergeordnet, die seit Sommer 1967 durchgeführt wurden.

Das Manöver "Schwarzer Löwe" war bekanntlich nicht die erste Probe für Land- und Luftstreitkräfte der Bundeswehr und Teile der 7. US-Armee wie auch der 1. franz. Armee für die Möglichkeit einer militärischen Intervention gegen die CSSR. Schon seit 1957 existierte diese strategische Richtung und Zielstellung in den Plänen der NATO- und Bundeswehrführung. So führt von der NATO-Stabsübung "Lion Noir" im Frühjahr 1957 über das Bundeswehrmanöver "Ulmer Spatz" 1959, die NATO-Truppenübungen "Winterschild I" Anfang 1960, "Winterschild II" Anfang 1961, die Bundeswehrübung "Hohenfels 63" Herbst 1963, die NATO-Stabsübungen "Fallex 64" Herbst 1964 und "Fallex 66" Herbst 1966 bis zur diesjährigen Truppenübung "Schwarzer Löwe" eine gerade Linie in der Vorbereitung von NATO-Gruppierungen mit Bundeswehrverbänden als Hauptkraft für die Anwendung der direkten Aggressionsstrategie gegen die CSSR oder die Südflanke der DDR (s. Schema 6). Schließlich sei noch darauf verwiesen, daß der Bundestagsabgeordnete Dr. Marx vom Militärpolitischen Arbeitskreis der CDU schon 1967 forderte, die Bundesregierung müsse "auch autonom militärisch handlungsfähig" sein, um "in Bürgerkriegslagen"... "der... Unentschlossenheit der Alliierten nicht völlig ausgeliefert zu sein".⁷³⁾

Nach Dr. Seemann vom "Krisenstab" genügten dazu schon "etwa drei Großverbände (gemeint Divisionen)..., die tunlichst aus dem Stand heraus (bedeutet: nach Manövern wie etwa "Schwarzer Löwe" - d. V.) zur vierdimensionalen Kriegführung befähigt wären."⁷⁴⁾

Das Eingreifen der Warschauer Vertragsstaaten verhinderte rechtzeitig, daß der "Schwarze Löwe" zum Sprung ansetzen konnte. Sie zerschlugen die politischen und "Operationspläne" der bereits weitgehend formierten Konferrevolution bereits im Keime.

Sie brachten die illusorischen Absichten der Bonner Ostpolitiker und Expansionsstrategen mitsamt ihrem "Krisengeneralstab" zum Platzen, mit Hilfe der indirekten Strategie und der Möglichkeit ihrer Eskalation zur direkten Aggression das Kräfteverhältnis in Europa zu Gunsten des westdeutschen Imperialismus zu ändern. Bonns "neue Ostpolitik" und Expansionsstrategie wurde entlarvt und politisch, strategisch und moralisch schwer angeschlagen. Wieder hatte sich der deutsche Imperialismus verrechnet und am realen Kräfteverhältnis den Kopf eingerannt. Dennoch ist seine ihm innewohnende Gefährlichkeit nach wie vor akut.

III. Die Reaktion des westdeutschen Imperialismus auf das Scheitern seiner Expansionsstrategie

Der heimtückische Anschlag des internationalen Imperialismus auf die sozialistische Gesellschaftsordnung in der CSSR hat wiederum mit aller Nachdruck bestätigt, daß wir gegenwärtig in einer Periode des verschärften Klassenkampfes zwischen den beiden gesellschaftlichen Systemen stehen und die Kräfte der internationalen Reaktion mit dem amerikanischen und westdeutschen Imperialismus an der Spitze bemüht sind, mit den verschiedensten Methoden den Übergangsprozeß vom Kapitalismus zum Sozialismus im Weltmaßstab aufzuhalten und das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Dabei bleibt Europa nach wie vor die Hauptfront der Auseinandersetzung auf allen Gebieten des Klassenkampfes.

Das Scheitern der konterrevolutionären imperialistischen Pläne hinsichtlich der CSSR hat gezeigt:

- Der Versuch der Hauptmächte der NATO, vor allem des westdeutschen Imperialismus, unterschwellig durch schleichende Konterrevolution in Koppelung mit stillem Staatsstreich das Kräfteverhältnis in Mittel-, Ost- und auch Südosteuropa unter Vermeidung eines Kernwaffenkrieges zu ändern und die Grenzen des imperialistischen Machtbereiches schrittweise - wie Hitlerdeutschland - unmittelbar bis zu den Grenzen der Sowjetunion vorzuverlegen, ist völlig chancenlos. Sein Zusammenbruch ist Ausdruck der zunehmenden Schwächung der Positionen des Imperialismus und der

weiteren Eingrenzung seiner Möglichkeiten einerseits, der wachsenden Stärke der SU und der mit ihr verbündeten sozialistischen Staaten andererseits.

- Ebenso wie die unter Adenauer konzipierte und praktizierte alte Ostpolitik des westdeutschen Imperialismus hat auch die von der USA-Globalstrategie abgeleitete selektive und getarnte neue Ostpolitik der Kiesinger/Strauß-Brandt-Regierung eine Niederlage erlitten.

Damit erwiesen sich erneut die vom Imperialismus selbst proklamierten Ziele immer mehr als unvereinbar. Er hat nicht mehr genügend Kraft, um gleichzeitig den ökonomischen und militärischen Wettbewerb mit dem Sozialismus zu führen, konkurrenzfähig gegenüber den eigenen 'Partnern' zu bleiben, die nationale Befreiungsbewegung aufzuhalten und die Arbeiterklasse der eigenen Länder zu 'befrieden'. In dieser Lage schieben die verschiedenen imperialistischen Länder ihre Kräfte mal in die eine, mal in die andere Richtung. Doch die Decke ist zu kurz. Sie findet ihre Grenze an dem immer deutlicher hervortretenden Widerspruch zwischen der Machtpolitik des Imperialismus und seinen realen ökonomischen Möglichkeiten und der Widerstandsbewegung der Völker. Dieser Widerspruch ist es vor allem, der den Prozeß der allgemeinen Krise des Kapitalismus vorantreibt..." 75)

Unter den ersten Reaktionen und Schlußfolgerungen des westdeutschen Imperialismus auf die Niederlage seiner Expansionsstrategie gegen die CSSR zeichnen sich bisher folgende Hauptlinien ab:

1. Der westdeutsche Imperialismus beharrt trotz seiner erneuten Niederlage auf der abenteuerlichen und den Frieden in Europa gefährdenden Politik der Expansion. Ausdruck dafür war der unverantwortliche und herausfordernde Aufruf des Bonner Kanzlers an die

imperialistischen Staaten, Entschlossenheit zu einer Veränderung des Status quo in Europa zu bekunden. Damit wird unverhohlen die verbrecherische hitlersche Expansionspolitik in Europa fortgesetzt. Nachdrücklich hat Kiesinger am 25. 8. 68 in einem Rundfunkinterview die Veränderung der Grenzen in Europa und die Einverleibung der DDR als Ziel der Bonner Politik bekräftigt. In einer ersten Bestandsaufnahme nach der Niederlage der Politik und Strategie des westdeutschen Imperialismus in der CSSR verkündete er, daß Bonn seine aggressive Politik gegenüber den sozialistischen Ländern verstärkt fortsetzen wird. "Das Problem ist folgendes", erklärte er wörtlich: "Die Sowjetunion will den Status quo in Europa erhalten. Wir müssen den Status quo zu verändern versuchen".

Diese Erklärung ist als eine Art indirekter Kriegserklärung an die sozialistischen Staaten zu werden. Sie stimmt mit der Konzeption überein, die in der neuesten programmatischen Schrift von F. J. Strauß "Herausforderung und Antwort" enthalten ist, in die bereits erste Schlußfolgerungen aus dem Fiasko der komplexen Expansionsstrategie gegen die CSSR einbezogen wurden. Strauß verkündete: "Wir Europäer (d. h. der westdeutsche Imperialismus - d. V.) sind also zum Handeln aufgerufen". Und das sofort; denn "Europa ist unter Zeitdruck geraten". Der CSU-Vorsitzende unterstreicht selbst den aggressiven Charakter seiner Pläne mit den Worten: "Aber wir wissen, daß wir dieses alles nicht auf der Grundlage des Status quo, der Zerrissenheit unseres Kontinents und der deutschen Spaltung finden werden... Erst mit einer geschlossenen politischen Konzeption, die uns ein zielbewußtes Spiel mit verteilten Rollen gestattet, kommen wir Europäer in die Lage, auf eine Auflockerung gegenüber dem Osten hinzuwirken". Nur ein vereinigtes Europa, das bis zur Grenze der UdSSR reicht, natürlich unter Bonner Regie, würde nach Strauß "eine Verschiebung der weltpolitischen Kräftekonstellation - und zwar die einzig mögliche und zugunsten der demokratischen Welt denkbare - herbeiführen." 76)

Die politischen Repräsentanten des westdeutschen Imperialismus beharren also auf ihrer aggressiven "Europapolitik" als Hauptelement der US-Globalstrategie.

2. Die antisozialistische Expansionsstrategie soll auch künftig komplexen Charakter behalten; der eingeengte Spielraum der indirekten Aggression müsse wieder erweitert werden, gleichzeitig seien neue Methoden ihrer Anwendung zu finden. Den Elementen der direkten Aggression gelte es wieder ein größeres Gewicht zu verleihen und dementsprechend den Einfluß Bonns auf die NATO-Strategie wesentlich zu verstärken.

In Interviews für das I. westdeutsche Fernsehen am 23. 8. 68 räumten Kiesinger und Brandt - die eifrigsten Verfechter der neuen Ostpolitik - einerseits ein, daß sich die Bonner Politik gegenüber Osteuropa in einer Sackgasse befinde. Für Kiesinger bietet das Scheitern der Konterrevolution in der CSSR "Anlaß, darüber nachzudenken, ob wir alles richtig gemacht haben". Der Reporter des Westfernsehens führte den Gedanken Kiesingers zu Ende und fragte, ob Bonn das Instrumentarium seiner psychologischen Kriegführung "nicht vielleicht zu aktiv benutzt" und sich "dadurch etwas provokativ verhalten" habe.

Daraufhin gab Kiesinger andererseits deutlich zu verstehen, daß Bonn seine Versuche, die sozialistischen Länder zu unterwandern und zu spalten, keinesfalls aufgeben werde. Wörtlich erklärte er: "Wir werden also fortfahren in der Aufhellung des politischen Klimas in jedem Land des Ostens". Als erklärtes Ziel dieser Einmischungspolitik fixierte Kiesinger noch einmal ausdrücklich, daß die DDR von ihren Verbündeten isoliert und über eine neue europäische Ordnung... auch das Problem der deutschen Teilung gelöst werden soll. Um diese Ziele zu erreichen, müsse die Bonner neue Ostpolitik delikat gehandhabt und die aggressive Zielsetzung noch besser getarnt werden.

Am 13. 9. ergänzte Kriegsminister Schröder in einer Rede in Hameln den Kanzler dahingehend, daß nach dem Scheitern der konterrevolutionären Pläne in der CSSR "man die Methodik unseres

Vorgehens neu zu überdenken habe. Scharfmacherisch verlangte er, die Antwort auf die jüngsten Ereignisse dürfe nicht Resignation sein, sondern sie muß in der Bereitschaft liegen, eine feste, entschlossene und konstruktive Politik zu treiben, die sich weniger in Worten als in ihren Handlungen manifestiert. Ein konsequentes Festhalten an der NATO und eine Verstärkung ihres militärischen Potentials sei unumgänglich. Dazu sei es notwendig, den Rüstungshaushalt über die in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehenen Beträge hinaus zu erhöhen.

Diese doppelgleisige Linie fand in bilateralen Verhandlungen zwischen Bonn und Washington ihren Niederschlag. Das weitgehende Festhalten Bonns an der komplexen Expansionsstrategie wurde auch durch seine unmittelbaren taktischen Reflexe in der neuen Ostpolitik bestätigt. Es intensivierte die psychologische Kriegführung in die CSSR hinein und verschärfte die antikommunistische Hetze vor allem gegen die UdSSR, die DDR und die Volksrepublik Polen. Ferner versucht die westdeutsche Regierung verstärkt, in die Südostflanke des Warschauer Vertrages einzudringen und dort Boden zu gewinnen. Gleichzeitig strebt sie eine Revision des bisherigen strategischen Konzepts der NATO an, das stärker auf einen militärischen Interventionismus in Europa orientiert werden sollte. Dazu gehört lt. Aussage des ehemaligen Oberbefehlshabers der NATO-Streitkräfte im Kommandobereich Europa-Mitte, General a. D. Graf von Kielmansegg, "die Grundlagen der Strategie der flexiblen Antwort auf ihre Tragfähigkeit zu überprüfen und zwar sehr genau und sehr bald".⁷⁷⁾ Ähnliches forderten z. B. auch die Bundeswehr-Generale a. D. Graf Baudissin und Trettner. Die Bundeswehrführung meldete also ihre militärischen Anforderungen an die künftige Gestaltung der NATO-Strategie durch Generale außer Dienst an, während die aktiven Generale Sprechverbot hatten - eine alte Taktik des deutschen Militarismus.

Der gemeinsame Standpunkt der westdeutschen Generalität zur Modifizierung der NATO-Strategie läßt sich dahingehend zusammenfassen: Beibehaltung des Konzepts der flexiblen Reaktion als Kombination indirekter und direkter Strategie, aber bei Verstärkung des Übergangs von einer Stufe zur anderen, das heißt allgemein: erhöhte Bereitschaft zur militärischen Gewaltanwendung. Das

heißt im einzelnen: weitere Verkürzung der angenommenen politischen und militärischen Vorwarnzeiten, Senkung der Atomschwelle, Änderung des Alarmsystems bei größerer selbständiger Entscheidungsbefugnis der militärischen NATO-Stäbe, Verzicht auf das amerikanische "Rotationssystem" (Big Lift, Sea Lift -Manöver) sowie rasche Stärkung der NATO-Streitkräfte und des Kernwaffenpotentials auf westdeutschem Boden, verbunden mit der weiteren grenznahen (DDR, CSSR) Neudislozierung der NATO-Kontingente.

Kielmansegg betonte, die NATO müsse von der denkbar kürzesten Zeitspanne (des Übergangs zur militärischen Aggression - d. V.) ausgehen und darf völlige Überraschung nicht ausschließen. 78) Baudissin forderte in der NATO-Terminologie: "Wir brauchen ein funktionierendes Crisis management und Streitkräfte von hohem Abschreckungswert, also von großer Operationsbereitschaft. Abschreckungswert haben nur Verbände, die in Stunden reagieren können... Es muß geklärt werden, ob die präsenten Streitkräfte in Mitteleuropa die ausreichende operative Leistungskraft besitzen!" Und weiter: "Erforderlich ist eine Korrektur der politischen Planung der NATO..., eine handlungsfähigere politische Institution." 79)

Entsprechende Schritte sind seit August 1968 vor allem auf Drängen der westdeutschen Vertreter vom "Ständigen NATO-Rat" und dem Internationalen Militärstab eingeleitet worden. Den vorgesehenen Weg zur Änderung des strategischen NATO-Konzepts im Sinne der Europapolitik Bonns umriß Strauß am 1. 9. 68:

"Ich halte die Schaffung eines europäischen Bundesstaates mit Verteidigungshoheit für die Zentralregierung für den besten und einzig wirksamen Schritt. Leider stehen dem immer noch schwerwiegende Hindernisse entgegen. Deshalb muß bis dahin die politisch-militärische Funktionsfähigkeit der NATO überprüft und mit dem Präsidenten der USA die Zukunft der NATO, die Sicherheit ihres europäischen Pfeilers und der westdeutschen Eckposition geklärt werden. Die beiden Probleme NATO und Europa bedürfen aber auch verstärkter Behandlung im deutsch-französischen Dialog". 80)

Das ist der Weg verstärkten Vormachtstrebens in Westeuropa in enger Komplizenschaft mit den USA zur intensiveren Nutzung der NATO im Expansionsinteresse des westdeutschen Imperialismus. Den Vorwand dafür soll die von Bonn und Washington wieder verstärkt verbreitete Legende von der angeblichen massiven kommunistischen Bedrohung Westeuropas abgeben. UPI meldete z. B. am 2. 9. 68 aus dem NATO-Hauptquartier in Brüssel:

"Nach Ansicht der NATO-Planer ist es mit der Entspannung zwischen Ost und West auf absehbare Zeit vorbei, und nach dieser Auffassung sollen sich auch die beabsichtigten Änderungen im NATO-Konzept richten".

Darin zeigt sich u. a. auch ein gewisser taktischer Wandel, den die Hauptmächte der NATO in ihrem großangelegten Manöver zur Tarnung der Expansionsstrategie zu vollziehen anstreben.

Die NATO liegt also weiter politisch und militärisch auf Aggressionskurs.

3. Ausdruck dieser Politik und Strategie der Flucht nach vorn nach dem Fiasko der Expansionsstrategie gegen die CSSR sind ferner die beschleunigten Anstrengungen des Bonner Regimes, die in drei Richtungen gehen:
 - die Aggressionsbereitschaft der Bundeswehr und ihre eingeleitete Ausrüstung mit modernen Waffensystemen, besonders mit Kernwaffeneinsatzmitteln, zu forcieren. Dazu zählt die weitere Ausrüstung von Heer, Luftwaffe und Kriegsmarine mit Kernwaffenträger (Pershing II, 88 Phantom F 4, etwa 70 zusätzliche Starfighter F - 104 G, Verdopplung der Raketenbataillone Sergeant, Ablösung der Honest-John durch einen moderneren Typ, Raketenzerstörer, Fregatten- und Schnellboote). Die Mittel für die Bundeswehr für 1968 wurden um 100 Mill. DM und für 1969 auf 19.8 Mrd. DM (24 % des Bonner Haushaltes) erhöht. UPI berichtete am 9. 9. 68 aus Bonn: "Der Generalinspekteur der Bundeswehr, General Ulrich de Maiziere, hat im Zusammenhang mit den Vorgängen in der CSSR ebenfalls voll einsatzbereite, modern ausgerüstete, präsenste Streitkräfte gefordert".

- auf den verschiedenen Wegen in absehbarer Zeit Kernwaffen unter ihre Regie bzw. in Eigenbesitz zu bekommen. Der nächste Schritt hierzu war die Weigerung der Bonner Regierung, den Kernwaffensperrvertrag zu unterzeichnen.

Was Bonn und den westdeutschen Atomkonzernen vorschwebt, unterstrich der Nazikriegsverbrecher und ehem. Generalinspekteur der Bonner Bundeswehr, Trettner, in der "Stuttgarter Zeitung" vom 24. 8. 68. Nachdrücklich forderte er für die Bundesrepublik ein erweitertes Mitspracherecht bei der Planung und Durchführung der Atomstrategie. Der Atomwaffensperrvertrag habe etwas Reaktionäres und Steriles an sich und eröffnet keinerlei Perspektiven für eine politische Lösung der wirklichen Probleme."

- eine Neuprofilierung und Umgruppierung der Kräfte, Mittel und Methoden der indirekten Strategie, der komplexen Subversion gegen die sozialistischen Staaten Europas einzuleiten. Dazu sind zu rechnen: der weitere Ausbau des Geheimdienstsystems im Sinne der komplexen Expansionsstrategie einschließlich seiner militärischen, paramilitärischen (z. B. auch im "Bundesgrenzschutz") und anderen Spezialkräfte; die Erhaltung seines Netzes in der CSSR, das zunächst nach der Eisbergtaktik wieder untertauchte; die stärkere Abstimmung der Subversion mit der militärstrategischen Konzeption nach den neuen Anforderungen an die NATO-Strategie gemeinsam mit der CIA; die weitere Zentralisierung der psychologischen Kriegführung, die Neuabstimmung ihrer Taktik und die Orientierung auf neue Ansatzpunkte.

Während dieser auf längere Fristen berechneten Neuformierung des konterrevolutionären Bonner Subversionsapparates unternimmt der westdeutsche Imperialismus jedoch alles, um die Entwicklung in der CSSR weiterhin unmittelbar zu beeinflussen. Dazu gehören nicht nur die von Bonn indirekt gesteuerten, gegen eine schnelle Normalisierung der inneren Lage in der CSSR gerichteten Aktionen der noch organisierten Kräfte der Konterrevolution.

Vielmehr sollte diesen mit dem am 15. 9. angelaufenen Manöver "Schwarzer Löwe" - 150 km von der Grenze zur CSSR entfernt - militärischer und moralischer Rückhalt gegeben werden. Vor Beginn des Manövers betonte General de Maiziere vor den Kommandeuren des II. Bundeswehrkorps: Es komme darauf an, nicht nur für den Schießkrieg bereit zu sein, sondern gleichfalls den Auftrag der Bundeswehr als Demonstrationsmittel zur Unterstützung der Außenpolitik der Regierung zu sehen. In diesem Sinne sei das Manöver "Schwarzer Löwe" zu verstehen. Wenn sich auch der Manöverraum politisch bedingt geändert habe, ergäbe sich doch eine Motivierung des Manövers aus den aktuellen Gegebenheiten in Mitteleuropa. ⁸¹⁾

All das bestätigt: die Reaktion des westdeutschen Imperialismus auf das Fiasko seiner Expansionsstrategie gegen die CSSR besteht in gesteigerter Aggressivität.

Aus der Analyse des Systems der Expansionsstrategie des amerikanischen und westdeutschen Imperialismus und seines Modells CSSR ergeben sich einige notwendige Schlußfolgerungen:

1. Die Entlarvung des Systems, der Theorie und Praxis sowie der Grundformen und Varianten des Versuchs, die Konterrevolution indirekt oder direkt in die sozialistischen Staaten zu exportieren, ist eine notwendige und kontinuierlich zu bearbeitende Aufgabe, um die Pläne und Aktionen des Klassegegners rechtzeitig aufzudecken und das Geheimnis zu enthüllen, in dem der Krieg geboren wird.
2. bestätigte sich erneut die dringende Notwendigkeit, daß die sozialistischen Staaten ihre ideologisch-politische Wachsamkeit sowie militärische Fähigkeit und Bereitschaft zur Vereitelung aller Provokationen und Spielarten der Aggression - von der Subversion über den verdeckten Krieg bis zum Kernwaffenkrieg - stets auf der erforderlichen Höhe halten. Über Frieden und Krieg entscheidet das Kräfteverhältnis.
3. ist der gemeinsame offensive Kampf gegen die imperialistische Ideologie und die Varianten der psychologischen Kriegführung einschließlich rechts- und linksoportunistischer

antimarxistischer Pseudatheorien eine unerläßliche Voraussetzung für die Geschlossenheit der sozialistischen Staaten und ihr gemeinsames Vorwärtsschreiten zur vollendeten sozialistisch-kommunistischen Gesellschaftsordnung. Die sich steigernde und immer raffinierter angesetzte Aggressivität des Imperialismus erfordert von jedem Bürger unseres Staates ideologische Klarheit, hohe Wachsamkeit und bedingungslose Verteidigungsbereitschaft.

F u ß n o t e n

- 1 National Security. Political, Military an Economic Strategies in the Decade Ahdad, New York 1963, S. 475
- 2 K. Ehrler verglich in den Kölner "Blättern für deutsche und internationale Politik" (Heft 1/66) treffend diese Methode der amerikanischen und insbesondere der west-deutschen Expansionsstrategie mit dem Vorgehen des faschistischen Regimes vor dem 2. Weltkrieg: "In der Zeit vor dem 2. Weltkrieg praktizierte Hitler ähnliche taktisch-diplomatische Manöver, um die Reihe seiner späteren Angriffsziele auseinanderzuidividieren: Kollektive, d. h. gleichzeitige und aufrichtige Entspannung nach allen Seiten war ihm fremd, er zog den Weg sukzessiver bilateraler Einzelschritte in der Wahl seiner Verhandlungspartner und Aggressionsoffer vor. Bis zum sehr späten Zustandekommen der alliierten Kriegscoalition... hatte der damalige Reichskanzler Glück und Erfolg mit dieser Methode selektiver Entspannung und anschließender selektiver Vereinnahmung; Österreich, CSR, Polen waren die Opfer dieser zeitlich abgestuften Mischtechnik sanfter und harter Einzelaktionen".
- 3 Neues Deutschland, 16. 6. 67
- 4 National Security, a.a.O., S. 269
- 5 G. Blumentritt, Strategie und Taktik, Konstanz 1960, S. 6 f
- 6 A. Surshauser, Grundbegriffe der Strategie. In: Wehrkunde, Heft 10/66, S. 519
In den imperialistischen Hauptmächten werden neben dem Begriff "Gesamtstrategie" auch die Termini "Große Strategie" (General Wedemeyer - USA), "Nationale Strategie" (USA), "totale Strategie" (General Beaufre - Frankreich), "Höhere Strategie" (Liddel Hart - Großbritannien), "Strategie" (Westdeutschland) verwendet.
- 7 Nationale Verteidigung, K. Bauer u. D. Schöbler, Bonn 1966, S. 50
- 8 Die Welt, 10. 5. 65
- 9 F. J. Strauß, Entwurf für Europa, Stuttgart 1966, S. 26 f.
- 10 W. Ulbricht, Die Bedeutung und die Lebenskraft der Lehren von Karl Marx für unsere Zeit, in: Neues Deutschland, 6. 5. 68
- 11 Nationale Verteidigung, a.a.O., S. 10
- 12 Wehrwissenschaftliche Rundschau, H. 6/65, S. 319
- 13 Nationale Verteidigung, a.a.O., S. 54/55
- 14 " " " S. 74
- 15 Wehrwissenschaftliche Rundschau, H. 9/65

- 16 W. Ulbricht, Schlußwort auf der 6. Tagung des ZK der SED,
in: Neues Deutschland, 21. 6. 68
- 17 Wehrkunde, H. 10/66, S. 514
- 18 U. Schwarz/L. Hadik, Strategie Terminology, Düsseldorf 1966, S. 40
- 19 Wehrwissenschaftliche Rundschau, H. 5/66, S. 226
20. II. westdeutsche Fernsehen, 20. 6. 67
- 21 Wehrwissenschaftl. Rundschau, H. 5/66, S. 225
- 22 " " " H. 10/65, S. 555
- 23 Der verdeckte Kampf, Bonn o. J., S. 10/11
- 24 A. Beaufre, Totale Kriegskunde im Frieden, Berlin 1965. S. 55, 26
- 25 Außenpolitik, H. 7/67
- 26 Wehrwissenschaftl. Rundschau, H. 9/65, S. 522
- 27 Wehrkunde, H. 8/67, S. 395
- 28 Der verdeckte Kampf, a.a.O., S. 13, 15
- 29 Wehrkunde, H. 9/66, S. 453
- 30 G. Blumentritt, a.a.O., S. 16
- 31 Wehrkunde, H. 8/67, S. 394
- 32 Europa-Archiv, 8/68
- 33 Der verdeckte Kampf, a.a.O., S. 17
- 34 Wehrwissensch. Rundschau, 6/65, S. 341
- 35 Nationale Verteidigung, a.a.O., S. 77 - 79
- 36 Taschenbuch für Wehrfragen 1966/67, Frankf./M. 1967, S. 232
- 37 Nationale Verteidigung, a.a.O., S. 54, 74
- 38 " " " S. 54
- 39 " " " S. 75, 76
- 40 Wehrkunde, 11/66, S. 559
- 41 " " " 5/66, S. 228
- 42 Rheinischer Merkur, 19. 7. 68
- 43 Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung,
Bonn, Nr. 149, 16. 12. 1967

- 44 Durch die beabsichtigte Umgliederung des westdeutschen Heeres sei "Vorsorge für eine nationale Gliederung getroffen, sollte nachlassender Zusammenhalt der Allianz (NATO) das einmal nötig machen". - Frankf. Allgem. Ztg., 31. 5. 68
- 45 Frankf. Allgem. Ztg., 13. 2. 68
- 46 Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 69, 30. 6. 67
- 47 Der Tagesspiegel, 16. 2. 67
- 48 K. U. v. Hassel, Die Bundeswehr von morgen
Festigung der NATO-Konsolidierung der Truppe
in: W. v. Raven, Armee gegen den Krieg, Stuttgart 1966, S. 41
- 49 Der verdeckte Kampf, a.a.O., S. 10
- 50 F. J. Strauß, in: "Außenpolitik", 11/62
- 51 Z. Brzezinski, in: "Foreign Affaire", New York, Januar 68
- 52 Einheit, 8/67, S. 1031 f.
- 53 Z. Brzezinski, Alternative zur Teilung, Köln 1966, S. 173
- 54 BPB-Korrespondent, Hamburg, 27. 6. 68
- 55 Deutscher Bundestag, 5. Wahlperiode, 80. Sitzung, 13. 12. 66, S. 664
- 56 "Tribuna Ludu", 22. 1. 67
- 57 Der Spiegel, 29/68
- 58 s. USSR and Western Europe. By a Columbia - Harvard
Ressearch Group under the Administration of Columbia
University, 1960
- 59 Wehrkunde 7/68, S. 379 f
- 60 s. Prawda, 11. 7. 68
- 61 Außenpolitik, 2/68, S. 94
- 62 ADN-Informationen, 3. Ausgabe, 9. 9. 68
- 63 Literarny Listy, März 1968
- 64 Vgl. Prawda, 16. 9. 68 (Bericht von Gus Hall an das National-
komitee der KP der USA)
- 65 Unter der Regie der Spionageorganisationen wurden im August
1968 in Waldhaus und Fürth mehr als 40 westdeutsche Amateur-
funkstellen der Rufzeichenserie DL, DJ und DK aus den Räumen
Nürnberg, Selb, Weiden, Regensburg im Kurzwellenbereich einge-
setzt. In den grenznahen Gebieten von Rehau, Arzberg, Fürth
i. W. und Grafenau erfolgte der Einsatz mit tragbaren UKW-
Stationen.

66 ADN-Information, 3. Ausgabe, 9. 9. 68

Am 12. Juni wurde beispielsweise zwischen Karlovy Vary und Cheb - in unmittelbarer Nähe der westdeutschen Grenze - ein geheimes, umfangreiches Waffenlager ausgehoben die Maschinengewehre und Maschinenpistolen waren amerikanischer Herkunft.

Sieben Maschinengewehre, 6 Granatwerfer, 76 automatische Pistolen, Karabiner, 5 Kisten Minen, 6 Kisten Handgranaten, 64 Munitionskisten entdeckten sowjetische Soldaten am 23. 8. in einem Prager Wohnhaus. Ähnliche Waffenlager, geheime Druckereien, illegale Sendeanlagen wurden in verschiedenen Bezirken Prags - auch in zentralen staatlichen Institutionen (Landwirtschafts-Ministerium) entdeckt.

67 Zitiert nach "Neue Zeit", Moskau, 35/68, S. 6

68 Vgl. Frankfurter Rundschau, 20. 5. 68

69 Stern, 8. 9. 68

70 Spiegel, 37/68

71 Daily Mail, 11. 8. 68

72 UPI, 16. 7. 68

73 Politisch-Soziale Korrespondent, 1. 4. 67

74 Wehrwissenschaftliche Rundschau, 2/67, S. 71

75 W. Ulbricht, Die Bedeutung und die Lebenskraft der Lehren von K. Marx für unsere Zeit, a.a.O.

76 F. J. Strauß, Herausforderung und Antwort
Vorabdruck in: Frankf. Allgem. Zetg., 12. 9. 68
Siehe auch Erklärung der Bundesregierung vom 28. 8. 68
zur Lage in der Tschechoslowakei. In: Bulletin des Presse-
und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 196, 29. 8. 68, S.905

77 Die Welt, 24. 8. 68

78 Ebenda

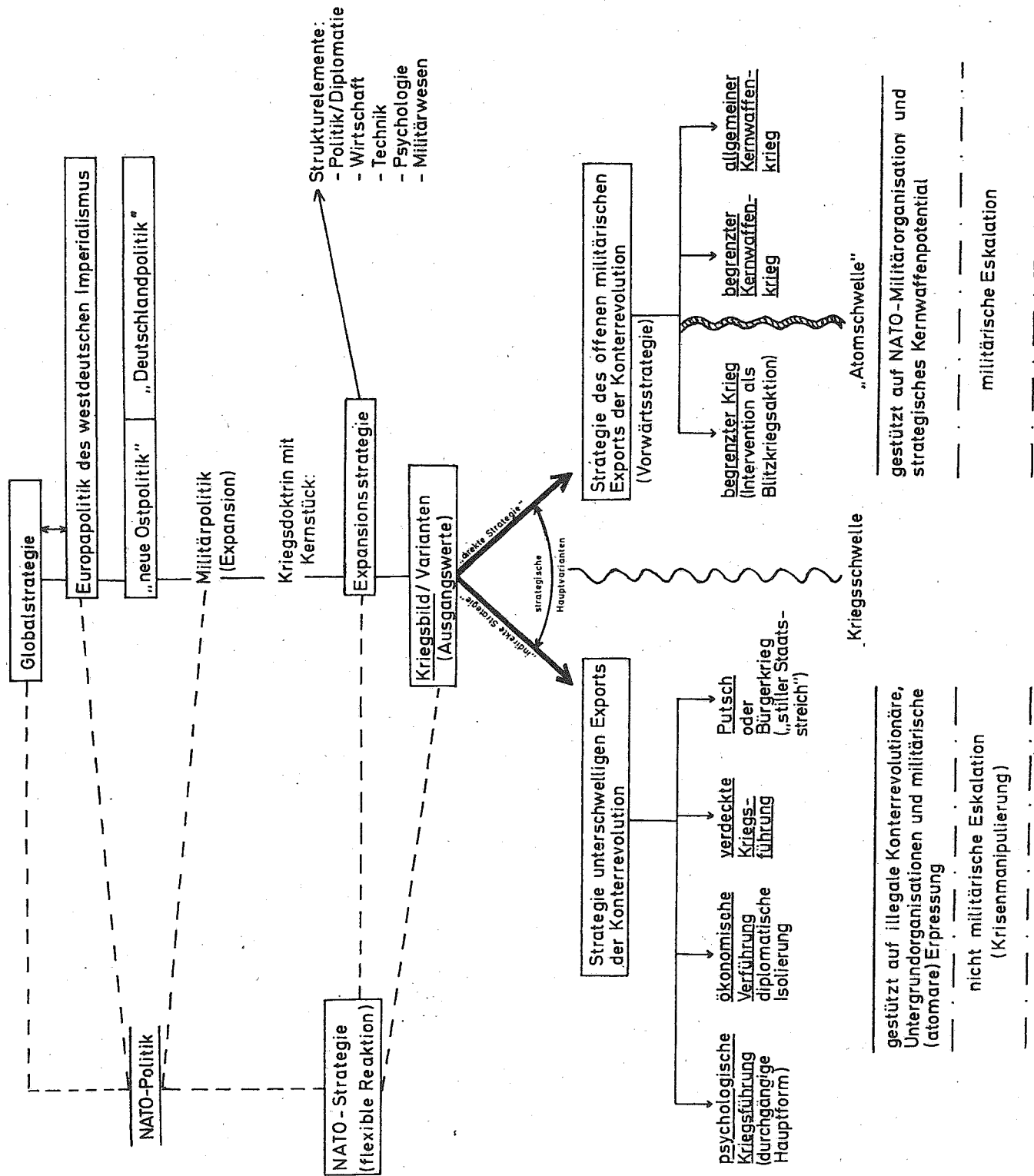
79 Die Zeit, 30. 8. 68

80 Welt am Sonntag, 1. 9. 68

81 ND (B), 12. 9. 68

Schema 1

Funktionsschema der imperialistischen Expansionsstrategie



Meldetafel für "Spannungsfunker" (BND)
(für DDR - sinngemäß auch für CSSR angegeben)

BND ab 1965 gültig

<p>1 Kennziffer (Wiederholung)</p> <p style="font-size: 2em; text-align: center;">1</p>	<p>2 Kennziffer (Wiederholung)</p> <p style="font-size: 2em; text-align: center;">1</p>	<p>3 Kennziffer</p> <p>0 entfällt</p> <ol style="list-style-type: none"> 1 Ministerium 2 örtl. Bezirksverwaltung 3 örtl. Kreisverwaltung 4 örtl. Stadtverwaltung 5 JuuL/93/Infanterie 6 Eisenbahn 7 Marine 8 Botschaft 9 NVA-Organ 	<p>4 Kennziffer</p> <p>0 entfällt</p> <ol style="list-style-type: none"> 1 Politbüro u. Z. der SED 2 Zentr. Parteileitung der SED 3 Nationale Front 4 Betriebsparteilitung der SED 5 Ost-DM, NVA / IAP 6 POSB 7 Massenorganisationen 8 NVA 	<p>5 Kennziffer</p> <p>0 entfällt</p> <ol style="list-style-type: none"> 1 NVA 2 KAV 3 Kavallerie 4 Grenzpolt. Btl. 5 Transportpol. Btl. 6 GAT 7 Kampfgruppen 8 MFG-Truppen
<p>6 Kennziffer</p> <p>0 entfällt</p> <ol style="list-style-type: none"> 1 Alarmbereitschaft 2 vorgehensmäßige Maßnahmen 3 ... 4 ... 5 ... 6 ... 7 ... 8 ... 9 ... 	<p>7 Kennziffer</p> <p>0 entfällt</p> <ol style="list-style-type: none"> 1 Brill. Absperrungen 2 Absperrungen im Grenzgebiet 3 Reiseüberwachung 4 Reisepässe 5 Versammlungsbefehle 6 Taktische Vorkehrungen 7 Ausgangskontrollen 8 verschärfte Kontrollen 9 verschärfte Fallmaßnahmen 	<p>8 Kennziffer</p> <p>0 entfällt</p> <ol style="list-style-type: none"> 1 ... 2 ... 3 ... 4 ... 5 ... 6 ... 7 ... 8 ... 9 ... 	<p>9 Kennziffer</p> <p>0 entfällt</p> <ol style="list-style-type: none"> 1 Staatsfunktionäre 2 Parteifunktionäre 3 Intelligenz (Akademiker) 4 Arbeiter 5 Bauern 6 ... 7 ... 8 ... 9 ... 	<p>10 Kennziffer</p> <p>0 entfällt</p> <ol style="list-style-type: none"> 1 eigener Betrieb 2 andere Betriebe in Vertretung 3 Betriebe in Vertretung 4 drittl. Besorger 5 Behörden in Vertretung 6 Bevölkerung in Vertretung 7 Bevölkerung in Vertretung 8 Bevölkerung in Vertretung 9 LPO
<p>1 Kennziffer</p> <p>0 entfällt</p> <ol style="list-style-type: none"> 1 ... 2 ... 3 ... 4 ... 5 ... 6 ... 7 ... 8 ... 9 ... 	<p>2 Kennziffer</p> <p>0 entfällt</p> <ol style="list-style-type: none"> 1 ... 2 ... 3 ... 4 ... 5 ... 6 ... 7 ... 8 ... 9 ... 	<p>3 Kennziffer</p> <p>0 entfällt</p> <ol style="list-style-type: none"> 1 ... 2 ... 3 ... 4 ... 5 ... 6 ... 7 ... 8 ... 9 ... 	<p>4 Kennziffer</p> <p>0 entfällt</p> <ol style="list-style-type: none"> 1 ... 2 ... 3 ... 4 ... 5 ... 6 ... 7 ... 8 ... 9 ... 	<p>5 Kennziffer</p> <p>0 entfällt</p> <ol style="list-style-type: none"> 1 ... 2 ... 3 ... 4 ... 5 ... 6 ... 7 ... 8 ... 9 ...

ALLGEMEINE AUSWAHL VON LANDUNGSFELDER UND ABWURFFELDER

Die Auswahl von passenden Lagen, um sie als Landungsfelder (LF) und Abwurfelder (AF) zu benutzen, soll zwei gründliche Standpunkte in Betracht ziehen, nämlich (1) den Luftstandpunkt, und (2) den Bodenstandpunkt.

Luftstandpunkt

Vom Standpunkt des Fliegers ist eine ideale Lage fürs LF oder AF die, die leicht gefunden werden kann, ohne Hilfe vom Navigationsrundfunk zu gebrauchen. Es soll leicht genug sein, die Lage von einer normalen Navigationskarte der Luftwaffe zu identifizieren, um den Flieger zu befähigen, in die Lage hineinzufliegen, und sie zu erkennen, nachdem er von auffälligen Landmarken angekommen ist - so auffällig, daß es ein System von Lichtsignalen gibt, den Flieger nach dem bestimmten LF oder AF in der Lage zu führen.

Die meisten erfolgreichen Abwürfe werden aus einer Höhe von 150-250 meter gemacht, während das Flugzeug Mindestgeschwindigkeit fliegt. Dieses bedeutet, daß zumindest zwei Annäherungswege an die Stelle keine Hindernisse haben dürfen, weil das betreffende Flugzeug nicht immer über einer bestimmten Stelle einen Sturzflug machen kann, während es diese Mindestgeschwindigkeit zur selben Zeit nach hält. Ebenso kann das Flugzeug nach dem Entladen der Fracht nicht sofort steil aufsteigen, sondern muss ungefähr waagrecht weiterfliegen bis seine Geschwindigkeit genug erhöht wird um wieder zu steigen.

Es ist auch besser, daß die LF und AF so situiert sind, daß die Annäherung des Flugzeugs gegen Wind erfolgt Seitenwinde machen genaue Abwürfe und gute Landungen sehr schwierig. Ein gutes AF oder LF soll jedoch nicht verworfen werden, nur weil seine Annäherungswege nicht gegen Wind liegen. Dieser Punkt wird hier nur für den Fall erwähnt, daß es eine Auswahl unter mehreren Lagen gibt.

Bodenstandpunkt

Bloss vom Standpunkt des Anblicks können viel mehr geeignete Lagen auf dem Boden gefunden werden, als aus der Luft. Ein gutes AF kann klein sein - vielleicht nur ein 400 m², oder kleiner wie ein Fussballplatz - soll aber frei von grossen Steinen auch von felsigen Flächen sein. Das Ideal ist allerdings ein langes, enges Feld, dessen Länge in der Richtung des wahrscheinlichen Fluges liegt. Rasen oder grasreiche Fläche werden einen grossen Teil des Brechens der abgeworfenen Fracht, sowie der Verletzung des Fallschirmpersonals verhindern. Die Lage soll auch dem Empfangspersonal eine gute Deckung verschaffen; diesen wird viele Zeit in der Gegend vernringen müssen, und natürlich sollen Lebens - und Heilmittel fertig und verfügbar in der Nähe sein.

Ranger- und Diversantenausbildung in Westdeutschland

Die Ausbildung erfolgt vornehmlich an 4 Schwerpunkten:

1. **Luftlande- und Lufttransportschule Altenstadt-Schongau.** Jährlich etwa 60 Lehrgänge, Lehrgangsdauer etwa 4 Wochen, Teilnehmer: Offiziere und Unteroffiziere aller Truppengattungen des Heeres und Sondereinheiten der Bundeswehr, zum Beispiel Marinekampfschwimmer; besonderer Wert wird auf Sprünge mit manueller Fallschirmöffnung (bis zu 20 Sekunden Öffnungsverzögerung) gelegt.
2. **Kampftruppenschule I Hammelburg**
Jährlich etwa 25 Lehrgänge, Lehrgangsdauer etwa 4 bis 8 Wochen, Teilnehmer: Offiziere, Fahnenjunker, Unteroffiziere und Unteroffiziersanwärter aller Truppengattungen des Heeres; besonderer Wert wird auf Lehrgänge für Stoßtruppführer und solche „für den Kampf unter besonderen Bedingungen im Rahmen kleiner Kampfgemeinschaften“ gelegt.
3. **Kampftruppenschule IV Mittenwald**
Jährlich 7 Lehrgänge, Lehrgangsdauer 5 Wochen, Teilnehmer: Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften sogenannter Fernspähkompanien.
4. **Ausbildungszentrum der „10. Special Forces Group“ der US-Armee in Bad Tölz/Oberbayern**
Beschränkte Teilnehmerzahl für Bundeswehr; Ausbildung für Diversion und Sabotage.

Weitere Ausbildungsstätten sind:

Beim I. Armeekorps (Münster):

Fernspähkp. 100, Flugblatt- und Lautsprecherkp. 981

Beim II. Armeekorps (Ulm):

Fernspähkp. 200, Flugblatt- und Lautsprecherkp. 982

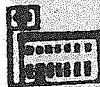
Beim III. Armeekorps (Koblenz):

Fernspähkp. 300, Flugblatt- und Lautsprecherkp. 381

Ferner: Führungsakademie (Hamburg), PSK (psychologischer Krieg) -Schule (Alfter), Rundfunk-Btl. 701 – mit 7 Sendern – (Andernach).



4 Schwerpunkte der
Ranger- und Diversantenausbildung



Führungsakademie
PSK - Schule

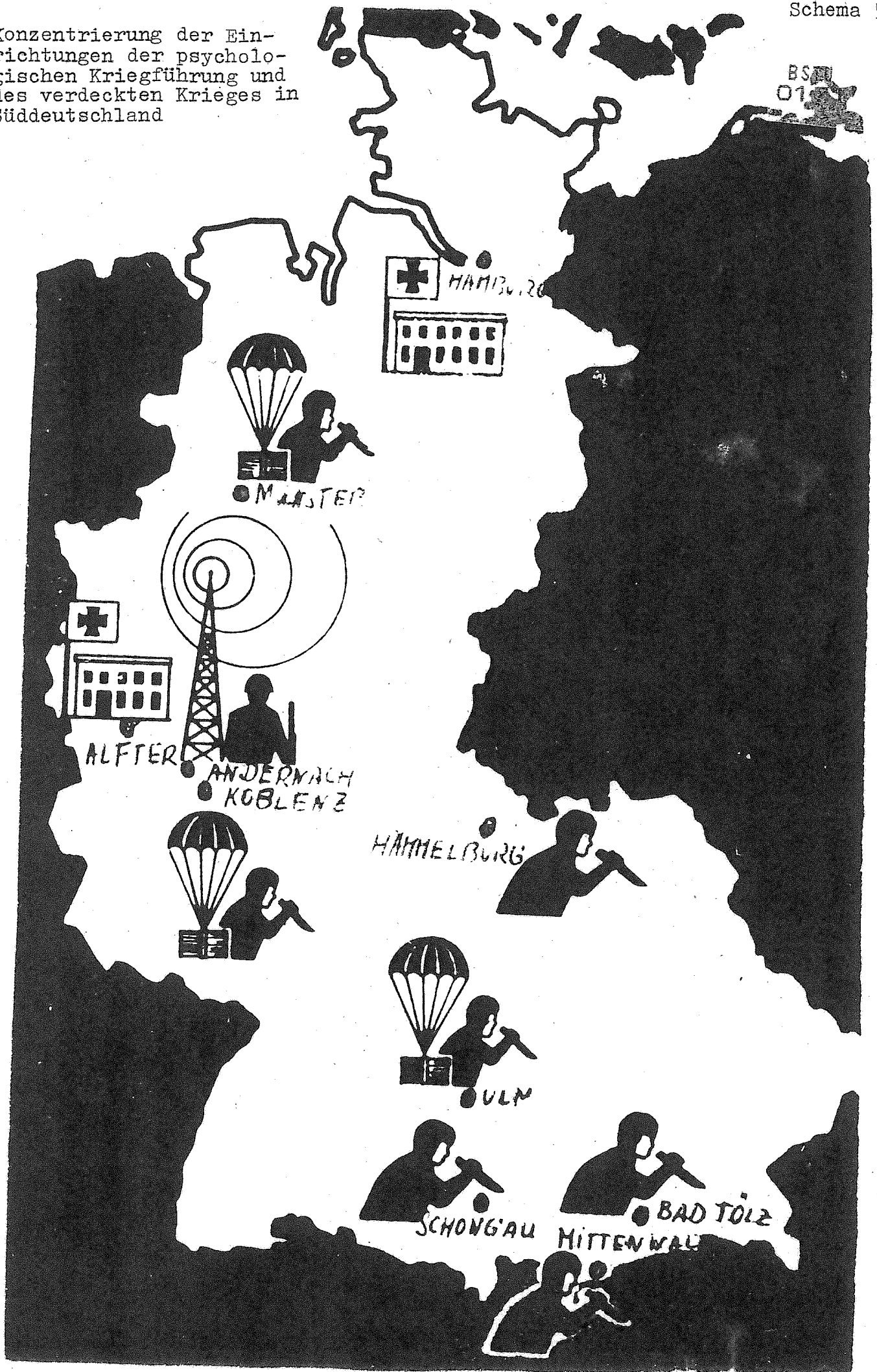


Fernspähkompanie - Flugblatt
und Lautsprecherkompanie

Rundfunk-Btl.

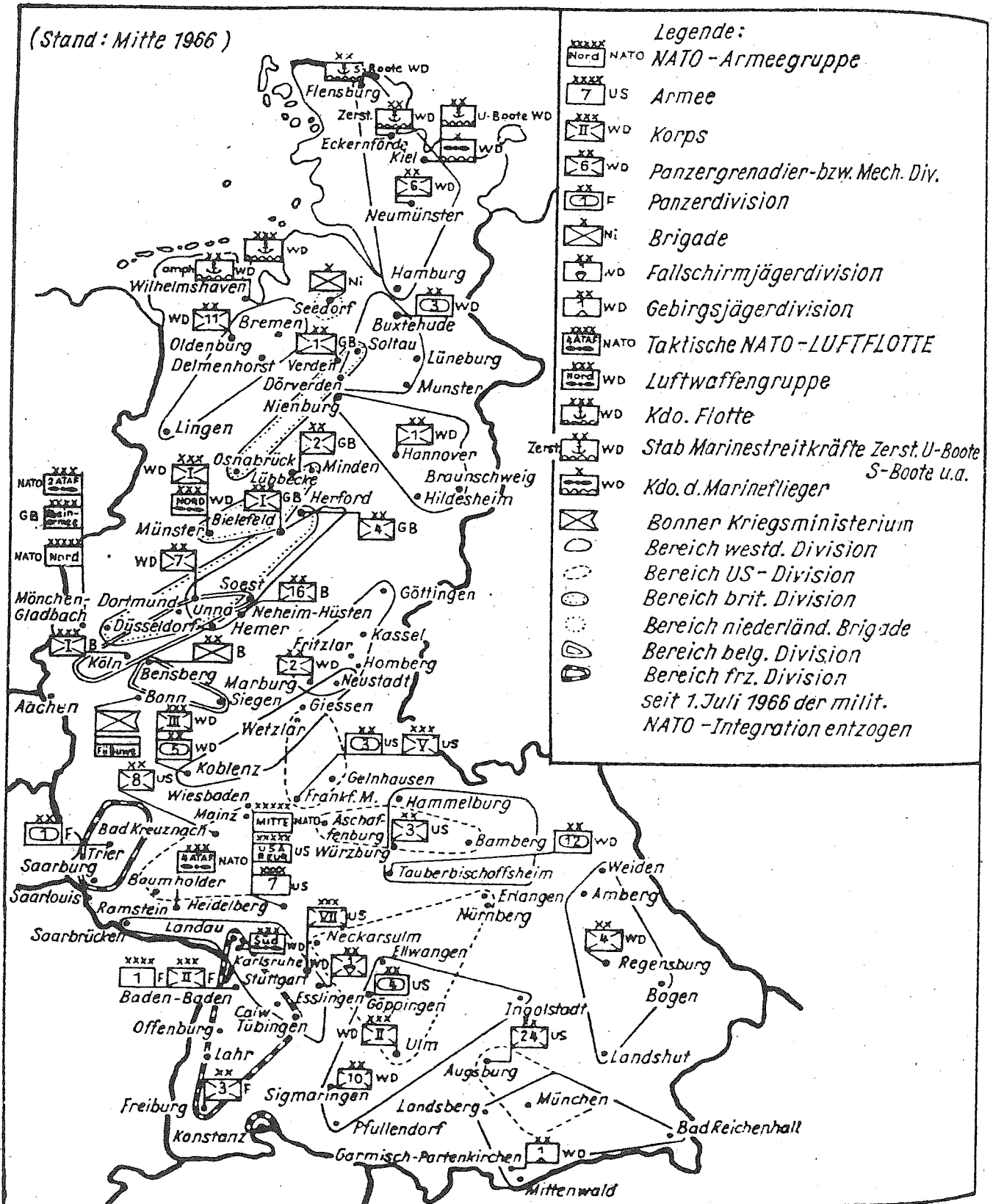
Konzentrierung der Einrichtungen der psychologischen Kriegführung und des verdeckten Krieges in Süddeutschland

BSU
01



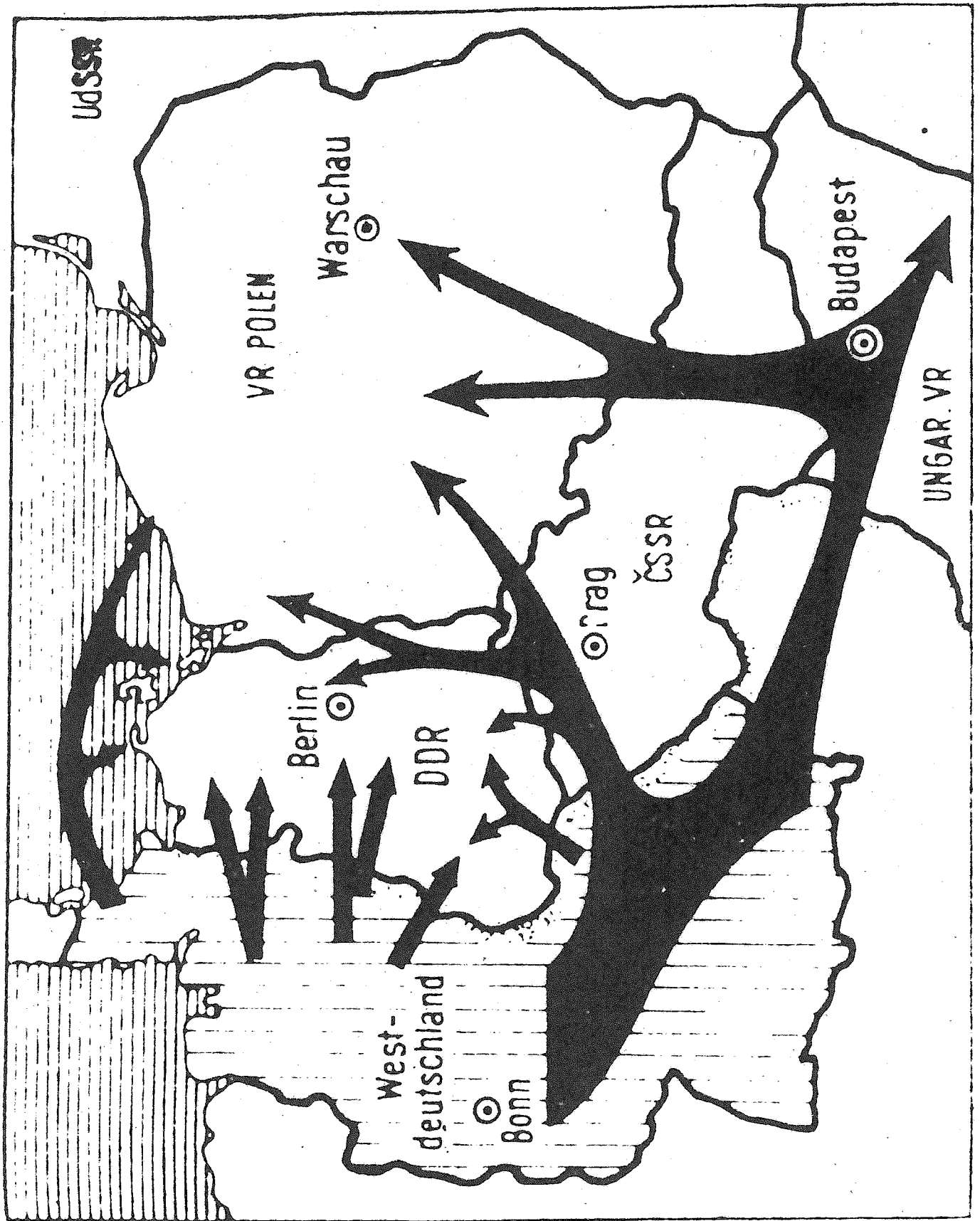
BSTU
0172

(Stand: Mitte 1966)



BSTU
0174

Aggressionsvariante 1959/60



G l i e d e r u n g

I. Zur imperialistischen Einmischung, insbesondere der herrschenden Kreise Westdeutschlands, in die inneren Angelegenheiten der CSSR

1. Maßnahmen zur wirtschaftlichen Unterwanderung der CSSR
 - 1.1. Die imperialistische Konzeption
 - 1.2. Aktivitäten der Westmächte
 - 1.3. Aktivitäten Westdeutschlands

2. Bestrebungen Westdeutschlands, die Entwicklung in der CSSR politisch zu beeinflussen
 - 2.1. Kontakte offizieller Bonner Politiker und staatlicher Institutionen
 - 2.1.1. Die Rolle der westdeutschen Handelsvertretung in Prag
 - 2.2. Kontaktbestrebungen westdeutscher Parlamentarier
 - 2.3. Kontakte westdeutscher Organisationen u. a.

3. Subversive und psychologische Kriegführung gegen die CSSR
 - 3.1. Politische Aktivitäten der CIA
 - 3.2. Tätigkeit imperialistischer Geheimdienste

- 3.2.1. Aufgaben der Bundeswehr
- 3.3. Aktivierung der US-Hetzsender
 - 3.3.1. Mißbrauch westdeutscher Amateurfunkstellen
- 3.4. Forderungen der westdeutschen Revanchisten
- 3.5. Rolle der Massenmedien bei der ideologischen Vorbereitung und Aktivierung konterrevolutionärer Prozesse

II. Zur Preisgabe sozialistischer Positionen durch die Führung der KPC, die Regierung der CSSR und andere staatliche und gesellschaftliche Einrichtungen

- 1. Duldung und Unterstützung konterrevolutionärer Bestrebungen vor dem 21. 8. 1968

 - 1.1. Angriffe auf die Gemeinschaft der sozialistischen Länder, insbesondere auf die Sowjetunion
 - 1.2. Verfälschung der Lehre des Marxismus-Leninismus
 - 1.3. Preisgabe der führenden Rolle der Partei
 - 1.4. Reformbestrebungen in der Ökonomie
 - 1.5. Zur Tätigkeit von Organisationen und Klubs
- 2. Haltung zu den Maßnahmen der fünf Warschauer Vertragsstaaten und insbesondere zur Durchführung der Beschlüsse von Moskau

 - 2.1. Parteiführung und Parteiorgane
 - 2.2. Regierung und staatliche Organe
 - 2.3. Kulturschaffende und Intelligenz
 - 2.4. Publikationsorgane

Einleitung

Die Regierungen der imperialistischen Staaten und ihre Planungsstäbe haben eine langfristig angelegte Strategie und Taktik des Eindringens in die sozialistischen Länder mit dem Ziel ihrer Zersetzung und Unterminierung, der ökonomischen und politischen Intervention, ausgearbeitet.

Im Vorgehen gegen die CSSR machen die herrschenden imperialistischen Kräfte kein Hehl aus ihren Plänen, den Sozialismus auf europäischem Boden zurückzudrängen und die Macht der Arbeiter und Bauern zu liquidieren.

Diese Pläne, von USA-Präsident Johnson als "Brückenschlag" nach Osteuropa präsentiert, stellen die für die gegenwärtige Periode bevorzugte Variante der Globalstrategie des USA-Imperialismus und seiner Verbündeten in Westeuropa gegenüber den sozialistischen Ländern Europas dar.

Von Johnsons Politik des "Brückenschlages" über die Bonner "neue Ostpolitik" führt ein gerader Weg zur Konzeption von Strauß, die ein kapitalistisches Europa bis zum Bug vorsieht.

Auf der Tagung des NATO-Ministerrates am 24./25. Juni 1968 in der isländischen Hauptstadt Reykjavik, an der die Außen- und Verteidigungsminister teilnahmen, bekräftigte der westdeutsche Außenminister Brandt die Forderung nach Grenzrevision, indem er sich "gegen eine Versteinerung des Status quo in Europa" aussprach. Er verlangte, gegen die sozialistischen Staaten Europas "nur auf der Grundlage einer gemeinsam erarbeiteten Position der NATO" vorzugehen.

Davon ausgehend proklamierte Brandt die Bonner Taktik "die Verantwortung der einzelnen Regierungen nicht zu beeinträchtigen", gegen die sozialistischen Staaten einzeln, Schritt für Schritt vorzugehen, "denn Verhandlungen von Block zu Block sind weder notwendig, noch zweckdienlich".

Im Rahmen der Behandlung der Ost-West-Beziehungen wurde auch über die Lage in der CSSR gesprochen und "längerfristige Aussichten" für die Entwicklung behandelt.

- 2 -

Der westdeutsche Finanzminister Strauß und Verteidigungsminister Schröder unternahmen im Juli 1968 nach gründlichen Vorbereitungen Reisen in die USA und berieten mit dem USA-Präsidenten und dem USA-Kriegsminister über Fragen der NATO und Ostprobleme. Zum Inhalt ihrer Gespräche berichtet die westdeutsche Zeitung "Die Welt" am 26. 7. 1968:

"Amerika reagiert zwiespältig auf die Gefahren und Möglichkeiten, die in der Prager Liberalisierung stecken. Es ist von der Bewegung fasziniert, die sich in Osteuropa abzeichnet".

Ganz folgerichtig entwickeln die imperialistischen Westmächte, vor allem die USA und Westdeutschland, gegenwärtig größte Aktivität. Die Aktivität der herrschenden Kräfte der Westmächte und Westdeutschlands ist gerichtet auf

- Versuche und Maßnahmen zur wirtschaftlichen Unterwanderung der CSSR;
- politische Beeinflussung und Unterminierung der gesellschaftlichen Ordnung und
- eine Aktivierung der subversiven und psychologischen Kriegführung gegen die CSSR.

Diese Aktivität der imperialistischen Kräfte äußert sich nicht zuletzt auch in militärischen Provokationen. Weder Zeitpunkt noch Raum waren zufällig gewählt, als die Bundeswehrführung am 16. Juli 1968 ein Großmanöver unter dem provokatorischen Decknamen "Schwarzer Löwe" ankündigte, das unter Beteiligung der USA und Frankreichs mit Panzer- und Luftlandetruppen vom 15. bis 21. September 1968 in unmittelbarer Nähe der tschechoslowakischen Staatsgrenze durchgeführt werden sollte und nunmehr in einem Gebiet stattgefunden hat, das militärisch gesehen noch immer grenznah ist.

- 3 -

I. Zur imperialistischen Einnischung, insbesondere der herrschenden Kreise Westdeutschlands, in die inneren Angelegenheiten der GSSR

1. Maßnahmen zur wirtschaftlichen Unterwanderung der GSSR

1.1. Die imperialistische Konzeption

Im Jahre 1948 hatten die USA die Kontrolle über den Handel mit sogenannten strategischen Gütern nach den sozialistischen Ländern verhängt. Unter dem Druck der USA schlossen sich die meisten westeuropäischen Länder diesen Kontrollen an. Zu diesem Zweck wurde ein besonderer - heute noch bestehender - Koordinierungsausschuß gebildet, der sich Anfang der fünfziger Jahre zu einem Instrument des Wirtschaftskrieges gegen die sozialistischen Länder entwickelte.

Die Wirtschaftsblockade gegenüber der sozialistischen Welt verfolgte das Ziel, die Entwicklung der sozialistischen Länder zu hemmen. Bereits einige Jahre später offenbarte sich der illusionäre Charakter dieser Zielsetzung. Den Voraussetzungen der Wirtschaftsblockade wurde nach und nach der Boden entzogen, und zwar aus zwei Gründen:

- Der "Strafeffekt der Restriktionen" erwies sich als unbedeutend und wirkungslos;
- Es gelang den USA auf die Dauer nicht, ihre Verbündeten auf diese Linie festzulegen.

Seit dem Fehlschlag des Wirtschaftskrieges haben sich auf diesem Gebiet der ökonomischen Beziehungen zwischen den Ländern des Sozialismus und des Kapitalismus wesentliche Veränderungen vollzogen. Sie bestehen in einer starken Ausweitung des Warenverkehrs, in Veränderungen der Struktur des Handels und in den Methoden der Handelspolitik. Einhergehend mit der neuen Konzeption der USA-Globalstrategie änderte sich die Handelspolitik der imperialistischen Länder gegenüber dem sozialistischen Lager.

- 4 -

Man muß den sogenannten Brückenschlag von Westen nach Osten, insbesondere den ökonomischen Aspekt des Brückenschlages nach Osteuropa, als organischen Bestandteil der amerikanischen Globalstrategie betrachten.

Diese "neue Taktik" mit dem Ziel, in Osteuropa einzudringen, ist nichts anderes, als die Anpassung an die neue internationale Situation, die durch die Verschiebung des Kräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus entstanden ist.

Die Hauptkommentatoren der imperialistischen Globalstrategie der USA, Brzezinski und Griffith, erklären, daß es bei der neuen Politik darauf ankomme, die in den osteuropäischen Ländern bestehende kommunistische Ordnung in eine "demokratische" umzuwandeln.

Brzezinski und Griffith geben in ihren Ausführungen zu erkennen, daß die alte Politik, mit militärischen Mitteln den Status quo zu verändern, fehlgeschlagen ist.

Der amerikanische Kongreß formulierte im Mai 1965: "Es gehe darum, die Einheit der sozialistischen Länder zunächst ideologisch und ökonomisch aufzuweichen und zu untergraben. Das ist die Hauptrichtung der gegenwärtigen Taktik des Angriffes auf die Einheit des sozialistischen Weltsystems".

Die Ausnutzung ökonomischer Beziehungen zur Unterwanderung der sozialistischen Staaten ist keine neue Erscheinung der imperialistischen Politik. Aber auch darin haben sich die Methoden erheblich gewandelt. Heute dominiert das Bestreben, die Entwicklung ökonomischer Beziehungen von der gleichzeitigen Entwicklung kultureller und ideologischer Beziehungen, von der Praktizierung der ideologischen Koexistenz abhängig zu machen.

- 5 -

In dem Artikel "The secret Army" des USA-Captains D.J. Goodspeed, der im Oktober 1957 in der NATO-Zeitschrift "General Military Review" veröffentlicht wurde, wird eindeutig gesagt, daß die hauptsächlich militärische Aktion, wie sie in Ungarn 1956 angewandt wurde, heute von den Ideologen des Westens abgelehnt wird, vielmehr beschäftigt man sich mit der ideologischen Unterwanderung. Es ist ihnen klar geworden, daß ein bewaffneter Aufstand, der offen vom Ausland unterstützt wird, in jedem Fall an der Macht des sozialistischen Lagers scheitern muß. Anders bei der ideologischen und ökonomischen Aufweichung einzelner sozialistischer Staaten, dabei bleiben die eigentlichen Initiatoren im Hintergrund und bedienen sich sogenannter reformfreudiger Politiker wie es in der CSSR geschah.

- 5 -

USA-Außenminister Dean Rusk formulierte in einer Stellungnahme zum Ost-West-Handel die Methode, Handel mit sogenannter "Liberalisierung" zu koppeln bzw. von politischen Zugeständnissen abhängig zu machen, ganz unverblümt:

"Wo ein Land den Willen zeigt, seine Politik und seine Institutionen nach nationalen Gesichtspunkten zu entwickeln... haben wir unsere Haltung dem angepaßt, indem wir Exportbeschränkungen lockerten und andere Konzessionen machten... Handel ist mehr als ein Austausch von Waren. Er hilft uns, sie (die europäischen Völker) in einem gewissen Grade mit unserer Wirtschaft zu verknüpfen. Auf diese Weise ermöglicht uns der Handel eine gewisse Einflußnahme auf die Entwicklung der Politik und der Institutionen in dieser Periode zunehmenden Wandels in Osteuropa".

Die ökonomische Seite bietet zahlenmäßig viele erfaßbaren Bereiche, über die versucht wird, eine noch größere Einflußnahme zu erzielen. Bekanntlich gibt es einen offiziellen Kulturaustausch zwischen Ost und West. Es besteht kein Zweifel darüber, daß dieser offizielle kulturelle Austausch zwischen beiden Systemen notwendig und auch in vieler Hinsicht von Vorteil ist. Zweifellos bietet er aber auch antikommunistischen Infiltrationen Möglichkeiten.

Das Buch "Alternative zur Teilung"¹⁾ von Brzezinski, u. a. auch Mitglied der Kommission für Planung der USA-Strategie gegenüber Osteuropa und der UdSSR, ist die Grundlage der Konzeption des sogenannten Brückenschlages nach Osteuropa. Dort entwickelt der Autor eine Reihe von Vorschlägen für diese Politik. Ausführlich begründet er, warum die offiziellen kulturellen und wissenschaftlichen Beziehungen zwischen Ost und West viel stärker für die antikommunistische Infiltration ausgenutzt werden müßten.

1) Z. K. Brzezinski: "Alternative zur Teilung" - Neue Möglichkeiten für eine gesamteuropäische Politik - Köln-(West-)Berlin 1966

- 6 -

- 6 -

Er sagt ganz offen, daß die ökonomischen Beziehungen zwischen dem Westen und den sozialistischen Ländern von kulturellen und wissenschaftlichen Beziehungen abhängig gemacht werden müßten, um auf diesem Wege eine stärkere ideologische Einflußnahme zu ermöglichen. Diese Konzeption bringt eine Reihe von Veränderungen in den Methoden der antikommunistischen Propaganda mit sich, bei deren Analyse eine ganz bestimmte neue Erscheinung festzustellen ist:

Die Ökonomie soll den imperialistischen Staaten als Träger des ideologischen Exports in die sozialistischen Länder dienen.

Der "Ost-West-Kurier" bestätigte am 18. 5. 1968 diese Tatsache, indem gesagt wird,

"das Problem ist, wie man seiner wirtschaftlichen Stärke einen politischen Einfluß verschaffen kann..."

und empfiehlt weiter:

"Man muß in den westlichen Hauptstädten entscheiden, in welcher Form man Wirtschaftshilfen gibt... Theoretisch müßte sich sogar eine Art Marshallplan für Prag denken..."

Bei dieser Empfehlung muß man daran erinnern, daß der Marshallplan maßgebliches Instrument der Spaltung Deutschlands nach 1945 war und in den Westzonen das Fundament für den Bonner Staat legte.

Unter diesem Aspekt befürwortet die amerikanische Regierung auch die Ausweitung des Handels der westeuropäischen Staaten mit den sozialistischen Staaten Osteuropas, wobei nach wie vor keine strategisch wichtigen Waren in diese Länder exportiert werden sollen.

- 7 -

- 7 -

Im Hinblick auf die CSSR wird davon ausgegangen, daß ein Ausbau der westlichen Wirtschaftsbeziehungen dazu benutzt werden könne, den Einfluß auf die Entwicklung der CSSR zu verstärken, ohne daß die anderen sozialistischen Staaten dagegen etwas unternehmen könnten.

Besondere Hoffnungen wurden dabei von westlicher Seite auf den CSSR-Ministerpräsidenten Gernik und den ehemaligen stellvertretenden Ministerpräsidenten Sik gesetzt, die intensiv die Reformierung der Wirtschaft und der außenwirtschaftlichen Beziehungen betrieben.

Die wirtschaftliche Intervention der imperialistischen Mächte dient scheinbar der Wirtschaftspolitik der CSSR. Welches Ziel sie aber in Wirklichkeit damit verfolgen, plaudert der westdeutsche "Industriekurier" vom 20. 7. 1968 unverhohlen aus:

"Wird nicht, so fragt man heute vielfach in der westlichen Welt, der wirtschaftliche Reformprozeß, der schon als Idee... so spektakuläre Veränderungen auch im gesellschaftlichen und politischen Bereich bewirkt hat, seinen eigenen Gesetzen folgend eines Tages erzwingen, was das Prager ZK heute noch für undenkbar halten mag?"

- 8 -

1.2. Aktivitäten der Westmächte

In Anbetracht der Entwicklung in der CSSR, bei der bestimmte Erscheinungsformen auf dem wirtschaftlichen Sektor die ökonomische Unterwanderung von seiten der Westmächte begünstigen, versuchen imperialistische Monopole, Banken und internationale staatsmonopolistische Organisationen Kontakte mit der CSSR aufzunehmen bzw. zu halten. Der Entwicklungsprozess in der CSSR bietet sich den imperialistischen Mächten geradezu an, um ihre Konzeption des "Brückenschlages" durchzusetzen.

William Griffith, Fachexperte für Ökonomie und Mitglied einer Beratergruppe der USA-Regierung, befasst sich sehr intensiv mit dem Entwicklungsprozess in der CSSR. Er spricht von der wissenschaftlich-technischen Revolution und rät, die Tschechoslowakei solle sich dabei in Abhängigkeit von kapitalistischen Monopolen begeben.

Griffith veröffentlichte in der offiziösen westdeutschen Zeitschrift "Europa-Archiv" (13/68) einen Artikel, in dem er die Möglichkeiten des Eindringens in die sozialistischen Länder vom wissenschaftlich-technischen Bereich her darstellt.

Er richtet seinen Blick speziell auf die CSSR und schreibt:

"Die technologische Lücke, heute schon ein ernstes Problem für die Tschechoslowakei, wird dort und in anderen europäischen Ländern immer härter empfunden werden, was zu einem Rückgang des sowjetischen Prestiges führen wird. Die Ost-West-Kontakte in der Wirtschaft, im Tourismus und auf anderen Gebieten werden zunehmen, besonders mit den stärker liberalisierten osteuropäischen Staaten. Das westliche Land, dessen Einfluss in Osteuropa im kommenden Jahrzehnt vermutlich am meisten zunehmen wird, ist die Bundesrepublik Deutschland".

In der amerikanischen Presse wird immer nachdrücklicher die Auffassung vertreten, dass es die vorrangigste Aufgabe des Westens - insbesondere der USA und Westdeutschlands -

sei, konkrete wirtschaftliche Massnahmen zu ergreifen, um die Kräfte der "Liberalisierung" in der CSSR zu stärken ("New York Times", 11. 4. 68).

Die amerikanischen Monopole versuchen insbesondere durch Gewährung hoher Kredite Einfluss auf die Wirtschaft der CSSR zu gewinnen und regen an, dass diese von der Weltbank, deren Präsident der ehemalige USA-Kriegsminister Mc Namara ist, übernommen werden. Vertreter der Weltbank und des ebenfalls von den USA gelenkten Internationalen Währungsfonds suchen schon seit einiger Zeit Kontakte zur tschechoslowakischen Botschaft in Washington. Unter strikter Geheimhaltung wurde auch eine Expertendelegation in die CSSR entsandt.

Der amerikanische Senator Walter Mondale hat im Senat einen Initiativantrag eingebracht, der Verhandlungen mit der CSSR über ein Handelsabkommen vorsieht. Mondale befürwortete in diesem Zusammenhang die Gewährung ausserordentlicher Zollvergünstigungen für die CSSR.

Die USA erwägen unter den gegenwärtigen Bedingungen Verhandlungen mit der CSSR über die dem tschechoslowakischen Staat gehörenden 20 bis 22 Millionen Dollar in Gold einzutreten, die vom faschistischen Deutschland geraubt und 1945 von den Westmächten beschlagnahmt wurden. Es wird erwogen, diesen Betrag unter der Voraussetzung des Eintritts der CSSR in den Internationalen Währungsfonds als erste Rate anzusehen. Zu diesem Zweck weilte auch Anfang August der amerikanische Senator Mansfield in Prag und führte Verhandlungen mit dem tschechoslowakischen Parlamentspräsidenten Šmrkovský. Darüber hinaus haben die USA das Angebot gemacht, die blockierten Sozialversicherungsleistungen und andere staatliche Sozialleistungen in Höhe von über fünf Millionen Dollar, die sie Bürgern der CSSR schulden, freizugeben. Der Westberliner "Tagesspiegel" vom 27. 6. 68 schreibt dazu:

"Als Geste der Sympathie für das neue tschechoslowakische Regime hatte Präsident Johnson in diesem Monat die Auszahlung von insgesamt fünf Mill. Dollar (20 Mill. D-Mark) an Rentenansprüchen an ungefähr 700 Empfangsberechtigte in der Tschechoslowakei versprochen".

- 10 -

Zwischen amerikanischen Wirtschaftsmonopolen und Vertretern der CSSR fanden Verhandlungen über Fragen der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Verkehrs statt. Ein Abkommen zwischen der tschechoslowakischen Gesellschaft "Pragocar" und der amerikanischen Autoverleihfirma "Avis International" ist bereits abgeschlossen worden, womit die USA Einfluss auf den Touristenverkehr in die CSSR gewinnen.

Besonders im I. Halbjahr 1968 ist der "Touristenstrom" aus den kapitalistischen Ländern in die CSSR beachtlich angewachsen.

In einer Meldung der "Frankfurter Rundschau" vom 16. 08. 68 wird es bestätigt:

"Als Reiseziel der Touristen westlicher Länder hat die CSSR im vergangenen Halbjahr an Beliebtheit gewonnen. Nach Angaben des Regierungsausschusses für den Fremdenverkehr in der CSSR nahm die Zahl der westlichen Besucher in den ersten sechs Monaten 1968 gegenüber der Vergleichszeit des Vorjahres um 21 Prozent auf 402 000 zu. Dabei standen mit 37 Prozent aller Übernachtungen die Reisenden aus der Bundesrepublik an erster Stelle. Die restlichen 63 Prozent verteilten sich auf Touristen aus rund 30 anderen westlichen Ländern.....
Mit Vorliebe wurden Prag und die böhmisches Bäder besucht."

Die kapitalistischen Länder suchen nach Möglichkeiten, den Touristenstrom in die CSSR noch zu verstärken.

Die "Internationalen Exklusiv-Informationen" vom 21. 06. 68 meldeten dazu:

"Ein weiteres Zeichen der tschechoslowakischen Liberalisierung" möchten wir darin erkennen, dass in Prag demnächst mit dem Bau eines Intercontinental-Hotels begonnen wird. Es soll ab 1970 den Gästen der PANAM-Fluglinie zur Verfügung stehen. Als Bauherr wird das staatliche CSSR-Reisebüro Codex ausgewiesen, das von amerikanischer Seite eine Anleihe von 6 Mill. Dollar erhalten hat".

- 11 -

Der gleiche Informations-Dienst stellt am 01. 07. 68 in seiner Nr. 19/68 fest:

"Die Tschechoslowakei wird ihre Pläne nur realisieren können, sofern es ihr gelingt, v o r Beginn der Moskauer Welt-Konferenz (November) umfangreiche Kredite aus dem Westen zu erhalten. Wir vermuten, dass sie von amerikanischen Banken über deren Filialen in Österreich lanciert werden".

Die Zeitschrift "Economist" vom 27. 07. 68 trifft folgende Feststellung:

"Es gibt keine kommunistische Wirtschaft, die besser gerüstet ist als die ihre, um damit zu beginnen, mit amerikanischer Hilfe in einer kapitalistischen Welt ihren Weg zu machen..."

Die amerikanische Zeitschrift "The Sun" berichtete am 29. 07. 68, dass man in Prag sogar davon spricht, dass die amerikanische "Chase-Manhattan-Bank" eine Filiale in der CSSR eröffnen will. Unter dem Deckmantel des Austausches wissenschaftlicher Informationen bemühen sich die Universitäten von San Francisco, Los Angeles, Cambridge, Massachusetts, Chikago, Detroit und New York City um eine verstärkte ideologische Einflussnahme auf Wissenschaft und Forschung in der CSSR.

So soll z. B. nach einer Meldung der "USIS" (United States Information Service) vom 05. Juni 1968

"ein Vertreter der (Ford-)Stiftung in die Tschechoslowakei reisen..., um die Möglichkeiten für die Förderung eines erweiterten Austausches zu prüfen".

In diesem Austausch sollen auch Wissenschaftler und Studenten einbezogen werden, wie die Prager Wissenschaftler, Dr. Milos Kalab und Dr. Zdenek Strmiska, gegenüber "USIS" bereits am 19. 05. 68 bestätigten.

- 12 -

Verschiedene amerikanische Konzerne, u. a. Du Pont, haben in den letzten Monaten ihre Aktivität gegenüber der CSSR beträchtlich verstärkt. Sie beschränkten sich dabei nicht nur auf wirtschaftliche Verhandlungen, sondern sammelten auch Informationen über die innenpolitischen Vorgänge in der CSSR und die sich daraus ergebenden Möglichkeiten für die Entwicklung der Beziehungen der USA und anderen NATO-Staaten zur CSSR.

Die britische Regierung bewertet im Ergebnis von Besuchen britischer Politiker und Geschäftsleute die Entwicklung in der CSSR sehr positiv und ist der Ansicht, dass sich für den Handel mit der CSSR daraus günstige Perspektiven ergeben. Von zuständigen Regierungsstellen sind in Verbindung mit den interessierten Unternehmen bereits konkrete Pläne ausgearbeitet worden, wie der Handel und die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit mit der CSSR im Interesse der ständigen Einflussnahme auf die weitere Entwicklung in der CSSR ausgebaut werden soll. So arbeiten z. B. Beauftragte des britischen Metall- und Maschinenbau-Konzerns G.K.N. an einem Plan zur Gründung eines tschechoslowakisch-britischen Unternehmens, dem die britischen Partner äusserst günstige finanzielle Bedingungen gewähren wollen. Vom 19. bis 21. April 1968 fand im Londoner Westfield-College die Jahrestagung der National Association for Soviet and East European Studies (britisches Ostforschungs-Institut) statt, an der ca. 120 Wirtschaftswissenschaftler teilnahmen. Tagesordnung war die Erörterung der wirtschaftspolitischen Probleme der CSSR unter Berücksichtigung verschiedener Aspekte der tschechoslowakischen Wirtschaftsreform. An dieser Konferenz beteiligten sich auch einige Wirtschaftswissenschaftler aus Prag.

So unter anderem

- Dr. W. Kovac's, Prag
- Dr. O. Krofta, Decin
- Dr. O. Kyn, Prag.

Der Londoner "Daily Telegraph" befasste sich am 31. 07. 68 mit den ökonomischen Abhängigkeiten einzelner sozialistischer Länder im RGW. Ausgehend von der gegenwärtigen Situation in der CSSR stellt diese Zeitung fest:

"Wenn die Tschechoslowakei der Unterdrückung durch Gewalt entkommt, sollte sie - wenn notwendig - sofort Vereinbarungen für die Versorgung mit wichtigen Gütern durch den Westen treffen. Der Westen würde Einfühlung und Grosszügigkeit bei der Ausweitung der Kredite zeigen müssen".

- 14 -

Auch in der Ausgabe vom 7. 8. 68 beschäftigte sich der "Daily Telegraph" mit den Möglichkeiten und Methoden des ökonomischen Eindringens in die CSSR:

"Wie am 6. 8. 68 aus westlichen Kreisen verlautete, haben in Basel bereits Sondierungsgespräche zwischen internationalen Banken stattgefunden. Aber der Westen, dazu könnten auch Großbritannien und Westdeutschland gehören, würde alles tun, damit seine Hilfe "keinen offiziellen Charakter" trägt. Sie würden nicht über den internationalen Währungsfonds oder einer anderen internationalen Organisation vorgehen, sondern mit Abkommen untereinander".

Die Nachrichtenagentur "Reuter" berichtete am 7. 8. 68:

"Aus einflußreicher westlicher Quelle wurde berichtet, daß die westlichen Länder bereit sind, mit tschechoslowakischen Betrieben gemeinsame Unternehmen einzugehen, aber keine Kapitalinvestitionen vorzunehmen".

Das Ziel dieser "Kapital-Hilfe" ist hinreichend bekannt. Sie wollen die ökonomische Abhängigkeit der CSSR-Betriebe zu den westlichen Monopolverbänden erreichen, um dann auf dieser Grundlage kontinuierlich den politischen Einfluß geltend zu machen.

Seit Januar 1968 verstärkten sich insbesondere die wirtschaftspolitischen Kontakte zwischen den NATO-Ländern und der CSSR:

- Vom 22. 1. - 9. 2. 1968 verhandelten eine sechsköpfige CSSR-Delegation in Washington mit amerikanischen Vertretern über den Entwurf eines Lufttransportverkehrs-Abkommens zwischen den USA und der CSSR;

- 15 -

- Vom 30. 1. - 22. 2. 1968 besuchte der stellvertretende Generaldirektor der britischen Nuklear-Export-Behörde, Dr. B. C. Woodfine, Prag. Er erörterte mit CSSR-Vertretern die Möglichkeiten für die Lieferung britischer Ausrüstungen für das staatliche Kernenergieprogramm der CSSR;
- Am 23. 2. 1968 wurde in Rom ein Abkommen über den gegenseitigen Handel für 1968 zwischen der CSSR und Italien abgeschlossen. Das Abkommen soll die Erhöhung des gegenseitigen Imports und Exports fördern;
- Am 26. 3. 1968 wurde in Prag zwischen Großbritannien und der CSSR ein Abkommen über die Zusammenarbeit auf den Gebieten der angewandten Wissenschaften und der Technologie unterzeichnet;
- Vom 26. 3. - 1. 4. 1968 besuchte der britische Staatsminister für Technologie, John Stonehouse, die CSSR;
- Am 3. 4. 1968 wurde in London die Unterzeichnung eines Abkommens über die wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen der britischen Königlichen Gesellschaft der Mathematik und Naturwissenschaften und der tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften angekündigt;
- Am 23. 4. 1968 traf der Direktor des soziologischen Instituts der tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften zu einem sechswöchigen Besuch in den USA ein;
- Am 23. 4. 1968 verhandelte der CSSR-Energieminister Korac in Paris mit dem Leiter des französischen Elektrizitäts- und Gasdienstes, Pierre Masse;
- Vom 29. 4. - 4. 5. 1968 fand in Prag die 1. Tagung der gemischten Kommission der CSSR und der Belgisch-Luxemburgischen Wirtschaftsunion statt;
- Vom 29. 4. - 6. 5. 1968 fand in Den Haag die 1. Tagung einer gemischten Kommission der CSSR und der Benelux-Staaten statt. (Grundlage: Handelsabkommen);
- Vom 10. - 20. 6. 1968 fanden in Prag dänisch-tschechoslowakische Verhandlungen über kulturelle Beziehungen statt.